

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaarte Kolonne  
 oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Berichte  
 und Verfammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraph-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 17. April 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### An die Arbeiter aller Länder.

Im letzten Jahre appellierten wir an die internationale  
 Solidarität zu Gunsten des gegen den Absolutismus kämpfen-  
 den russischen Proletariats.

Heute ist auf der andern Seite des Kontinents der Kampf  
 zwischen Sozialismus und Reaktion entbrannt.

Seit Jahren arbeitet die belgische Arbeiterpartei an der  
 Erringung des allgemeinen Wahlrechts und an der Beseitigung  
 des Pluralstimmens, welches den Reichen 3 Stimmen und den  
 Armen 1 Stimme giebt und dadurch bei allen Wahlen die  
 Ermüderung der Arbeiterklasse durch die Klasse der Reichen  
 ermöglicht.

Nachdem wir alle Propagandamittel angewandt, nachdem  
 wir alle möglichen Aktionsmittel vergeblich versucht, haben  
 die belgischen Arbeiter beschloffen, zum letzten Mittel zu  
 greifen, zur letzten legalen Waffe, die ihnen bleibt, zum  
**Generalstreik.**

Gleich am ersten Tag haben 100 000 Mann die Arbeit  
 niedergelegt, morgen wird sich die Zahl verdoppeln. Die in  
 den großen industriellen Centren begonnene Bewegung ver-  
 breitet sich über das ganze Land, und die terroristischen Maß-  
 nahmen der Regierung, welche auf die Arbeiter zu schießen  
 befohlen, sind an der Kaltblütigkeit und Energie der Arbeiter-  
 klasse gescheitert. Ueberzeugt von ihren Rechten, hat sie  
 das unerschütterliche Vertrauen, ihre Rechte siegen zu sehen.

Aber es sind Opfer erforderlich, die Aermsten unter  
 den Streikenden zu unterstützen. Unter diesen Umständen  
 appellieren wir an die Arbeiter und Organi-  
 sationen aller Länder, die belgischen  
 Sozialisten materiell und moralisch zu  
 unterstützen!

Wir zählen hauptsächlich auf die Gewerkschaften  
 der Nachbarländer. Sie werden Anstalten zu treffen wissen,  
 den Streik für das allgemeine Wahlrecht zum Siege zu  
 führen.

Dewinne, Parteisekretär.

Vanderbelde, Anseele, Servy für das inter-  
 nationale Bureau.

### Schutz der nationalen Arbeit!

... Und tausend Kinder siehst du stehen,  
 die starr an einem Stüde drehen,  
 früh alt vor Hunger und Gedröh,  
 und sehest die Väter sich erheben,  
 alle, die lächlich mühen leben,  
 damit es Schönheit löme geben ...  
 R. Dehmel.

Jetzt, da die deutsche Reichsregierung mit ihrem Gesetz-  
 entwurf zur Einschränkung der Kinderarbeit es versucht, neben  
 dem vervollkommenen Schutze der heimischen Viehzucht auch  
 etwas zur Verteidigung der menschlichen Generation zu unter-  
 nehmen, darf die Stimme eines Mannes nicht ungehört ver-  
 hallen, der sich auf dem Gebiete des Kinderschutzes sehr  
 bedeutende Verdienste erworben hat. Es ist von dem Niz-  
 dorfer Lehrer Konrad K g a h d die Rede, dessen literarisches  
 Wirken erst unlängst in diesen Blättern verdiente Anerken-  
 nung gefunden hat\*) und der eben jetzt wieder ein Buch  
 über die Ausnutzung der kindlichen Arbeitskraft erscheinen  
 läßt.\*\*)

Die Erhebungen des Deutschen Lehrervereins und einer  
 Reihe statistischen Anstalten über den Umfang der Kinder-  
 arbeit findet man hier gewissenhaft zusammengestellt. Der  
 amtliche Bericht hat bekanntlich die Zahl der erwerbstätigen  
 unter den schulpflichtigen Kindern auf 6,53 Proz. angegeben.  
 Dieser Durchschnitt will wenig besagen, wenn durch die Erhebungen  
 der Lehrer festgestellt wurde, daß die Großstädte mit 10 bis  
 13 Proz. erwerbstätiger Knaben und 6-9 Proz. erwerbs-  
 tätiger Mädchen belastet sind. Viel schlimmer aber steht es  
 noch in den ausgesprochenen Industriestädten, wo 30 bis  
 50 Proz. der Kinder erwerbstätig sind, und am aller-  
 schlimmsten in den Industriedörfern, wo gar bis 80 Proz.  
 aller schulpflichtigen Kinder an den Pflug der Erwerbsarbeit  
 geschirrt sind.

Diese Kinder verladen Erze, Kopsen und schleifen Steine,  
 brechen Kalk, mahlen Gips. Sie tragen Ziegel, glazieren  
 Thon, formen Porzellan, schneiden Glas. Sie fertigen Uhr-  
 feilen an, häppeln Spitzen, malen Zinnsoldaten und stanzen  
 Knöpfe. In der Eisengießerei sind sie mit Kernmachen,  
 Drehen und Formen beschäftigt. Sie schenken in Blech-  
 warenfabriken, hämmern Nägel, schmieden Klängen und hauen  
 Feilen. Laufende sind mit Uhrmacherarbeiten und in Musik-  
 instrumentenfabriken beschäftigt, zehn- und Hunderttausende in  
 Spinnereien, Webereien, Stickerien, Wirtereien, in Häfelerien,  
 Stickerien und Posamentenfabriken. Der Papiermachefabrikant

will sie ebenso wenig entbehren wie der Gerber. Andre ver-  
 fertigen Spielwaren aus Leder, andre sind in der Holz-  
 industrie thätig. Wieder andre drehen Hornknöpfe, binden  
 Besen und Bürsten, machen Cigarren und helfen beim  
 Schneider. Sie flechten, putzen und schleifen Federn,  
 schneiden und enthaaren, nähen und beizen Felle, sie machen  
 Handschuhe, nähen Korsetts, sie helfen dem Schuster wie dem  
 Maurer. Sie färbchen Wände und mahlen Farben.

Es sind im ganzen 306 823 kleine Geschöpfe, die nach den  
 amtlichen Erhebungen vom Jahre 1898 in der Industrie be-  
 schäftigt sind. Weitere 16 576 (?) arbeiten im Handel, 1376  
 im Verkehr, 12 748 in der Gastwirtschaft, 42 837 tragen Pack-  
 waren, 45 603 Zeitungen aus. 35 909 sind schließlich als  
 Laufjungen oder Laufmädchen beschäftigt.

In welchem Alter stehen nun die beschäftigten Kinder?  
 In Charlottenburg giebt es vier- bis sechsjährige  
 Knaben und Mädchen, die erwerbstätig sind! Die Haupt-  
 masse der arbeitenden Kinder verteilt sich auf das Alter von  
 8-11 Jahren. In Dresden ist jeder zehnte achtfährige  
 Knabe schon ein Arbeiter. Im Industrie-Orte Schmöln  
 arbeitet jedes dritte achtfährige Mädchen und jeder fünfte  
 siebenjährige Knabe! Man muß sich mit der Auswahl einiger  
 Beispiele begnügen, weil die amtlichen Berichte über das  
 Alter der erwerbstätigen Kinder unzuverlässige Schön-  
 malereien sind.

Im Sonneberger Bezirk wird vor Weihnachten oft die  
 ganze Nacht durchgearbeitet. In Sachsen-Roburg-Gotha dauert  
 die Arbeit 7-10 Stunden, in Neuz a. V. arbeiten die Regel-  
 jungen vielfach bis 2 und 3 Uhr morgens. In Hamburg  
 arbeiten 810 Kinder bis nach 8 Uhr, 150 davon bis Mitter-  
 nacht. Für andre heißt es wieder früh aufstehen! In Char-  
 lottenburg arbeiten 20 kleine Frühstücksräuber - im Winter!  
 - schon vor 4 Uhr morgens, und weitere 175 beginnen  
 zwischen 4 und 5 Uhr. Man fand dabei in Charlottenburg  
 12 stündige, in Chemnitz 13 stündige Arbeitszeiten.

Der Vater, der uns bisher durch diese erschütternde Tra-  
 gödie der Zahlen gefolgt ist, mag selbst berechnen, wie viel  
 Zeit diesen Kindern, die - nebenbei doch auch ihrer  
 Schulpflicht genügen sollen, zum Schlafen übrig bleibt. Er  
 mag selbst ermessen, eine wie ungeheure Menge an jugend-  
 lichen entwicklungsbedürftigen Kräften alljährlich der kapita-  
 listischen Ausbeutung zum Opfer fällt; er mag auch die Ur-  
 sache selbst ergründen, warum die Statistik der Schulausweise  
 so viele „schlünne“ und „saule“ Kinder zählt. In Hannover  
 beispielsweise bleibt fast die Hälfte der erwerbstätigen Kinder  
 in ihren Schulleistungen unter normal.

Wie lohnt es nun das Kapital den Proletariern, daß sie  
 ihm ihre Kinder geben? In Chemnitz verdienen die kleinen  
 Arbeiter je nach Alter und Geschlecht 0,42 bis 2,03 Mark  
 wöchentlich. In Hannover verdient ein Schüler im Jahre  
 durchschnittlich 62 Mark.

Summen, die in einer Nacht von manchen Einzelnen  
 verspielt, verspeist, vertrunken werden, sind der Lohn, der für  
 die schwere Schädigung, ja fast sichere Vernichtung eines  
 knospenden Menschenlebens gezahlt wird.

Kinderfleisch ist billig. Daraus erklärt es sich ja auch,  
 daß in Charlottenburg einzelne Unternehmer bis 37 Kinder  
 beschäftigen, und daß in Berlin, indes 75 000 Erwachsene  
 arbeitslos feiern müssen, 20 000 Kinder rastlos auf den Weinen  
 sind. Wahrlich, eine gefegnete Ordnung.

Es ist erlaubt, über diese Zustände die Hände über dem  
 Kopfe zusammenschlagen, und die Regierungen haben wohl  
 selbst ein statistisches Tagelichtchen angezündet, um über  
 diese finsternen Abgründe des entsetzlichen Jammers einige  
 Dämmerhelle zu verbreiten. Aber auch dieses Licht erlischt,  
 wenn wir uns auf unsrer Höllenwanderung den geheiligten  
 Gebieten der Landwirtschaft nähern. Es sind 135 125 Kinder,  
 die hier in Frage kommen, so behauptet die unzu-  
 verlässliche Berufs- und Gewerbebezahlung vom Jahre 1895;  
 über alle näheren Umstände verweigert der amtliche  
 Statistiker die Auskunft. Es ist darum besonders hoch-  
 zuschätzen, daß der Deutsche Lehrerverein seine mutigen  
 Forschungsreisen durch das dunkelste Deutschland auch auf  
 diese gefährlichen Gegenden erstreckt hat.

Dabei geht freilich oft der Pfad verloren. So hält es  
 die Mehrzahl der pommerschen Lehrer nicht für geraten, An-  
 gaben über die Arbeitsverhältnisse auf den Gütern zu machen.  
 Es wurden in Pommern 10 797 Kinder in die Untersuchung  
 einbezogen, davon 30 Proz. erwerbstätig. Sie wurden  
 zum Güten von Vieh, zu Loh- und Gartenarbeit, zur Kartoffel-  
 ernte, zum Kornhaden, zur Heu- und Kornerte, zur Rübenarbeit,  
 zur Forst- und Tabakkultur und als Jagdtreiber verwendet.  
 Der Tagelohn schwankt zwischen 1 M. und - 15 Pf.!

In Mecklenburg werden jährlich etwa die Hälfte der  
 Landeskinder zur Arbeit vom Unterricht dispensiert. Ähn-  
 liche Schulbefreiungen werden in 22 der 28 mecklenburgischen  
 Städte erteilt. Auch in Preußen werden bekanntlich Schul-  
 befreiungen, wenn auch in geringerem Umfange, vorgenommen.

In Baden und Württemberg werden alljährlich 8 in der  
 märkte abgehalten. In geschlossenen Transporten werden  
 Knaben und Mädchen aus Tirol ins Land eingeführt. Das  
 Stück zählt man mit 8-20 Gulden. Aber Vieh darf nicht  
 ins Land, erfordert der „Schutz der nationalen Arbeit“.

Selbst die königlich preussische Forstverwal-  
 tung beschäftigt (in Konig) Kinder bei Waldarbeiten. Die  
 Kinder werden behufs Eintritts in den Dienst des Vater-

landes - vom Lernen dispensiert. Unser Gewährsmann  
 findet diese auf Zeitungsmeldungen beruhende Nachricht un-  
 glaubwürdig und erfährt von einem höheren Forstbeamten:

Nach Verfügungen vom 27. November 1882 und 8. Januar  
 1886 sollen schulpflichtige Kinder nicht mit Gefängnis bestraft  
 werden, sondern nach § 14 des Forstdiebstahl-Gesetzes mit Forst-  
 strafarbeiten, und diese Strafarbeiten werden in die Ferien  
 verlegt.

Ein überaus praktisches Verfahren zur gleichzeitigen  
 Besserung der jugendlichen Missethäter und der Staats-  
 finanzen.

Ist die landwirtschaftliche Berufsarbeit der Schulkinder  
 gesundheitschädlich? Auch über diesen Punkt lauten die  
 Gutachten meist recht vorsichtig. Jüngerhin schreibt Sanitäts-  
 rat Seynacher-Grandenz über die Hüttejungen:

„Tatsächlich sind nur und andern Stoffen gerade die Hüt-  
 tungen, die sich noch zur Wiederimpfung einstellen müssen, durch  
 ihre elende, körperliche Entwicklung aufgefallen, so  
 daß ich in den meisten Fällen hierdurch allein solch ein  
 schon dienendes Kind erkennen konnte, während die  
 Mädchen in demselben Alter viel kräftiger waren. Uebrigens sind  
 nicht nur die Kerze, sondern auch alle Lehrer und vor allem auch  
 alle Volksschulinspektoren, die ich gesprochen, durchaus gegen die  
 Art der Beschäftigung wenig entwickelter Kinder, die mindestens vorher  
 zu untersuchen wären, ob sie einer solchen Beschäftigung, wie  
 sie ihnen meist infolge des Arbeitermangels zufällt, körperlich ge-  
 wöhnt sind.“

Um so reicheres Material ist über die sittliche Verwahr-  
 losung zusammengetragen worden, der die arbeitenden Kinder  
 in der Landwirtschaft, besonders wieder als Viehhüter aus-  
 gesetzt sind. Die Kinder schlafen mit dem erwachsenen Ge-  
 findnis in denselben Räumen. Ueber die Verrohung der Hüt-  
 tungen wird viel geklagt. Die kürzlich konfirmierten Hüt-  
 tungen in Mecklenburg geben sich zum größten Teil rück-  
 haltlos preis.

Sittlichkeit auf dem Lande!  
 Mehr noch als in der Stadt leidet hier die geistige  
 Ausbildung der Kinder durch die frühzeitige körper-  
 liche Arbeit. Zwar weiß man, daß ein guter Teil des  
 landwirtschaftlichen Notstandes, soweit er wirklich Bauern  
 trifft, durch Unwissenheit und geistiges Ungeschick ver-  
 schuldet ist - trotzdem hört man die berufenen Vertreter der  
 Landwirtschaft in den Parlamenten, die Junker, alltäglich  
 gegen Lehrer, Schule und Uebermaß des Unterrichts zetern,  
 trotzdem zerstört man durch körperliche Ueberarbeit und  
 geistige Unterernährung die hoffnungsvollen Keime der Jugend.  
 Die berufenen Vertreter der Landwirtschaft wollen keine  
 freien und wirtschaftlich selbständige Bauern erziehen, sondern  
 billige Arbeitstiere für ihre Güter züchten.

Unsere Heimatspolitiker lieben es, sich auf Friedrich V ist  
 zu berufen. Wollten sie es aber mit seiner Theorie von der  
 Vermehrung der produktiven Kräfte ernst nehmen, so dürften  
 sie nicht mit den besten kräftigen Produktivkräften der Gesell-  
 schaft, der werdenden Generation, so schonungslos Raubbau  
 treiben. Sie werden sich hüten, ein zu junges Pferd einzu-  
 schirren oder in das junge Korn das Vieh zu treiben. Die  
 Verwüftung menschlicher Zukunft aber kostet sie nichts - bis  
 zu dem Tage, an dem das Volk mit ihnen Abrechnung hält  
 und vor dem Gericht der Weltgeschichte Sühne für seine  
 Leiden fordert.

### Der organisierte Kampf.

**Die Proklamation der Parti Ouvrier**

an das Volk hat folgenden Wortlaut:

Man massakriert in Brüssel!  
 Man massakriert in der Provinz!

Die Regierung ist ohnmächtig, die Bewegung für das allgemeine  
 Wahlrecht aufzuhalten.

Sie versucht, sie durch den Schrecken zu unterdrücken; sie im  
 Blute zu erstickten.

Kameraden! Arbeiter! Fällt nicht in die Falle, die die Reaktion  
 Euch gestellt.

Gebt unsern Feinden nicht den Anlaß, den sie suchen zu einer  
 blutigen Unterdrückung. Wir verlangen dringend, mehr denn jemals,  
 kaltblütig und ruhig zu bleiben.

Wir appellieren an Eure Energie und Opferfreudigkeit,  
 die Woche der Revision ist eröffnet.

Der entscheidende Kampf wird Mittwoch, den  
 16. April, beginnen.

Wäge sich Brüssel erheben!

Die ganze Provinz wird sich morgen erheben, auf die blutigen  
 und nichtswürdigen Brutalitäten der Gendarmen und Polizisten  
 wird die Arbeiterklasse antworten, indem sie mit Ruhe und Stärke  
 ihre einzige legale Waffe handhabt, den Generalstreik.

Mitbürger der Bourgeoisie!

Wir verlangen nur Eins: die Beseitigung der Wahlrechts-  
 Privilegien, die permanent die Arbeiterklasse degradieren.

Wir haben geschworen, die politische Gleichheit zu erringen.  
 Vereinigen Sie sich mit dem Proletariat zur Verteidigung dieser  
 gerechten Sache!

Die Stunde ist gekommen, den Schwur von St. Gilles zu ver-  
 wirklichen.

Erhebt Euch alle für das allgemeine Wahlrecht! -

-w. Brüssel, Dienstag, 15. April. Das Signal zum Genera-  
 streik wurde vom belgischen Proletariat mit einem Gefühl der  
 Erleichterung begrüßt. Die Unsicherheit der letzten Tage, der voll-

\*) Siehe Nr. 87 d. Bl.

\*\*) Konrad K g a h d, Kinderarbeit und Gesetz gegen die  
 Ausnutzung kindlicher Arbeitskraft in Deutschland. (Unter Ver-  
 richtung der Gesetzgebung des Auslandes und der Beschäftigung  
 der Kinder in der Landwirtschaft.) Jena, Gustav Fischer, 1902.

ommene Mangel einer Kompromisslösung, eines Schlagwortes im edelsten Sinne dieses Ausdrucks, hatte die Strafe der anonymen und direktionslosen Menge ausgeliefert, die die Bewegung zu kompromittieren drohte und doch im Grunde genommen alle Sympathien auf ihrer Seite hatte, sobald die exzessive Brutalität der Polizei neue Opfer forderte. Diese Unsicherheit und beständige Aufregung machte die Massen nervös, trieb sie vom hellsten Optimismus dieser Stunde in den schwärzesten Pessimismus der nächsten hinein. Die Ereignisse überholten die Leistungen der Führer, die nicht vor Montag, ja Mittwoch loszuschlagen rieten. Aus der Mitte der Arbeitererschaft heraus kam dann das befreiende Wort, die befreiende That des Beginns des allgemeinen Streiks. Diese Maßregel ist in Belgien seit langer Zeit diskutiert worden, aber jetzt wurde sie nicht von oben herab kommandiert, sondern von der Arbeitererschaft gefordert. Die Spontaneität ist das bedeutendste Merkmal dieses Drucks; daß man in Charleroi, in Lüttich, in Vervors, in den Centren der Industrie und der organisierten Arbeitererschaft der selbstgelebten Lösung folgen werde, war schließlich zu erwarten; aber wichtiger ist, daß auch in den kleinen, von der Propaganda kaum berührten Orten, besonders in den blamischen Landesteilen, die Bewegung spontan losgebrochen ist. Man schätzt an diesen Mengen die Zahl der Streikenden auf mindestens 120 000, andre Zehntausende werden im Laufe des Tages, und am Mittwoch sicher folgen. Nie zuvor, selbst nicht in den Tagen, als man das Ministerium Vandenberghe durch eine Volksbewegung stürzte, herrschte ein solcher Plan in der Masse.

Die herrschende Herrschaft, die einen durch Emmenten gemilderten Parteilosismus etabliert hatte, ist reif zum Fall, — und sie wird fallen, mag das Ministerium auch noch so heftig und polternd betonen, daß es niemals „der Straße“ Konzessionen machen werde. In Belgien sind zur Zeit alle Bedingungen gegeben, die einem Generalstreik den Erfolg sichern können: das kleine, dichtbevölkerte und mit vorzüglichen Kommunikationsmitteln versehene Land ermöglicht den unmittelbaren Kontakt der verschiedenen Arbeitergruppen, erleichtert die zentrale Leitung; die tiefe Erbitterung über jahrzehntelange erlittenes Unrecht schafft eine erhöhte Solidarität; die persönliche Haltung der liberalen Unternehmer, die vielfach offen mit den streikenden Arbeitern sympathisieren, erleichtert die Verständigung in den Werkstätten; die Wut über die Brutalität der provozierenden Polizei verstärkt die politischen Instinkte, die Massenbewegung reißt auch die Lauen mit fort: kurz, „jetzt oder nie“ ist die Meinung des ganzen arbeitenden Volkes.

Dazu kommt noch die allgemeine, wenn auch vermutlich nicht ganz gerechtfertigte Meinung, daß das Militär nicht schießen werde, wenn es von neuem zu Zusammenstößen kommen sollte.

In den Versammlungen am Montagabend, die alle überfüllt waren, wurde von allen Rednern betont, daß man in voller Ruhe und in durchaus gefeigneter Weise vorgehen wolle; die Zeit der unorganisierten Schamängel ist vorüber, die Kinderkrankheiten dieser Bewegung sind überwunden. Aber aus der Menge heraus wurde überall betont, daß man, sollte die verbundene Regierung nicht nachgeben, zum Aufruhr entschlossen sei. In den Provinzhäusern ist es gestern abend zum Teil sehr blutig zugegangen. Die Einzelheiten hier anzuzählen, hat keinen Wert, da der Charakter dieser Ereignisse bei der Schilderung der Brüsseler Vorgänge bereits gekennzeichnet wurde.

Ein blamisches liberales Blatt verkündete heute morgen, daß der König seine Bereitwilligkeit zum Nachgeben bekundet habe. Aber der Mangel jeder zuverlässigen Nachricht ist sehr sonderbar: nicht einmal die Regierungsorgane enthalten die geringste Andeutung über die endgültigen Absichten des „Landesvaters“. Als geriebener Geschäftsmann weiß er die Bedeutung des Generalstreiks wohl zu würdigen; aber sein starrer Konservatismus läßt ihn an dem herrschenden Ministerium noch immer festhalten, obwohl er selbst nichts weniger als Herrschal ist.

In den Straßen der Stadt Brüssel sieht man zur Zeit neben zahlreichen Soldaten viele Streikende. Die Bürgerwehr hat heute von 12 Uhr ab Dienst. Specialausgaben der Zeitungen überfließen sich und werden von den Camelots mit fürchterlichem Geschrei feilgeboten. Unser Parteiorgan „De Peuple“ hat zur Zeit seine Auflage vervierfacht und erscheint dreimal am Tage; in allen Cafés sieht man ihn in den Händen der Bourgeoisie, die besonders die Streiknachrichten und die zahlreichen, durchaus authentischen Briefe aus den Kasernen eifrig diskutiert.

#### Der Generalstreik verest.

Frankfurt a. M., 16. April. (W. Z. V.) Nach einem Telegramm der „Frankf. Ztg.“ aus Brüssel freieren laut Polizeibericht in der Hauptstadt 80 Proz. aller Arbeiter.

Brüssel, 16. April. (W. Z. V.) Aus Anlaß der heute in der Repräsentantenkammer stattfindenden Beratung der Vorlage betreffend die Revision der Verfassung sind noch strengere Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ruhe getroffen worden, als an den vorhergegangenen Tagen.

In Brüssel sowie in den Vorstädten und in Charleroi ist die letzte Nacht ruhig verlaufen. Heute früh ist der Ausstand fast allgemein; die Zahl der Ausständigen beträgt mehr als 60 000.

Brüssel, 16. April. (W. Z. V.) Die Zahl der Ausständigen in den Hauptgebieten der Großindustrie wird wie folgt geschätzt: Charleroi 50 000 Mann, Bassin du centre 25 000 bis 30 000 Mann, Vervors 25 000 Mann, Lüttich 30 000 Mann, Verviers 8000 Mann.

Ein Telegramm unseres ständigen Brüsseler Korrespondenten vom Mittwochmorgen schätzt die Zahl der Ausständigen auf 200 000, doch sprechen bereits bürgerliche Meldungen von einer Viertelmillion.

Brüssel, 16. April. (W. Z. V.) In den Maschinenfabriken von Coderill in Seraing haben 6000 Mann die Arbeit niedergelegt. Zusammenfassungen von Ausständigen, die sich dort bildeten, wurden von der Polizei auseinander getrieben; eine Person wurde dabei verwundet. — Sowohl in Brüssel wie in der Provinz nimmt der Ausstand an Ausdehnung zu.

#### Eine Rede Vanderveldes.

Ueber eine am Dienstagabend stattgefundene Massenversammlung, in der namentlich Vandervelde die Lage besprach, wird der „Frankf. Ztg.“ telegraphisch gemeldet:

Der Sekretär des liberalen Vereins, v. Staerbel, proklamierte die Notwendigkeit des Zusammengehens der Bourgeoisie und des Proletariats. Die Bourgeoisie müsse begreifen, daß an den Gewaltthaten in der letzten Woche nicht die Arbeitererschaft schuld trage, sondern die Regierung und die Gewerkschaften. Wie wäre es sonst möglich, daß fast alle Wunden im Rücken empfangen seien. Redner bedauert die Abwesenheit der berühmten liberalen Führer in den Arbeiterversammlungen. — Desportes betont, daß das Proletariat allgemein das Stimmrecht verlange, damit endlich die Vera sozialer Reformen in Belgien beginnen könne. — Vandervelde, von stürmischer Vegetierung begünstigt, erklärt: Wir fordern eine Reform, welche in Deutschland ein Mann, der gewiß kein Sozialist war, freiwillig durchgeführt habe, und wir werden siegen! Seit heute ist die Lage der von 1800 ähnlich geworden. Damals habe das Gewitter eines Abends entschieden, diesmal werde das Unwetter länger dauern. Der Ministerpräsident habe heute erklärt, die Auflösung der Kammer sei nicht Sache des Ministeriums, sondern des Königs. Damit habe er den alten konstitutionellen Grundgesetz verfassung: le roi regne et ne gouverne pas. Emet de Raeyer fährt hiermit eine persönliche Herrschaft

ein. Die Entscheidung liege nun bei Leopold von Coburg; er vermöge der Rechten wie der Linken die Auflösung aufzuzwingen. Wir haben vorläufig dazu nichts zu sagen; wir haben unser Mandat von den Arbeitern, und der Generalkonvent der Partei möchte sich gegebenenfalls aussprechen. Die eingetretene Besserung der parlamentarischen Lage verlange eine doppelte Energie der Streikbewegung. Sie müsse ruhig, würdig und legal bleiben. Die Regierung muß keinen Vorwand zu Orgereien haben. Zum Schluß wendet sich Redner an die Bourgeoisie, welche durch die Unordnungen tief erschreckt worden wäre. Aber je größer eine Bewegung sei, um so ruhiger sei sie. Auch der Viehbach brülle, der Strom aber fliehe ruhig und majestätisch zum Meere. Redner fordert die Anwesenden auf, zu Ehren der Toten des allgemeinen Stimmrechts das Haupt zu entblößen. Gleichzeitig aber mahne er alle, der christlichen Lehre eingedenk zu sein: Du sollst nicht töten! Dies sei dem Volk und den Soldaten gesagt. Aus allen Städten läme die Kunde, daß diese Mahnung der sozialistischen Frauen auf die Soldaten einen tiefen Eindruck gemacht habe. Die wahren Aufständischen gegen die Mehrheit der Bevölkerung seien die Nachhahler. Wenn die Bourgeoisie sich nicht anschleßt und unsere Streikbewegung mit Geld unterstützt, wird sofort Verhaftung eintreten. Vorwärts! rief Vandervelde, zum Siege des allgemeinen Stimmrechts! Die Menge schwenkt begeistert die Hüte und trennt sich dann ruhig und würdig.

Brüssel, 16. April. (W. Z. V.) Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten de Smet de Raeyer ein Ministerrat statt, an dem sämtliche Minister teilnahmen mit Ausnahme des Ministers für öffentliche Arbeiten, der sich nicht wohl befindet. Die Beratungen betrafen die Frage der Verfassungsrevision.

Der „Frankf. Ztg.“ wird über die Haltung der Regierung resp. des Königs vom 15. April gemeldet: Während einerseits das Gerücht cirkuliert, daß Smet de Raeyer die Einwilligung des Königs zum einfachen Schluß der Session ohne Auslösung bereits in der Tasche habe, glaubt man in optimistisch veranlagten, beachtenswerten Kreisen, daß der Minister sich heute nicht in so unerhörter Weise hinter dem Willen des Königs verschanzt hätte, wenn dieser nicht entschlossen wäre, nach völliger Herstellung der Ordnung durch eine unvermutete Kammerauflösung die Gemüter zu beruhigen. Wie teilen diese optimistische Auffassung noch nicht. Viel dürfte von der Haltung der Bourgeoisie in den nächsten Tagen abhängen.

#### Die Revision vor der Kammer.

Brüssel, 16. April. (W. Z. V.) Repräsentantenkammer. Auf der Tagesordnung steht die Revision der Verfassung. Die Diskussion mit Einschluß der für das diplomatische Corps und die Arbeiter. Zunächst ergreift Veernaert (Rechte) das Wort und erinnert daran, daß schon vor neun Jahren die Verfassung von den Kammern abgeändert worden sei. Damals habe man geglaubt, daß der Friede für lange Zeit gesichert sei, und jetzt werde die Regierung mit Gewaltthatigkeiten bedroht und versucht, die Beratungen des Parlaments zu hindern. Er sei der Ansicht, daß das gegenwärtige Wahlsystem durchaus befriedigend sei. Seit 15 Jahren habe die Kammer zahlreiche soziale Gesetze geschaffen und man antworte ihr darauf mit dem allgemeinen Ausstand. Es müsse zugegeben werden, daß die liberale Linke keinerlei Verantwortung für die Aufstörungen treffe. Redner wird häufig von dem sozialistischen Abgeordneten Vandervelde unterbrochen, der ausruft: „Das allgemeine Stimmrecht ist alleiniger Gebieter“.

Brüssel, Mittwoch, 16. April. (W. Z. V.) Repräsentantenkammer. (Schluß.) Veernaert (Rechte) fährt fort: Es handelt sich heute um die Existenz Belgiens. Eine Regierung, die vor dem Aufruhr weichen würde, wäre der Stellung, die sie einnimmt, unwürdig. Redner fragt, wie man daran denken könne, die Verfassungsrevision zu verwirklichen, für welche eine Majorität von zwei Dritteln notwendig sei, die man nicht zu finden hoffen könne. Feron (Progressiv) meint, das Parlament könne dem König nahelegen, daß die Auflösung der Kammer am Plage sei. Dazu genüge, daß der Antrag auf Revision angenommen werde. Um 5 Uhr abends wird die Sitzung geschlossen.

#### Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. April.

#### Es wird fortgewürfelt.

Am Schluß der Jollkommissions-Sitzung nahm am Mittwoch Genosse Debel die Gelegenheit wahr, die Mehrheit und die Regierung zu zwingen, Farbe über ihr zweideutiges Spiel zu bekennen. Debel meinte, wenn die Mehrheit der Jollkommission fortwährend die Positionen ins Angeheuerliche erhöhte und die Regierung die beschlossenen Jollsätze für unannehmbar erklärte, so hätte die Weiterberatung keinen Sinn. Wenigstens sollte man, um Klarheit zu schaffen, die bisher beratenen Jollsätze gleich in zweiter Lesung beraten. Der Abgeordnete Heim, der Tags zuvor eine ähnliche Meinung, allerdings platonisch, vertreten hatte, zuppte, als er merkte, daß man ihn beim Wort nahm, erheblich zurück. Die Konservativen und das Centrum gaben deutlich zu erkennen, daß sie, wie wir stets betont haben, nehmen wollen, was sie ohne die Opposition der Linken erhalten könnten; sie hoffen, daß ihre enormen Forderungen dazu beitragen werden, entweder Handelsverträge unmöglich zu machen oder sie so zu gestalten, daß sie für Deutschlands Bevölkerung verderblich sind und die Junkerherrschaft verlängern. Das hat die Geschäftsordnungsdebatte unwiderleglich klar gestellt und ebenso, daß die Mehrheit der Kommission es ist, die das Fortschreiten der Arbeiten verzögert. Die Ausflucht des Abgeordneten Spahn, die Kommission sei nicht berechtigt, ihre Arbeiten zu unterbrechen, mußte auch von dem nationalliberalen Abg. Dr. Paasche zurückgewiesen werden. Paasche erlachte auch unter Zustimmung der übrigen Kommissionsmitglieder an, daß die sozialdemokratischen Mitglieder sehr fleißig sich vorbereitet und sachlich an den Verhandlungen teilgenommen hätten.

Es ist klar, daß die Mehrheit, trotz ihres Geschreis, auf eine Verständigung mit der Regierung rechnet, von der sie noch die eine oder die andre Konzession herauszuschlagen hofft. Auch die Regierung verhält sich der Mehrheit gegenüber recht entgegenkommend. Sie deklariert zwar bei jedem Beschluß der Ueberzöllner ihr „Unannehmbar“ — aber sie vermeidet es doch, definitive Erklärungen abzugeben.

Vorher verhandelte die Kommission über Gänse, Fleisch- und Wursthölle. Mit einer Einführung eines enormen Zolls auf Gänse begann die Sitzung. Gänse sind zur Zeit zollfrei. Nicht weniger als 70 Pfennig pro Stück verlangt die Regierungsvorlage. Die Mehrheit stimmte diesem Vorschlag bei: er schädigt die Allgemeinheit und die Landwirtschaft, insbesondere die Rüstung dieses Vogels betreibenden Landwirte der Mark Brandenburg und der Provinzen Pommern und Posen in ungeheurem Maße. Noch schlimmer kam das Huhn und andres Federvieh fort. Auch diese nützlichen Tiere haben den Zollgrimm der Agrarier auf sich geladen. Sie sind zur Zeit zollfrei, die Mehrheit verlangt einen Zoll von 6 M. pro Doppelcentner, die Mehrheit beschloß 16 M. — also 16 Pf. pro Kilo. Auch das zubereitete Fleisch wurde mit makellosen Zöllen (30—120 M.) belegt, ebenso entinaende

Fleischextrakte und Würste einer Zollserhöhung nicht. In die Debatte spielte das bekannte Verbot der Versäure hinein. Zur Krönung der Viehzöllner wurden auch beim Fleisch Mindestzölle, die die Regierung für unannehmbar erklärt hatte, festgelegt. Uebrigens verriet die Ueberzöllner bei dieser Gelegenheit das allerdings längst öffentlich bekannt gewordene Geheimnis, daß für sie die Viehzölle nur ein Ersatz für die zu niedrigen Zölle sind; das Verbot von den Gesundheitsbedingten ist damit preisgegeben.

#### Der Reichstag

sehr am Mittwoch die Beratung der Seemanns-Ordnung fort. Die Verhandlungen nahmen durchaus den Charakter einer erweiterten Kommissionsitzung an. Fast zu jedem Paragraphen liegen Abänderungsanträge, und zwar nicht nur aus unsren Reihen, sondern auch von den Mehrheitsparteien vor. Unsr Genossen betrachten es als ihre Pflicht, auch im Plenum noch zu versuchen, günstigere Bestimmungen für den Seemann zu erzielen. Es gelang ihnen auch bei § 56, der den Feuerbezug in Krankheitsfällen für Angehörige der Seeleute regelt, eine Verbesserung durchzusetzen, obwohl der Unterstaatssekretär Rothe in dem Antrag einen zu großen Eingriff in die Taschen der Reeder sah. Dabei handelte es sich hier wieder ausschließlich darum, die Seeleute mit den Industrie-Arbeitern gleichzustellen. Leider ist zu befürchten, daß die von uns vorgeschlagene und in zweiter Lesung angenommene Fassung in dritter Lesung wieder beseitigt wird. Für unsren Antrag stimmten die Freisinnigen und die Antisemiten und diese Gruppen bildeten im Verein mit uns bei Beginn der Sitzung die Majorität.

Bei den weiteren Paragraphen blieben unsre Verbesserungsversuche, die von den Genossen Herzfeld, Metzger und Schwarz-Lübeck begründet wurden, vergeblich. Dagegen gelang es beim Paragraphen 71 wenigstens eine Verschlechterung zu verhindern, die der Reichsparteier Stockmann als freiwilliger Regierungskommissar mit Rücksicht auf den Profit der Reeder an den Kommissionsbeschlüssen vornehmen wollte.

Der § 71 regelt die Lohn- und Entschädigungsansprüche des Seemanns, der vor Ablauf der Dienstzeit seine Entlassung u. a. deshalb genommen hat, weil das Schiff nach einem versuchten Hafen geht, ohne daß er vorher bei der Annahmung davon Kenntnis gehabt hat. Der Kommissionsbeschluss gewährte ihm in diesem Falle neben der Monatsheuer das Recht der Rückbeförderung. Dieses Recht wollte Herr Stockmann wieder beseitigen. Vor allem war es dem höchst ungeschickten Auftreten des Regierungsvertreter, des Kapitäns Schmidt, zu danken, daß die Mehrheit hier Herrn Stockmann die Gefolgschaft versagte. Herr Schmidt bekämpfte nämlich die Rückbeförderung der Seeleute auf Kosten der Reeder, weil er eine Gefahr für die Passagiere darin erblickte, wenn die Seeleute auf Grund dieser Bestimmung das Schiff verließen. Was den Passagieren aber recht ist, muß den Mannschaften wohl billig sein.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

#### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus beriet am Mittwoch eine Reihe kleinerer Etats in zweiter Lesung und bewilligte zunächst die an die Budgetkommission zurückgewiesene Position des Etats des Finanzministeriums, welche sich auf den Wohnungsinpektor in Düsseldorf bezieht. Allerdings liegen die Konservativen durch den Abg. Winkler erklären, daß sie mit der Bewilligung dieser Forderung kein Präjudiz schaffen wollen, sondern die Sache nur als einen Versuch betrachten. Es erscheint hiernach fraglich, ob es der Regierung gelingt, weitere Geldmittel für die Wohnungsinpektion vom Hause zu erlangen.

Die Beratung des Etats der Seebehandlung gab dem Abg. Richter (fr. Vp.) Veranlassung, das Geschäftsgebahren dieses Instituts, namentlich zur Zeit, als Frhr. v. Jedlich an seiner Spitze stand, eingehend zu kritisieren. Redner tabelte es, daß dem Abgeordnetenhaus ein so geringer Einfluß auf die Seebehandlung eingeräumt ist und warf die Frage auf, ob es nicht ratsam sei, die Seebehandlung gänzlich aufzulösen, zumal da jetzt die Reichsbank dem Kreditbedürfnis vollkommen genüge. Völlig zu verurteilen sei es, daß die Seebehandlung hier und da sogar die Disziplin der Reichsbank durchkreuzt habe. Zum mindesten müßte das Institut, das noch aus der absolutistischen Zeit stamme und daher in seinem Geschäftskreise völlig ungebunden sei, in seinen Geschäften gesetzlich beschränkt werden. Entschieden warnen müsse er vor der Beteiligung der Seebehandlung an industriellen Unternehmungen.

In der Debatte verteidigte der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben die Seebehandlung, deren weitere Ausbildung im Interesse des Publikums und des Staates liege und deren Kapital sogar erhöht werden müßte. Noch weiter als der Minister gingen die Abgeordneten Graf Limburg-Stürum (L) und Frhr. v. Jedlich (fr.) in der Vertehrlichung der Seebehandlung, während die Abg. Friedberg (natl.), v. Eyner (natl.) und Friyen (E.) bei aller Hochachtung vor diesem Institut doch von Bedenken nicht ganz frei sind. Nachdem noch die Herren Dr. Arendt (fr.) und Dr. Gahn (v. L. V.) ihre Weisheit an den Mann zu bringen gesucht hatten, wurde der Etat bewilligt.

Eine Reihe kleinerer Etats wurde ohne Debatte, der Etat der Anstaltungs-Kommission nach einer lebhaften Plenardebatte angenommen.

Am Donnerstag soll der Eisenbahn-Etat in zweiter Lesung zu Ende beraten werden.

#### Der Fall Kaufmann.

Man schreibt uns: Unsere neulich tatsächliche Darstellung des Falles Kaufmann ist von der „National-Zeitung“ und der „Freisinnigen Zeitung“ in dem holden Einklang, der diese feindseligen Schwärzern sofort vereint, wenn es kapitalistische Interessen zu verteidigen gilt, als ein „Hinterreppenroman“ und eine „Kriminalphantasie im Stile des Neuen Pitaval“ traktiert worden. Die „National-Zeitung“ gefällt sich zudem in der Tirade, wir hätten die Mehrheit der Berliner Stadtverordneten für „gewaltthätige Verbrecher“ erklärt, die „einen Mann erst seelisch ruinieren und ihn dann als Jesuiten ungeschädlich machen wollten“; sie meint, die Promutung, das zu glauben, sei denn doch allzu lächerlich. Wir begreifen, daß die „National-Zeitung“, die auf dem Gebiete politischer „Kriminalphantasien“ den Siegespreis unsterblicher Lächerlichkeit besitzt, seitdem sie in hochpolitischen Leitartikeln Karl Marx als den Chef einer weitverzweigten Express- und Mäanderbande dargestellt hat, nunmehr jede Konkurrenz fürchtet, aber sie kann ganz ruhig sein: wir haben ihr diese Konkurrenz nicht gemacht.

Es ist ein alter Lid kapitalistischer Komploteure, wenn sie auf freier That erlapp werden, so zu ihm, als beschuldige man sie, im Stile feudaler Ritter- und Mäanderromane konspiriert zu haben. In Voraussicht dieses Tricks hatten wir nicht nur in unsren Ausführungen die „plump-feudale“ von der „raffiniert-kapitalistischen Methode“

nterschieden, sondern über Kaufmanns Internierung in der Maison de santé wörtlich gesagt: „Es sei ausdrücklich erwähnt, daß die Verträge, die diese Anordnung trafen, sich formell innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse gehalten haben; auch darf nicht daran gezwungen werden, daß sie ihre Diagnose, mag sie sich inzwischen auch als tatsächlich irrig herausgestellt haben, nach bestem Wissen und Gewissen gestellt haben. Aber dann bleiben noch folgende Fragen speziell an den langjährigen Hausarzt Kaufmanns übrig.“ Es bezogen schlagend die mala fides der „National-Zeitung“, daß sie in ihren angeblich wörtlichen, beiläufig auch sonst gefälschten Citaten aus unserem Artikel diese Sätze einfach unterschlägt, um ihren Lesern das Märchen aufzubinden zu können, als hätten wir „Mordgeschichten“ über die „Reinheit der Stadtverordneten“ verbreitet.

Die Fragen, die wir an den Hausarzt Kaufmanns gerichtet haben, halten wir vollkommen aufrecht. Der Mann ist uns ebenso unbekannt wie gleichgültig, aber sein Verfahren berührt eine Frage der allgemeinen Rechtschaffenheit, die weit über den einzelnen Fall hinausgeht. Wenn ein Kranker, der infolge ärztlich ihm zur Linderung körperlicher Schmerzen verschiedener Opiate vorübergehend des Bewusstseins- oder bewusstlos wird, sofort in eine geschlossene Anstalt zur Heilung von Geisteskranken gebracht wird, so ist schließlich kein Mensch vor diesem verhängnisvollen Schicksal sicher, einem Schicksal, das auch dann verhängnisvoll bleibt, wenn der ärztliche Irrtum sich als solcher so schnell herausstellt, wie in dem Fall Kaufmanns.

Im Unterschiede von der „National-Zeitung“ hält sich die „Freisinnige Zeitung“ nicht erst bei Fälschung unseres Textes auf, sondern läßt nach ihrer bekannten Manier in den Tag hinein, daß heißt, in der Manier jenes Taschendiebes, der in der Gefahr der Entdeckung am lautesten schreit: „Haltet den Dieb! Für unsern „Hinterdreppenroman“ sollen wir den Zustand ansinnigen, daß Kaufmann im Interesse seiner Genesung der Ruhe bedürfte und deshalb nicht in der Lage sei, selbst dem Lügengewebe des „Vorwärts“ entgegenzutreten. Dies Geschwätz ist so dumm wie perfide. Dumm, weil Kaufmann die entscheidenden Kapitel unfers „Hinterdreppenromans“ weder für Lüge noch für Wahrheit erklären kann, da er von alledem, was sich in seiner Sache nach seiner Internierung in der geschlossenen Anstalt abgespielt hat, überhaupt nichts weiß. Ob er unsre Darstellung bis zu seiner Internierung für richtig erklären würde, läßt sich insoweit auch nicht sagen, als er diese Darstellung nicht kennt. Möglicherweise können hier aber die Herren Langerhans und Hugo Sachs ausshelfen; da sie mit ihren Mitteilungen an die Presse über ihren Besuch bei Kaufmann sonst nicht gefahrt haben, so teilen sie ihren Freunden von der „Freisinnigen Zeitung“ vielleicht mit, wie sich Kaufmann zu ihnen über die Ursache seiner Erkrankung und seine Internierung in der Maison de santé geäußert hat.

Perfide ist jenes Geschwätz der „Freisinnigen Zeitung“ aber darum, weil sie uns vorwirft, was wir als die Schande ihrer kapitalistischen Clique gebrandmarkt haben. Unsere Ausführungen gipfeln in dem Satz, daß sobald Kaufmann in der Maison de santé interniert war, jedem Mann von Ehre und Gewissen das einfachste Taktgefühl gebot, die Frage seines Verzichts oder Nichtverzichts zu vertragen, bis er wieder ein freier Mann und vollkommen gesundet sei. Statt dessen begann in den Blättern des hiesigen Stadtkönigs jenes Spiel elender Treiberer, das in seinen verschiedenen Stadien darauf hinausläuft, von dem augenblicklich wehrlosen und in seiner Willensfreiheit beschränkten Mann einen „rechtsgültigen Verzicht“ zu ergattern. Diese Wäbereien haben wir in unserem neuartigen Artikel, — von dem wir selbstverständlich jedes Wort aufrecht erhalten —, nach Verdienst und Würdigkeit registriert, und da wirft uns die „Freisinnige Zeitung“ vor, wir hätten die Lage eines wehrlosen Mannes aus. Die Sache des kapitalistischen Stadtkönigs muß oberhalb stehen, wenn seine getreueste Helferin schon zu dem letzten Verwaltschaftsmandat vor des Taschendiebes greift, der die Augen des Publikums auf seine langen Finger gerichtet sieht.

### Die Erschießung Espjagins.

Die „Post“ glaubt den Vergeltungsakt der russischen Volksgerechtigkeit zur Anpreisung eines internationalen Umsturzes geistlich zu können. Sie deliriert:

„Die revolutionäre Bewegung im zaristischen Reich hat durch das Verbrechen des Mordmörders Baskanow wieder einmal in erschreckender Weise ein Lebenszeichen von sich gegeben und die Welt von neuem daran gemahnt, daß es endlich Zeit ist, zur gemeinsamen Bekämpfung des mit Dolch, Revolver und Dynamit arbeitenden und kurzem energische Abwehrmaßnahmen zu ergreifen.“

Was in aller Welt geht das deutsche Scharfmacherorgan der Kampf an, den die fortschrittlichen Elemente des russischen Volkes gegen den russischen Absolutismus und dessen Kautzenregiment führen? Will sich der ehemalige Stummische Schleifstein wirklich zum Hüter des zarischen Absolutismus aufwerfen?

Daß das Blatt den „Vorwärts“ der angeblichen Verherrlichung der Erschießung Espjagins demüthigt, finden wir minder auffallend:

„Ernstlich scheint demnach der „Vorwärts“ doch nicht davon überzeugt zu sein, daß die Propaganda der That überhaupt verwerflich sei. Daß er wenigstens für Rußland diese Art des Kampfes seitens der Umsturzpartei für die rechte hält, geht unzweifelhaft aus seiner Schlussbemerkung hervor, welche lautet: „In der Hand des Zaren liegt es, die Formen des künstlichen politischen Kampfes zu bestimmen.“ Das heißt doch nichts anderes als: „Eist Du nicht wild, so brauch' ich Gewalt.“ Giebt der Zar also dem Lande nicht eine Verfassung, die es dem Umsturze gestattet, auf Gassen und Märkten seine revolutionären Lehren ungehindert zu predigen, dann wird, wie der „Vorwärts“ zu verstehen giebt, weiter mit den Mitteln feigen Mordmordes gekämpft.“

Es fehlt nur noch die Behauptung, daß der „Vorwärts“ den russischen Freiheitskämpfern die Direktive gebe, weitere Repräsentanten der Reaktion aus dem Wege zu räumen!

Und diesen albernem Angriff zog sich der „Vorwärts“ nur deshalb zu, weil er die Situation der Thatfachen gemäß kennzeichnete, weil er konstatierte, daß der brutal vergewaltigten Opposition eines absolutistischen Staates gar kein andres Kampfmittel übrig bleibe als das der Gewalt. Daß dem so ist, begreift sogar ein sonst mit der Post zuweilen in der Scharfmacherlei konkurrierendes Kapitalistenblatt, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“.

Dieselbe schreibt: „Zweifellos hängt die Ermordung von den letzten Unruhen zusammen. Die russischen Studenten verlangten Reformen des Universitätsstudiums, Abschaffung der Uniform, freien Auswahl der Kollegen, Freiheit der wissenschaftlichen Lehre. War manches Unklare und Bräunende in der Bewegung verhehlt, so waren Erschießungen, Knutenhiebe der Rosaken und Transport nach Sibirien, mit denen man strafe, noch zehnmal verhehlt. Die Rache für das Aufstehen der Polizei und des Militärs liegt heute vor.“

Wenn übrigens die „Post“ Wuschireff als „feigen Mordmörder“ schmäht, so verrät das ebenso wenig Hirn wie Geschmaç, Wuschireff hat die Folgen seiner That, die er offenbar für eine ideale und patriotische hält, auf sich genommen, er hat sein Leben für seine That eingesetzt. In den humanistischen Lehranstalten Deutschlands werden unsren künstigen Staatsstößen antike Tyrannenmörder als Helden vorgeführt, die kaum einen

derartigen Mut an den Tag gelegt haben. Und wird nicht sogar auf der Berliner Hofbühne Schillers „Tell“, diese fünfaktige Glorifikation des Tyrannenmordes, aufgeführt? Will einigem Recht konnte Wörne an dem Schillerischen Freiheitshelden tabeln, daß dieser dadurch, daß er seinen Pfeil aus dem Hinterhalte abföhrte, an moralischer Größe einbüßte. Wuschireff kann man nicht einmal diesen Vorwurf machen, er bewies keinen geringeren Mut, als jener gepriesene Winkelsied, der sich, um der Freiheit eine Waffe zu bahnen, in die Speere der Feinde stürzte. Man mag von seinem politischen Standpunkt aus die That des Studenten noch so sehr verdammen; aber man macht sich nur lächerlich, wenn man Wuschireff einen „feigen Mordmörder“ nennt.

Der deutsche Kaiser hat den Vorkämpfer Grafen v. Alvensleben telegraphisch beauftragt, dem Kaiser Nikolaus und der russischen Regierung sein Beileid und seinen tiefsten Abscheu über die Ermordung des Ministers des Innern, Espjagin, auszusprechen.

## Deutsches Reich.

### Kollege Hohelt.

Wir haben gestern mitgeteilt, daß der Herzog Ernst Günther vor Gericht eine Kussage über einen Zeitungsartikel verweigerte, indem er sich darauf berief, daß er Gefahr laufe, sich selbst einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen. Nachdem nun Seine Hoheit derart unter die Journalisten geraten, stellen wir uns vor, was nun mit ihm geschehen könnte, wenn er die kriminellen Vorzüge des Journalistenberufes an seinem eignen Leibe probieren würde.

Die Entwicklung würde sanft beginnen mit einem kleinen Zwangsverfahren; der Herzog braucht sich davor nicht zu fürchten, denn er darf höchstens sechs Monate eingesperrt werden, und er kriegt obendrein nur Fast, was immerhin erträglich ist.

Wir nehmen an, daß er schließlich als Verfasser des Artikels — irren wir nicht, stand er im „kleinen Journal“! — ermittelt und prozessiert wird. Der Staatsanwalt wird dann ein fulminante Rede halten über die Gefährlichkeit, eine ehrenwerte schutzlose Dame, noch dazu die Kammerfrau einer Herzogin, durch einen Zeitungsartikel „unter dem Schutz der Anonymität“ zu beleidigen. Angehts der Schwere der Beleidigung und der Stellung des Angeklagten, zugleich aber in Erwägung des Umstandes, daß er bisher unbestraft war, kommt er mit sechs Monaten davon. Das Gericht nimmt an, daß der Herzog ins Ausland gehen könnte und beschließt wegen Fluchtverdachts sofortige Verhaftung. Seine Transportierung ins Gefängnis erfolgt aus polizeitechnischen Gründen zu Fuß, dafür aber in Ketten; die halbe Bevölkerung der Stadt bildet feierlich, der Mann sei ja kein wirklicher Journalist gewesen.

Wohlthätig hat Seine Hoheit Wink, findet einen „Arbeitsgeber“ und die Gefängnisverwaltung erlaubt die Selbstbeschäftigung. Andernfalls muß er Fäden zu spinnen oder Weistellen polieren. Als Zeitungslektüre ist ihm nur der „Reichs-Anzeiger“ gestattet, der ihm ja allerdings eine angemessene und willkommene Lektüre sein dürfte, als sonstigen Journalisten. Kunstsch und blauer Heinrich werden auf der herzoglichen Tafel serviert. Endlich wird er entlassen. Aber das ist der Fluch der bösen That! Nach Jahr und Tag will er sich in einem Berliner Vorort niederlassen. Kaum hat aber der Amtsvorsteher davon Kunde erhalten, so schickt er dem Herzog eine — Ausweisungsbefehl, auf Grund jener famosen, neuerdings beliebten Anwendung des Anhangsparagraphen, der bestrafte Zeitungs-schreiber für Personen erklärt, die für die Sicherheit und Moral des Ortes gefährlich sind. Er hat dann nichts weiter zu thun, als sich nach dem Ort zu begeben, wo er den Untersuchungswohnsitz genießt.

Damit sind nun die Folgen des Zeitungsartikels erschöpft, natürlich sofern er hinfort für alle Zeit freiwillig auf kommunale Kanten verzichtet; er würde niemals beständig werden. Es bleibt ihm jetzt nur noch übrig, jeden Rückfall in die journalistische Thätigkeit zu vermeiden; denn sonst — wehe, wenn der Staatsanwalt auf Vorkräusen hinweisen kann!

Wohlan — das Schicksal nehme seinen Lauf! —

**Die evangelischen Arbeiter und der Brotwucher.** Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt mit Entschiedenheit fest, daß zwei evangelische Arbeitervereine Sachsens gemeinsam mit dem Handelsvertrags-Verein Petitionen gegen die Zuckerzölle abgehandelt hätten.

Nach diesem Verbrechen mißten die bisherigen „Sympathien“ der Konservativen und Bündler für die evangelischen Arbeitervereine erkalten. Die evangelischen Arbeitervereine können diese Sympathien des Faches für die Lauden leicht missen, wenn sie sich ihrer Stufenlage nicht nur bei den Zuckerzöllen vollends bewußt werden! Daß sie nicht das Evangelium der Dertel-Truppe beten: Unser tägliches Brot nim uns heute und gib es den Junkern — ist schlichtweg selbstverständlich! —

**Der handhastige Lieber.** Am Dienstag hatte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgende Erklärung gebracht:

„Aus Meßoden und Frankfurt a. M. wird in der Presse verbreitet, daß nach Erledigung des ersten Stotengebietes von Sr. Majestät dem Kaiser und König dem Abgeordneten Dr. Lieber ein höheres Reichsamt oder ein Oberpräsidium angeboten worden sei. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß ein derartiges Angebot niemals erfolgt ist.“

Derartige Zwangsverklärungen haben ja keinen Wert. Diese zumal hat ein Loh; denn sie verhält die preussische Minister-Schaft zu demütigen.

Merkwürdig ist nur, daß die „Germania“ die ihre eignen Partei-Organen scheinbar insgesamte Meldung ohne ein Wort der Kritik mitteilt.

Die Wahrheit muß sich doch leicht aus der betreffenden Tagesbuch-Notiz Liebers feststellen lassen! —

**Eine Handelsgewerbe-Novelle** wird offiziös angekündigt. Der schon seit längerer Zeit verbreitete Entwurf wegen des Rechtsverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Handelsgewerbe soll zur legislatorischen Verhandlung „reif“ geworden sein. —

**Neue Artillerievorlage in Sicht.** Einem Berliner Blatt wird geschrieben: Aus Anlaß der bevorstehenden Anwesenheit des Kaisers und des Kronprinzen auf dem Kruppischen Schießplatz bei Meppen sind in der Presse Nachrichten verbreitet worden, die mehr oder minder auf Kombination beruhen. Naturgemäß wird über die Art der Schießversuche das strengste Stillschweigen bewahrt, jedoch steht so viel fest, daß die jetzigen Versuche von ganz besonders hervorragender Bedeutung sein werden. —

**Ein neuer Uniformnoß** soll im deutschen Heere eingeführt werden. Der neue Noß ist, ähnlich dem östreichischen, kleiner und gewölbter als bisher. Der „Reichsbote“ schreibt zu der Renierung: „Erwägt man bei allen diesen mehr oder minder vermeidbaren Veränderungen der Ausrüstungen auch immer hinreichend die nicht unbedeutenden Kosten, welche sie der Verwaltung wie dem einzelnen Soldaten verursachen? Es scheint doch nicht zu sein, denn sonst würde man z. B. in Offizierskreisen nicht immer wieder Klagen über die steigende Belastung der Ausgaben für die Uniformierung begegnen. So wird es auch schwer einleuchten, was ein etwas mehr oder weniger

eleganter Uniformnoß für den Geist und die Schloßfertigkeit der Truppe bedeuten soll. Die vorhandenen Bestände hätten gewiß noch für Generationen gereicht. Aber mit der alten preussischen Sparsamkeit ist es schon lange reichend bergab gegangen.“

## Ausland.

### Die amerikanischen Schallitäten auf den Philippinen.

Besondere Erwähnung aus den Verhandlungen gegen Major Walker verdient, so meldet das „Bureau Laffan“, die scharfe Kritik der amerikanischen Kriegsführung auf den Philippinen durch den Staatsanwalt Kingsbury. Der Staatsanwalt bezeichnete die Lanang-Expedition als einen „dummdreisten und unentschuldbaren Mißgriff“. Er ging schonungslos auf die Behauptung ein, daß die amerikanischen Soldaten auf dieser Expedition zehn ihrer Kameraden waffenlos und sterbend in den Bergen zurückgelassen hätten. Er erklärte, die hungerlittenen Filipinos seien eher treue Patrioten als Verräter, und fälle ein vernichtendes Urteil über den Gemeinen Davis, der als Richter seine Opfer ohne Verhör zum Tode verurteilte. Dem Hinweis auf das Kriegsrecht gegenüber sagte der Staatsanwalt, Major Walker habe unter dem Militärgesetz gestanden und hätte Hinrichtungen ohne Verhör nicht gestatten dürfen.

Wie ferner aus Washington gemeldet wird, hat der Kriegssekretär mit Bezugnahme auf die Untersuchung gegen den Major Walker in Manila wegen der gegen ihn erhobenen Anklagen unerhörter Grausamkeit gegen Filipinos und mit Bezug auf Walkers Freisprechung den General Chaffee angewiesen, wenn die Blättermeldungen über die Untersuchung gegen Walker richtig seien, den General Smith auf dessen Instruktionen Walker gehandelt haben solle, vor ein Kriegsgericht zu stellen.

### Italien.

#### Die Wahl im Wahlkreis Turatis.

Wie bekannt, hatte Filippo Turati, obgleich wiedergewählt, abermals sein Mandat aus den in seinem Briefe bekannt gegebenen Gründen niedergelegt.

Jetzt aber, nachdem viele Mißverständnisse aufgeklärt, nachdem die Injustizien größtenteils behoben sind, weil die Ansichten Turatis bei der Majorität der Genossen das Übergewicht erlangt haben, war Turati geneigt, die Kandidatur wieder anzunehmen, die ihm von der Partei selbst angeboten wurde.

Indessen die Republikaner, die in Mailand eine verschwindende Minorität bilden, nahmen aus Hohn gegen Turati die Gelegenheit wahr, nicht etwa die Kandidatur eines Republikaners zu proklamieren, sondern die eines Anarchisten, der sich zur Zeit im domicilio coatto (Zwangswohnsitz) befindet, Pietro Calcoano, zu unterstützen. Wenig lokal spekulierten sie damit auf eine über angebrachte Sentimentalität, auf die Agitation gegen das domicilio coatto, das alle Volksparteien gleichmäßig abgelehnt wissen wollen.

In dieser Lage nahmen die Sozialisten die Kandidatur an, unterließen es jedoch nicht, die Inloyalität und die von den Republikanern verübte politische Exzession beim richtigen Namen zu nennen.

Unter diesen sind die ersten vorbereiteten Wählerversammlungen für die am 20. d. c. anberaumte Wahl unter lebhaften Redungen zwischen Sozialisten und Republikanern verlaufen.

Bemerkenswert ist dabei noch, daß der antiparlamentarische Anarchist Calcoano die Kandidatur angenommen hat, daß hingegen das anarchische Organ „L'Agitazione“ die Republikaner tadelt, daß sie diese Kandidatur aufgestellt haben. —

### England.

**Preissteigerung des Getreides und des Brotes durch die neuen Kornzölle.** Die neuen Korn- und Weiszölle haben im ganzen Lande ziemlich allgemein eine Preissteigerung von 1 Shilling für das Quarter Weizen und ebenfalls 1 Shilling für den Sad Mehl bewirkt. Einige Bäcker in London haben bereits den Preis für das zweifelhändige Brot um einen halben Penny heraufgesetzt.

### Norwegen.

**Demission des Ministeriums.** In dem am Mittwoch abgehaltenen Ministerrat überreichte der Ministerpräsident Stoen dem Kronprinz-Regenten sein Abschiedsgesuch; auch die übrigen Minister stellten ihre Portefeuilles zur Verfügung. Nach dem Ministerrat berief der Kronprinz-Regent den Präsidenten des Storting, Berner, und übertrug ihm die Bildung des neuen Kabinetts. —

### Uffien.

**Neuer Sieg der chinesischen Insurgenten.** Wie aus Kanton berichtet wird, hat ein dort am Dienstag eingetroffener Kurier die Meldung überbracht, daß mehr als 2000 Mann kaiserlicher Truppen, die vom General Su entsandt waren, um Aufständische aus einer Ortschaft zu vertreiben, von diesen in einem Engpaß überfallen wurden; die gesamte Mannschaft sei getötet bezu. gefangen genommen worden; der Vicelönig von Kanton habe aus Peking telegraphisch Verstärkungen erbeten.

**Rußland in der Mandschurei.** Der „Russische Invalide“ veröffentlicht einen vom Generalstab erhaltenen Bericht vom 12. April aus Port Arthur, demzufolge sich in letzter Zeit auf der Grenze der Provinz Mukden und Kirin große Banden chinesischer Räuber in der Nähe der Eisenbahnstationen gezeigt haben. Eine Abteilung der Grenztruppe verfolgte eine 200 Mann starke Räuberbande, die sich nach der Befestigung von Kianmtai zurückzog, wo drei Borden vereinigt waren. Von 800 Räubern reiteten sich nur 30 Mann auf russischer Seite fiel ein Mann, während ein Mann schwer und ein Offizier und vier Mann leicht verletzt wurden. —

## Der Boeren-Krieg.

### Stoßung der Friedensverhandlungen.

„Daily Mail“ erfährt, es sei in den Friedensverhandlungen eine Stoßung eingetreten. Das Ministerium habe absolut und einstimmig das dringende Ersuchen der Boerenführer um Waffenstillstand während der Verhandlungen abgelehnt. Man erwarte nicht, daß dies zum Weggang der Boerenführer von der Konferenz führen werde, aber die Fragen der Amnestie und der kaiserlichen Verbanungsproklamation drohen, die Verhandlungen zum Stillstand zu bringen. Milner sei auf Weisung der britischen Regierung von Johannesburg nach Pretoria gekommen, um festzustellen, was die Boeren als unreducierbare Mindestforderungen ausstellten. Die Grundzüge der Boerenforderungen, wie sie am Montag in Pretoria aufgestellt wurden, seien folgende: Die Boeren erklärten sich zur allgemeinen Uebergabe bereit und mit Verlust ihrer Unabhängigkeit einverstanden (?), verlangten aber Wiederaufbau und Wiederanstellung der Farmen, Amnestierung der aufständischen Kolonialboeren unter denselben Bedingungen wie bei den Bürgerkriegen, Zurückziehung der Verbannungsproklamation und Abkürzung der von der englischen Regierung in Aussicht genommenen Frist, innerhalb welcher in den Boerengebieten wieder eine repräsentative Regierung eingesetzt werden soll; schließlich solle England die gesetzlichen Verpflichtungen der beiden Republiken übernehmen.

**Kittener** meldet aus Pretoria, die Kolonne Venet Hamiltons sei am 14. d. M. abends an der Moddianslinie bei Standerton angekommen. Sie habe während ihrer Operationen von Middelburg her nach Süden insgesamt 145 Boeren gefangen genommen, getötet oder verwundet.

# Partei-Nachrichten.

Ein Beschluss, der Nachahmung verdient, fand im sozialdemokratischen Verein in Effen Annahme. Der Beschluss geht dahin, den Vorstandmitgliedern und Bezirksführern die „Neue Zeit“ zum Preise von 10 Pf. pro Nummer zur Verfügung zu stellen, der fehlende Betrag soll aus der Vereinskasse gedeckt werden. Der Beschluss bezweckt, den Agitationsleitern, deren Opferwilligkeit ja sehr in Anspruch genommen wird, das Streben, sich auf allen Gebieten des parteigenössigen Lebens zu informieren und die im Kampf mit dem Gegner erforderlichen Kenntnisse anzueignen, zu erleichtern und fördern.

**Totenliste der Partei.** In Magdeburg verunglückte am Dienstag spät abends der Genosse Karl Schöch, seit Jahrzehnten einer der thätigsten und unermüdeten Parteigenossen Magdeburgs und ebenso lange an der Spitze der Arbeiterbewegung dortselbst thätig. Schöch verunglückte inmitten seiner Thätigkeit für die Arbeiterbewegung. Er war am Tage stundenlang in Magdeburg auf dem Fahrrad umhergefahren, um seine Kollegen für eine Sitzung in Sachen der gegenwärtigen Arbeiter-Bewegung zusammenzuführen. Auf dem Heimwege fuhr er hinter einem Motorwagen der Straßenbahn her. Als dieser seine Fahrt verminderte, wollte Schöch denselben auf der rechten Seite überholen, wurde aber von einem entgegenkommenden Wagen daran gehindert und bog nun nach links ab. In demselben Augenblick wurde er von einem aus der entgegengekehrten Richtung in schärfster Fahrt herankommenden Motorwagen gepackt und mit furchtbarem Gewalt zur Seite geschleudert. Der gewaltsame Sturz hatte einen Genickbruch und den sofortigen Tod zur Folge. Schöch hinterlässt eine seit 16 Jahren kranke Frau und fünf Kinder, von denen das älteste 21, das jüngste 6 Jahre alt ist. Um den mitten in seiner Thätigkeit gefallenen Arbeiterführer trauern außerdem der Maurerverband und die Partei, in deren Dienst er wiederholt sich Gefängnisstrafen zugezogen hat. Der Wahlkreis Salzweil-Gardelogen verliert mit Schöch seinen langjährigen Kandidaten zum Reichstag.

**Der außerordentliche Parteitag der schwedischen Socialdemokratie** hat an die belgische Arbeiterpartei das folgende Telegramm geschickt: „Die schwedische Socialdemokratische Arbeiterpartei, versammelt in Stockholm auf dem außerordentlichen Parteitag zur Verhandlung über die Frage der Erhebung des allgemeinen Wahlrechts, folgt mit gespanntester Aufmerksamkeit Eurem bewundernswürdigen, heldenmütigen Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Unser Kongress hat beschlossen, die Arbeiterpartei zur Aktion für das gleiche Recht aufzurufen. — Wir wünschen Euch auf das wärmste Erfolg und vollständigen Sieg. — Es lebe das allgemeine Wahlrecht! Es lebe der Generalstreik! Es lebe der internationale Socialismus!“

Eine Demonstrationsversammlung, die am Sonntagmorgen vor der Stadt am Viktors-Walde stattfand, sandte ebenfalls ein Begrüßungstelegramm an die belgische Arbeiterpartei. Die Massenversammlung, deren Teilnehmerzahl auf 12000—15000 Personen geschätzt wird, war von herrlichem Frühlingssommer begünstigt. Die Demonstration wurde mit dem Gesang der Marxliedchen und des Liedes „Arbeiter-Söhne“ eingeleitet. Darauf berichtete Hermann Lindquist, der Vorsitzende der Landesorganisation der Gewerkschaften Schwedens, der den Kongress präsidierte, über den Verlauf der Verhandlungen. Dann sprachen noch eine Reihe anderer Kongressmitglieder, unter anderem Kata Dalström im Namen der organisierten Frauen.

**Strahenden Demonstration.** Nach Schluss der Versammlung bewegte sich die Volksmasse in zwei großen Zügen und auf zweierlei Wegen unter Gesang und Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht durch die Straßen der Stadt nach Sollets Hus. Hier wurde wiederum gesungen und von den Ballonen des Hauses mehrere Redner Ansprachen. Hochrufe wurden ausgebracht auf das allgemeine Wahlrecht und auf den Generalstreik. — Die Polizei verhielt sich dieser durchaus friedlichen Demonstration gegenüber während des ganzen Verlaufs passiv. Nachdem sich aber die Massen bei Sollets Hus aufgelöst hatten, wurden vier Personen verhaftet, wovon zwei sofort wieder entlassen wurden. Auch in verschiedenen kleineren Städten Schwedens haben am Sonntag Demonstrationsversammlungen für das allgemeine Wahlrecht stattgefunden.

Aus Malinö wird unterm 14. April gemeldet: Als die Arbeiter-Repräsentanten heute abend von dem sozialdemokratischen Kongress in Stockholm zurückkamen, wurden sie von einer sehr großen Volksmenge empfangen. Es waren mindestens 1000 Menschen, die sie nach Sollets Hus begleiteten, von denen mehrere aus die Führer für das allgemeine Wahlrecht sprachen. Die Menge brachte Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht und den Generalstreik aus.

**Deutsche Socialisten in der Schweiz.** Der in Zürich sitzende Landesausdruck der deutschen und österreichisch-ungarischen Socialisten in der Schweiz verendet seinen gegen 50 Seiten starken Jahresbericht für 1901, nach dem die Landesorganisation 36 Sektionen mit ca. 2500 Mitgliedern zählt. Die Organisationen haben im Berichtsjahre unter dem Einfluss der Krise fast ausnahmslos einen Mitgliederverlust erfahren. Die Einnahmen des Landesausdrucks betragen 1908,85 Fr., die Ausgaben 655,35 Fr., der Kassenbestand 1253,50 Fr. Der internationale Flüchtlingsfonds hatte 328,30 Fr. Einnahmen und 218,60 Fr. Ausgaben, der Kassenbestand beträgt 109,70 Fr. Unterthätig wurden aus demselben 8 Personen. Die Sektionen haben in ihren Bibliotheken zusammen 10 200 Bände gegen 9150 im Vorjahre, ausgeliehen und gelehen wurden 4468 Bände. Aufstrebende Schichten wurden für 4500 Fr. verkauft. Im Monat August soll in Basel eine internationale Zusammenkunft stattfinden.

# Aus Industrie und Handel.

Die Sanierung der Hypothekendarlehen läßt jetzt erst die Obligationäre erkennen, wie schwer sie in einigen Fällen benachteiligt wurden, besonders dann, wenn sie, wie bei der Grundschuldbank sich zu dem Modus der Verpfändung herbeiließen und damit auf jede Beteiligung an der Besserung des Status verzichteten. So geht uns aus Interessentenkreisen folgende Zuschrift zu: „Die Realobligationen der deutschen Grundschuldbank notieren täglich ca. 99 Proz. Dieser Prozentsatz soll ja auch den Obligationären in allerhöchster Zeit angezogen werden. Nicht weniger als 61 Proz. zuzüglich der Zinsen seit 1 1/2 Jahren beträgt mit dem Verlust, den die Besitzer der wirklichen Grundschuldwerte trotz der Hilfe der Darmstädter Bank erleiden sollen. Oder beträgt der Verlust von 61 Proz. nicht trotz, sondern wegen der Hilfe der sanierenden Bank 61 Proz.? — Es ist wahr, daß durch die Verzinsungen von Sänden und Genossen die Obligationäre um 30 Proz. ihrer Wert gebracht worden sind; es ist aber ebenso wahr, daß durch die Hilfe der Darmstädter Bank die Obligationäre nochmals 30 Proz. ihrer Werte Schaden erleiden sollen.“

Dafür der Beweis noch zwei Seiten: a) Bei 94 Millionen Obligationen waren am 29. Dezember 1900 über 96 Millionen Hypotheken vorhanden. Die staatliche Aufsichtsbehörde wie auch die Vertreter und der Aufsatz der Obligationäre gaben im gedruckten Bericht bekannt, daß davon 53,8 Millionen drückungsfähig seien, und daß bei ruhiger Abwicklung 60 Millionen als einzahlungsfähig zu betrachten seien. Regreßansprüche an Baron Cohn, an die Preussische Hypothekendarlehenbank, an Sänden, an Anhalt u. Wagner, anstehende Wachforderungen z. erlösten den Betrag in dem Maße, daß — wie oben angegeben — reichlich 70 Proz. in der Masse lagen. b) Die mit immensen Zwischengewinnen aus der Deutschen Grundschuldbank herausgeschüttelten Neuen Bodenwerte werden schon jetzt als Aktien mit ca. 160 Proz., als Obligationen mit 100 Proz. bewertet. Das bedeutet auf den Wert der Real-Obligationen zuzurechnen: 65 Proz. + 1 1/2 Proz. Verzinsung + Zinsen und Dividende. Rechnen wir nur 2 bis 3 Proz., die die Darmstädter Bank durch Verkaufsausgabe von Aktien, Provisionen, durch Umwandlung in Bodenwerte z. in Anfall brachte, so liegen — wie oben angegeben — 70 Prozent in der Masse. Die Werte der Grundschuldbank wurden durch

den Konkursverwalter an die Darmstädter Bank verkauft. Eine einzelne Person verstand die Hypothekendarlehen auf 47 Millionen zu taxieren und ging — man kann — auf die Verkaufsofferte von 38 Millionen ein. Alle Regreßansprüche an die Preussische Hypothekendarlehenbank, an Baron Cohn, an Sänden, alle Vermögensobjekte und Rechte, Wachforderungen z., die nicht in Geld oder Kurs angegeben waren, wurden mit „Null“ Markt abgegeben. Wir fragen nun: Wüßten sich die Obligationäre eine Quote von 30 Proz. bei zweijährigen Zinsverlust gefallen lassen? Wüßten in dumpfer Resignation solche Besitzer, denen der Besitz von Aktienwerten fremd oder verboten ist, erschreckende Verluste erleiden?“

Wir haben schon bei der Bilanz der Neuen Boden - Aktien-Gesellschaft auf die ungünstige Stellung derjenigen Obligationäre hingewiesen, die den Modus der Umwandlung — ihre Besitztümer zu 25 Proz. in Aktien der Neuen Bodengesellschaft und zu 25 Proz. Obligationen einzutauschen — ausschlugen. Eine besondere Ungerechtigkeit bestand aber darin, daß die kleinen Besitzer den für sie günstigsten Weg überhaupt nicht wählen konnten, da erst von 4000 M. ab der Umtausch erfolgen konnte. Jetzt läßt sich an der Sache nichts mehr ändern, auch darüber bestand kein Zweifel, wer den Gewinn aus der Transaktion ziehen wird. Die Darmstädter Bank dürfte die Sanierung zu ihren gewinnbringendsten Unternehmungen rechnen.

# Gewerkschaftliches.

## Deutsches Reich.

**Die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit** ist nach Schilderungen der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ jetzt in Kiel völlig hergestellt. Die Schornmaier, die so rücksichtslos 2000 fleißige Arbeiter auf die Straße warfen, sind Lämmer an Mitleid geworden — allerdings nur gegen die „Arbeitswilligen“, die sie fast vergöttern. Am Sonntagabend kamen mit dem gegen 7 Uhr eintreffenden Zuge sieben italienische Maurer an. Auf dem Perron war ein großes Empfangs-Komitee von Maurermeistern anwesend, um die schließlich erwarteten holländischen Helfer in der Not in Empfang zu nehmen. Die Koffer und sonstigen Effekten der Italiener wurden von den Meistern eigenhändig besorgt und in drei Dreiecken ging es dann nach dem Innungslokal „Harmonie“. — Wahrheit berzehrlich ist auch das Verhältnis, das sich zwischen einem Schornmaiermeister und einem seiner arbeitswilligen Gesellen herausgebildet hat. Am Abendlich nach vollbrachter Tagesarbeit und Arbeit bringt der Meister den Gesellen nach seinem Logis und besüßet ihn fürsorglich, daß ihm kein Leids geschehe. Wie man sagt, bringt der besorgte Meister seinen Schilling dann zu Bett und deckt ihn warm zu. Vielleicht singt er ihn auch in süßen Schlummer mit dem schönen Wiegenlied: „De Gode goet darft, denn je t-ff leen Schoo usw.“ Nachbarn wollen wenigstens einen ähnlichen Gesang gehört haben.

Die Maurer von Quedlinburg sind am 15. April in den Streik getreten, nachdem die Unternehmer es abgelehnt hatten, aber die angeforderten Forderungen — 33 Pfennig Stundenlohn, geregelte Arbeitszeit usw. — in Unterhandlungen zu treten.

Die Töpfer-Aussperrung in Kleinmöhlen hat leider mit einer Niederlage der Arbeiter geendet. Es war dem Unternehmer gelungen, Arbeitswillige aus Oestreich heranzuziehen. Durch diesen Umstand haben sich die Aussperrten veranlaßt zu sehen, was noch zu retten war, und gaben sie die Bedingungen auf, worauf die Aussperrung aufgehoben wurde. Von den Aussperrten selbst ist nicht ein einziger der Bahne unten geworden.

Eine Konferenz sächsischer Eisenbahner fand dieser Tage in Dresden im Gebäude der Generaldirektion der Staatsbahnen statt. Ursache dazu ist folgendes: Die Betriebsverhältnisse der Bahnen (in Zwickau, Leipzig, Chemnitz z.) haben seit einiger Zeit wegen „Mangel an Arbeit“ die Einrichtung getroffen, daß die Arbeiter an den Sonntagen „Nachmittagen frei“ haben. Natürlich auf ihre eigenen Kosten. Die Eisenbahner sind jedoch der Meinung, daß, wenn die Arbeitszeit vernünftig geregelt wird, diese unliebsame Einrichtung weggelassen könne. Die Betriebsverhältnisse entsandten daher je einige Delegierte nach Dresden, die mit der Generaldirektion über eine eventuelle Verlängerung der Arbeitszeit Rücksprache nehmen soll. Die letztere hatte, da sie vorher von der Sache verständigt worden ist, sich auch bereit erklärt, mit den Abgesandten der Eisenbahner zu verhandeln. Ueber das Resultat dieser Verhandlungen verlautet noch nichts.

Die die Unternehmer Vereinbarungen respektieren. Unter dieser Epithete berichtet die „Sächsische Arbeiterzeitung“ über die Verhältnisse im Feingoldschläger-Gewerbe zu Dresden: Vor zwei Jahren haben die Dresdener Prinzipale mit den Gehilfen eine Tarifgemeinschaft abgeschlossen, die bis 30. Juni 1902 gültig ist. Nach derselben hat in allen Betrieben bis spätestens 1. April 1902 die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zu erfolgen. Das will nun den Herren Unternehmern gar nicht passen. Einzelne versuchen, durch allerdand Anschläge und Verordnungen die Tarifgemeinschaft abzulockern. — Die Gehilfen sind entschlossen, den Kampf für ihre ihnen früher von den Unternehmern selbst zugestandenen Rechte anzunehmen.

Unter den Weibern im sächsischen Volgtlande kommt es infolge des Verhaltens der Arbeitgeber nicht zur Ruhe. Bei der Firma Moritz Merkel in Mhlau wurden nach Verlegung des Streiks die Löhne wiederholt reduziert. So wurden z. B. der Lohn für Kammermädchen u. s. w., der durch die Lohnbewegung von 5,80 M. auf 6,00 M. erhöht worden war, jetzt nach und nach bis auf 5,35 M. herabgemindert. Einer vorstellig gewordenen Kommission gegenüber erklärte Herr Merkel: Wenn es nicht passe, der Löhne geben, und ließ durch einen Comptoiristen den seiner Zeit infolge der Lohnbewegung vereinbarten Tarif zerreißeln. Darauf legten sämtliche 50 Weiber die Arbeit nieder. Fast alle sind organisiert.

Eine Tarifgemeinschaft für das Brauergewerbe ist zu Rürnberg und Fürth angenommen. Die Brauereibesitzer dort selbst erklärten sich mit der Errichtung einer Lohnkommission einverstanden und erließen dieselbe als erste Instanz in strittigen Fällen an. Als zweite Instanz gelten die Gewerkschaftskartelle in Fürth resp. in Rürnberg und als letzte die Gewerbegerichte.

Der Seidenweberstreik in Rheinfelden ist beendet. Nachdem die Firma am 5. April vom Landgericht zur Auszahlung des Standgeldes, welches wegen Kontraktbruchs inbehalten worden ist, verurteilt wurde, wodurch die Streikenden in materieller wie in moralischer Beziehung einen schönen Erfolg erzielten, haben dieselben den Streik beendet, wollen aber ihre sonstigen Forderungen zu geeigneter Zeit wieder aufnehmen.

## Russland.

Der Streik der dänischen Dampfschiffseizer dauert un- verändert fort. — Der neue Amerikadampfer „Oscar II.“ ist von seiner ersten Reise zurückgekehrt. Die Wärdreise von New York hat 12 Tage gedauert, obwohl die Fahrt nur auf 10 Tage berechnet ist. Bei der Ankunft in New York waren sofort 26 von den Heizern des Schiffes desertiert, und es hielt, nachdem es bekannt geworden war, daß in Dänemark gestreikt wird, schwer, neue Leute zu bekommen. Als das Schiff in See fuhr, waren 14 Heizern zu wenig an Bord. Die in New York angeworbenen Heizern haben, wie Socialdemokraten“ mittelt, ca. 78 Kronen für die 12 Tage der Ueberfahrt verlangt und auch erhalten, während bekanntlich den organisierten dänischen Heizern ein Monatslohn von 45 Kronen geboten wird. — Das Schiff hatte auf der Rückfahrt nur 150 Passagiere an Bord.

# Sociales.

## Socialpolitik mit der Aente.

Der großkapitalistische Ledertwiler Freiherr v. Hehl in Worms ist ein großer Sportsman in Socialpolitik. Sogar für das Koalitionsrecht begeistert er sich und schon manche schöne Rede hat er darüber geredet. Ob er freilich das Koalitionsrecht „seiner“ Arbeiter damit meint, ist sehr fraglich. Jedenfalls dürfte es nur ein dem Herrn v. Hehl genehmes Koalitionsrecht sein und niemals das, was die patriarchalischen Gefühle des Herrn v. Hehl beleidigen. Sonst verbietet er es.

Ein in Worms erscheinendes demokratisches Blatt, die „Wormser Volkszeitung“, hatte sich mit der Menschwerdung Hehls, soll heißen mit seiner Erhebung in den Adelsstand beschäftigt und dabei folgendes geschrieben:

Herr v. Hehl nimmt es sehr ernst mit seinem Adel. Sein Großvater war ein schlichter rheinbessischer Bauernmann, genannt „der Kortwig“, aber nicht etwa wegen irgendwelcher romantischen Beziehung zu Norwegen, sondern wegen der Witternamen, die sein Geschäft bedekten. Der „Kortwig“ hatte keinerlei aristokratische Gesinnung. Er soll sogar, als er ein wohlhabender Mann geworden war und es nicht mehr nötig hatte, zu seinem Vergnügen immer noch eigenhändig „gezodert“ haben. Entel und Urenkel treiben es freilich, nachdem der Ledertwilerbetrieb ihre Mittel zu Millionen vervielfacht hat, weitaus vornehmer als der Ahn. So eusicht heutzutage der Adel.“

Dadurch fühlte Herr v. Hehl sich und seinen Großvater beleidigt. Man kann es ja verstehen, wenn sich jemand, der sich schon anfängt heimlich zu fühlen in der Gesellschaft der Iyepnige und Iyepnige, beleidigt fühlt durch die Erinnerung an seine ehrliche bürgerliche Herkunft; aber wenn dieser Jemand sich zugleich als Socialpolitiker aufführt und zugleich von den Arbeitern seiner Fabrik verlangt, daß sie sich mit ihm beleidigt fühlen sollen, so ist das wirklich kompromittierend für diese Socialpolitik.

Durch Anschlag in der Fabrik wurde den Arbeitern verboten, die „Wormser Volkszeitung“ weiter zu lesen, und das Blatt führt Umstände an, die erkennen lassen, daß dies mit Kenntnis und Billigung des Herrn v. Hehl geschah.

Das ist Arbeiterknecht von Unternehmern Gnaden!

Schau den Schwarzarbeitern. Im Kommissionsverlage der Buchhandlung Vorwärts ist eine wichtige Schrift erschienen: Die Denkschriften des Verbandes der Schneider und Schneiderinnen an den Bundesrat und Reichstag zur Bekämpfung der Heimarbeit. In einem Anbange wird auf Grund einer vom Verbande herausgelassenen Erhebung die Lage der Arbeiter im Schneidergewerbe Deutschlands dargestellt.

Die Schrift giebt ein reichhaltiges Material über die Schäden der Heimarbeit und die Geschichte des Kampfes gegen sie, wobei namentlich auch die energischen Versuche einiger australischer Kolonien zur Bekämpfung dieses Übels berücksichtigt sind.

Die statistischen Erhebungen über die Lage der Arbeiter des Schneidergewerbes bilden eine wertvolle Ergänzung des ersten Teiles.

Zur Orientierung über die Frage der Heimarbeit ist die Schrift sehr zu empfehlen. Der Preis beträgt 1,50 M.

# Versammlungen.

**Niedorf.** Der socialdemokratische Wahlverein hielt am 9. April im Lokale des Herrn Thiele, Bergstr. 151/152 seine Generalversammlung ab. Den Vorstandsbericht erstattete Voelke. Aus demselben ist hervorzuheben, daß im Laufe des 1. Quartals 106 neue Mitglieder aufgenommen worden sind, und 27 Mitglieder gestrichen werden mußten. Der Mitgliederbestand am Schlusse des 1. Quartals betrug 1374. Der Kassenbericht, welchen Stieker gab, war folgender: Einnahme 739,92 M. inkl. 105,70 M. für Wenz, Ausgabe 207,00 M. An den Hauptvorstand wurden abgeliefert 528,32 M. bleibt für das 2. Quartal ein Kassenbestand von 8,80 M. am Orte. Der Bericht des Parteipeditors Ostermann ergab einen Reingewinn von 338,97 M. für das 1. Quartal 1902. Bei einer Abortanzahl von 2410 am Schlusse des 1. Quartals haben bei dem Aprilungang 724 die Wohnung gewechselt. Hierauf hielt Waldeck Manasse einen Vortrag über „Kirchen und Katakomben im Dienste der Reaktion“. Eine Diskussion über den mit Weisal aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Ausgenommen wurden 22 neue Mitglieder. Dem Vorstand wurde aufgegeben, für den Herbst eine Urania-Vorstellung zu engagieren. Außerdem wurde noch beschlossen, jedem Mitgliede ein Erfurter Programm dem Quittungsbuch beizulegen.

# Lezte Nachrichten und Depeschen.

## Die sächsische Steuerreform gescheitert!

Dresden, 16. April. (Privatdepesche.) Die erste Kammer lehnte die vorgeschlagene Einkommensteuer-Erhöhung ab. Damit ist die Steuerreform von 1898 wieder gescheitert.

## Zwölf Jahre Zuchthaus.

Dresden, 16. April. (Privatdepesche.) Das Ober-Kriegs-Gericht verurteilte den Deserteur Gochler vom Regiment 177, der seit dem Januar bei Klingenberg als Räuber lebte, zu zwölf Jahren Zuchthaus.

## Zur Erschießung des russischen Polizeiministers.

Peterburg, 16. April. (W. Z. W.) Der Mörder des Ministers des Innern ist ein Student der Universität in Kiew namens Malischew, welcher bei den letzten Unruhen relegiert worden war und sodann strafweise in das Heer eingestellt, bald darauf aber vom Kaiser benadigt worden war. Der dritte Her von dem Mörder abgegebenen Schüsse verwundete den Diener des Ministers, welcher auf den Angreifer zusprang und ihm die Waffe entwinden wollte. Der vierte Schuß ging in die Wand. Die letzten Worte des Ministers waren: „Warum ermordet man mich? Ich bin mir nicht bewußt, jemand Böses zugefügt zu haben.“ Ein Schuß hatte den Minister in den Unterleib getroffen, ein anderer die Leber durchbohrt.

Belgrad, 16. April. (W. Z. W.) Auf den Verlaß der zur Prüfung des Dispositions-Fonds eingesetzten Kommission beschloß die Skupstschina einstimmig über die Mißbräuche des Kabinetts Vladan Georgewitsch im Interesse der Würde Serbiens und mit Rücksicht auf den vertrackten Charakter des betreffenden Fonds, welche ein Gerichtsverfahren unzulässig erscheinen lasse mit Verachtung und unter strenger moralischer Beurteilung der für die Schuldigen zur Tagesordnung überzugehen.

Peterburg, 16. April. (W. Z. W.) Das Geheimne Central-Komitee der russischen Studentenschaft hat von Moskau aus einen Aufruf erlassen, welcher alle Kreise der Intelligenz auffordert, die Studenten im Kampfe für die Freiheit zu unterstützen. Die russische Studentenschaft, so heißt es in dem Aufruf, kämpfe nicht nur für ihre akademischen Rechte, sondern für die Rechte des russischen Volkes überhaupt. Die Studenten seien zu den größten Anstrengungen und Opfern bereit und würden vor nichts zurückschrecken, um mit der Reaktion aufzuwachen.

Peterburg, 16. April. (W. Z. W.) Die perlatent, hat der Justizminister Murawjew das ihm angebotene Ministerium des Innern abgelehnt, weil er ebenfalls befürchtet, das Opfer eines Attentats zu werden. Der Minister soll dem Jaren die Entsetzung sämtlicher Studenten und Studentinnen aus Petersburg vorgeschlagen haben.

London, 16. April. (W. Z. W.) Das Evening Standard“ zufolge ist die heute aufgelegte Anleihe bereits zehnfach gezeichnet.

Reichstag.

100. Sitzung vom Mittwoch, den 16. April 1902, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratlich: Graf Posadowski.

Die zweite Beratung der Seemanns-Ordnung wird fortgesetzt bei § 56.

§ 56 regelt die Fälle, in denen der erkrankte oder verletzte Schiffsmann die Feuer bezieht und bestimmt: „Für die Dauer des Aufenthalts in einer Krankenanstalt gebührt dem Schiffsmann keine Feuer. Hat er aber Angehörige, deren Unterhalt er bisher überwiegend aus seinem Feuerverdienst bestritten hat, so ist ein Viertel der Feuer zu zahlen. Die Zahlung kann unmittelbar an die Angehörigen erfolgen.“

Ein Antrag Albrecht (Soc.) will, daß auch dann ein Viertel der Feuer an die Angehörigen gezahlt werde, wenn der Schiffsmann ihren Unterhalt „ganz oder teilweise“ aus seinem Feuerverdienst bestritten hatte.

Abg. Megger (Soc.): Die Fassung der Kommission ist erst in der zweiten Lesung zu stande gekommen, sie bedeutet eine Verschlechterung gegenüber der früheren Fassung, deren Wiederherstellung wir beantragen. Der Nachweis, daß die Angehörigen ihren Unterhalt bisher überwiegend aus dem Feuerverdienst des erkrankten Schiffsmannes bezogen haben, wird in den meisten Fällen schwer zu erbringen sein. Die Annahme der Kommissionssatzung würde daher eine erhebliche Belastung der Armenpflege bedeuten. Ich bitte Sie daher dringend, unseren Antrag anzunehmen.

Unterstaatssekretär Nothe: Der Paragraph stellt einen Eingriff in die Taschen der Reeder vor, den die alte Seemanns-Ordnung nicht kannte. Die Folge des Antrages Albrecht würde sein, daß wenn ein Seemann zum Unterhalt einer Familie auch nur ein klein wenig beigetragen hätte, dieser ein Viertel der Feuer gezahlt werden müßte. Das geht entschieden zu weit.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Wir können nicht immer fragen, ob eine Bestimmung dieses Gesetzes in die Taschen der Reeder eingreift, das ganze Gesetz ist ja dazu da, die sozialen Pflichten der Reeder zu erweitern. Der Paragraph ist eingefügt worden, um die Seeleute mit den Industriearbeitern gleichzustellen. Die Fassung der Kommission gefällt mir weniger als der sozialdemokratische Antrag. Das Wort „überwiegend“ ist ein recht definierbarer Begriff.

Scheiderrat Jougloures macht darauf aufmerksam, daß auch das See-Unfallversicherungsgesetz in analogen Fällen mit dem Begriff „überwiegend“ operiere und daß die Judikatur diesen Begriff stets zu Gunsten der Arbeiter ausgelegt habe.

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.): Die einzige Folge der Aufnahme des Wortes „überwiegend“ würde eine Anzahl von Prozessen sein. Im übrigen möchte ich eine Erklärung der Regierung darüber provozieren, ob unter „Angehörige“ auch die im Volksmunde als Angehörige angesehenen Personen, also auch die Frau und das uneheliche Kind des Schiffsmanns zu verstehen sind.

Unterstaatssekretär Nothe: Ich kann erklären, daß man in der Kommission allerdings allgemein der Ansicht war, daß hier auch die nach dem allgemeinen Sprachgebrauch als Angehörige angesehenen Personen gemeint sind.

Die Abgg. Kirch (C.) und Stockmann (Sp.) erklären sich für die Kommissionssatzung.

In der Abstimmung wird der Antrag Albrecht angenommen. (Dafür stimmen die Sozialdemokraten, Freisinnigen und Antisemiten.) § 56 wird mit dieser Veränderung angenommen.

Nach § 57 hat der erkrankte Schiffsmann keinen Anspruch auf Heilbehandlung und Feuer, wenn er sich die Krankheit durch eine strafbare Handlung zugezogen hat.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soc.) beantragen, diesen Paragraphen wie folgt zu fassen:

Dem Schiffsmann, welcher sich die Krankheit oder Verletzung vorsätzlich oder durch schuldhafte Beteiligung bei Schlägereien oder Raufhändeln oder durch Trunksüchtigkeit zugezogen hat, kann für diese Krankheit oder Verletzung der Anspruch auf Feuer ganz oder teilweise verweigert werden.

Die Verfassung findet jedoch nur statt auf Grund der vorläufigen Entscheidung des Seemannsamtes, in dessen Bezirk der erkrankte Schiffsmann sich befindet.

Abg. Herzfeld (Soc.): Wird unser Antrag, daß die Verfassung der Heilbehandlung nur auf Grund der vorläufigen Entscheidung des Seemannsamtes stattfinden kann, nicht angenommen, so wird dadurch der Kapitän oder Reeder zum Ankläger, Richter und Vollstreckungsbeamten in derselben Sache gemacht. Auch an Bord des Schiffes könnte der Seemann auf eine Entscheidung des Kapitäns hin, wenn er erkrankt, ganz sich selbst überlassen werden. Das können Sie unmöglich wollen. Im übrigen entspricht unser Antrag genau dem entsprechenden Passus im allgemeinen Krankenversicherungs-Gesetz.

Unterstaatssekretär Nothe: Gegen den zweiten Absatz des sozialdemokratischen Antrages habe ich nichts Erhebliches einzubringen. Der erste Absatz übernimmt allerdings eine Bestimmung des Krankenversicherungs-Gesetzes, aber nicht vollständig. Auch im Krankenversicherungs-Gesetz ist außerdem von strafbaren Handlungen die Rede. Außerdem berücksichtigt der sozialdemokratische Antrag nicht den von der Kommissionssatzung weiter vorgehenden Grund, daß der Schiffsmann den Dienst ohne berechtigten Grund verläßt. Ich bitte Sie daher, diesen ersten Absatz abzulehnen.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.): Der Antrag Albrecht bedeutet nach meiner Meinung eine Verschlechterung gegenüber der Vorlage. So erhält ein Schiffsmann, der sich vorsätzlich verkränkt, nach der Vorlage Heilbehandlung, nach dem sozialdemokratischen Antrag nicht. Das Krankenversicherungs-Gesetz ist hier schablonenmäßig abgeschrieben. Die Umfassung des Wortes Trunksüchtigkeit liegt wenig im Interesse der Arbeiter. Für den Absatz 2 des Antrages Albrecht werde ich stimmen.

Scheiderrat Jougloures: In der Kommission ist das Wort „unerlaubte Handlungen“ der Vorlage auf Anregung gerade der Partei des Herrn Herzfeld in „strafbare Handlung“ umgewandelt worden. Ich bitte daher dringend, daß jetzt nicht schematisch eine Bestimmung aus dem Krankenversicherungs-Gesetz hier übernommen wird.

Abg. Herzfeld: Unser Antrag bedeutet schon deshalb eine wesentliche Verbesserung, weil danach die Feuer nur teilweise und die Heilbehandlung überhaupt nicht entzogen werden kann. Wie darin eine Verschlechterung gesehen werden kann, verstehe ich nicht. Herrn Lenzmann gefällt das Wort Trunksüchtigkeit nicht, die Kommissionssatzung aber geht noch viel weiter, danach kann die Heilbehandlung bereits entzogen werden, wenn der Mann sich einmal betrinkt und dadurch sich Krankheit zuzieht. Gegen die Streichung des Wortes „vorsätzlich“ haben wir selbstverständlich nichts einzubringen, wenn auch der Fall, daß ein Schiffsmann sich vorsätzlich verkränkt, äußerst selten vorkommen dürfte. — Daß ein Mann, der betrunken ist, nachher noch Krankenpflege verlangt, ist wohl ganz ausgeschlossen. Jedenfalls hat er dann natürlich keinen Anspruch mehr auf Heilbehandlung. Auf die Ausschaltung dieses Satzes legen wir also keinen besonderen Wert.

Scheiderrat v. Jougloures: Die Regierung legt auf diesen Passus, daß die Heilbehandlung wegfällt, wenn der Schiffsmann ohne berechtigten Grund den Dienst verläßt, den größten Wert und ich bitte daher den Herrn Abg. Herzfeld, wenigstens diesen Satz der Kommissionssatzung wieder anzunehmen.

Abg. Kirch (C.): Auffallend ist, daß die Herren Sozialdemokraten aus dem Krankenversicherungs-Gesetz nicht auch den Satz der Geschlechtskrankheit übernommen haben. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ja ja gefalle!) Eine Verschlechterung bedeutet der sozialdemokratische Antrag schon durch die Aufnahme des Wortes Trunksüchtigkeit.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, der § 57 in der Kommissionssatzung angenommen. Ebenso § 58 ohne Diskussion.

§ 59 gibt Vorschriften für die Behandlung des an Bord verstorbenen Seemanns und bestimmt: Die Art der Bestattung muß den Seegebräuchen entsprechen.

Abg. Megger (Soc.): Die Aufnahme dieses Passus in die Vorlage ist auf Wunsch der Seeleute erfolgt, da neuerdings häufig gegen die alten Seegebräuche verstoßen wird. Im „Nautischen Verein“ ist mir nachher der Vorwurf gemacht worden, ich hätte in meiner Begründung des Antrages unwahre Thatsachen vorgebracht, und auf die Aufforderung, Beweise vorzubringen, dies nicht gethan. Ich konstatiere demgegenüber, daß in der Kommission dieser Passus, nach dem ich ihn ganz kurz begründet hatte, angenommen worden ist, ohne daß mich jemand zur Angabe von Beweisen aufgefordert hätte. Meiner führt des weiteren eine Reihe von Fällen an, in denen verstorbene Seeleute ohne das übliche stille Gebet in voller Fahrt einfach über Bord geworfen worden sind. Ich weite demnach die verurteilende Bestrafung des verlogenen Berichtserstatters des Nautischen Vereins entschieden zurück.

§ 59 wird hierauf angenommen, ebenso §§ 60—63.

§ 64 bestimmt, daß der Schiffsmann Anspruch auf freie Zurückbeförderung und die halbe Feuer hat, wenn der Feuervertrag endet, weil das Schiff durch einen Zufall dem Reeder verloren geht.

Abg. Herzfeld (Soc.): Wir sind der Ansicht, daß der Schiffsmann auch in diesem Falle unbedingt die ganze Feuer erhalten muß. Auch das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt ja den vollen Schadenersatz für den Fall, daß ein Vertrag durch Zufall nicht erfüllt werden kann.

Scheiderrat v. Jougloures: Die Verweisung auf das Bürgerliche Gesetzbuch ist ganz unberühlig. Danach findet überhaupt kein Schadenersatz statt, wenn ein Vertrag ohne Verschulden eines Teiles durch Zufall nicht erfüllt werden konnte. Nur für den Fall, daß ein Verzug in der Erfüllung des Vertrages eintritt, wird Schadenersatz vorgeschrieben.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Herzfeld an. Die Rückbeförderung ist gewissermaßen eine Fortsetzung des Dienstverhältnisses und daher die Gewährung nur der halben Feuer nicht berechtigt.

Der Antrag Herzfeld wird abgelehnt, § 64 in der Kommissionssatzung angenommen.

§ 65 regelt die Fälle, in denen der Kapitän den Schiffsmann vor Ablauf der Dienstzeit entlassen kann. Nach der Kommissionssatzung kann dies geschehen:

1. wegen Untauglichkeit, vor Antritt der Reise.
2. wegen groben Dienstvergehens, insbesondere wiederholten Ungehorsams, fortgesetzter Widerspenstigkeit, wiederholter Krankheit im Dienste oder Schmutzgelei.
3. wegen Diebstahls, Betrugs, Untreue, Unterschlagung, Hehlerei oder Fälschung oder einer nach dem Strafgesetzbuch mit Zuchthaus bedrohten Handlung.
4. Wenn der Schiffsmann durch eine strafbare Handlung eine Krankheit oder Verletzung sich zuzieht, welche ihn arbeitsunfähig macht.
5. Wenn der Schiffsmann mit einer geschlechtlichen Krankheit befallen ist.

Ein Antrag Dr. Stockmann (Sp.) will in Ziffer 3 einfügen, daß die Entlassung auch wegen einer mit Todesstrafe bedrohten Handlung erfolgen kann.

Ein Antrag Kirch (C.) will in Ziffer 3 statt „Fälschung“ als Grund der Entlassung „Urkundenfälschung“ festsetzen.

Die Abgg. Albrecht u. Gen. beantragen eine Abänderung der Ziffer 4 dahin, daß die Entlassung nur erfolgt, wenn der Schiffsmann sich durch eine nach dem Reichs-Strafgesetzbuch strafbare Handlung eine Krankheit zuzieht.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.) wendet sich gegen den Antrag Albrecht.

Unterstaatssekretär Nothe bittet ebenfalls um Ablehnung dieses Antrages.

Abg. Kirch (C.) beantragt die Worte „nach dem Strafgesetzbuch“ vor Zuchthaus in Ziffer 3 zu streichen.

Die Anträge Kirch und Stockmann werden angenommen, Antrag Albrecht abgelehnt, § 65 in der so veränderten Fassung angenommen. § 66 wird unverändert angenommen.

§ 67 bestimmt: „Der für eine Reise gebewerte Schiffsmann, der aus andern als in § 65 erwähnten Gründen vor Ablauf des Feuervertrages entlassen wird, erhält als Entschädigung die Feuer für einen Monat unter Anrechnung der etwa empfangenen Hand- und Vorfußgelder.“

Die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soc.) beantragen die Worte „unter Anrechnung der etwa empfangenen Hand- und Vorfußgelder“ zu streichen und statt derselben zu setzen: „unbeschadet seiner etwaigen weitergehenden Ansprüche nach § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuches.“

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.) begründet diesen Antrag. Der Paragraph bedeutet geradezu eine Prämie auf den Vertragsbruch des Reeders. Warum soll den Seeleuten nicht gewährt werden, was die gewerblichen Arbeiter schon längst haben. Unser Antrag bezweckt im wesentlichen die Gleichstellung der Schiffsteute und der gewerblichen Arbeiter, und ich bitte Sie dringend, ihn anzunehmen.

Abg. Megger (Soc.) bittet gleichfalls um Annahme des Antrages.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 67 in der Kommissionssatzung angenommen, ebenso § 68 ohne Debatte. § 69 nennt die Fälle, bei denen der Schiffsmann seine Entlassung fordern kann: 1. bei schwerer Verletzung der Pflichten, die der Kapitän gegen den Schiffsmann hat, 2. durch Mißhandlung; 2. wenn das Schiff die Platte wechselt; 3. bei einer Zwischenreise; 4. wenn das Schiff nach einem Hafen bestimmt ist oder einen Hafen anlaufen soll, aus welchem schon zur Zeit der Annüsterung die Ein- und Durchfuhr von Waren und Gebrauchsgegenständen auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten verboten oder beschränkt ist, sofern nicht der Schiffsmann sich in Kenntnis dieses Hafens und des Erlasses der vorerwähnten Bekanntmachung hat annüstern lassen; 5. wenn sich der Schiffsmann für die Maschinen-, Steuermanns- oder Schifferprüfung vorbereiten oder eine Kapitänstellung annehmen will, falls er einen Ersatzmann stellt.

Zu Nummer 4 beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soc.) hinter die Worte „beschränkt ist“ folgende Einfügung: „oder nach der Annüsterung verboten oder beschränkt wird“, und folgende Änderung: statt „dieses Hafens“ „dieser Häfen“.

Abg. Dr. Stockmann (Sp.) beantragt, Nr. 4 folgendermaßen zu fassen: „wenn das Schiff nach einem Hafen bestimmt ist oder einen Hafen anlaufen soll, der schon zur Zeit der Annüsterung durch Pest, Cholera oder Gelbfieber verheert war, sofern nicht dem Schiffsmann bei der Annüsterung dieser Häfen und die Vernehmung mitgeteilt worden ist. Als verheert im Sinne dieser Vorschrift gilt ein Hafen, in dem ein Pest-, Cholera- oder Gelbfieber-Heerd vorhanden ist.“

Abg. Lenzmann (fr. Sp.) beantragt, der Ziffer 4 folgenden Satz anzufügen: „Der Entlassungsgrund fällt fort, wenn während der Reise die amtliche Aufhebung des Ein- und Durchfuhrverbotes oder der Beschränkung erfolgt.“

Für den Fall der Annahme des Antrages Albrecht beantragt ferner Abg. Lenzmann: hinter den Worten „hat annüstern lassen“ die Worte hinzuzufügen: „oder nach Kenntnisnahme des während der Reise erfolgenden Erlasses der Bekanntmachung auf den Entlassungsgrund (sicherlich) verzichtet. Der Verzicht ist in das Schiffsbuch einzutragen.“

Schließlich beantragt Abg. Lenzmann für den Fall der Annahme des Antrages Stockmann folgenden Zusatz: „Der Entlassungsgrund fällt fort, wenn während der Reise der Hafen amtlich für feuchtfrei erklärt wird.“

Zu Ziffer 5 beantragen die Abgg. Albrecht und Genossen (Soc.) noch dem Schiffsmann das Recht zu geben, gegen Stellung eines Ersatzmannes seine Entlassung zu fordern, „wenn er den Verzug zu wecheln will.“

Abg. Schwarz-Lübeck (Soc.): Man darf unmöglich verlangen, daß jeder Seemann davon unterrichtet ist, welche Häfen verheert sind, wie das die Kommissionssatzung voraussetzt. Es ist Pflicht des Reeders, den Schiffsmann darauf aufmerksam zu machen. Von diesem Prinzip geht unser Antrag aus. Das notwendige Gesetz enthält eine unsern Antrag entsprechende Bestimmung. Weiter kann es häufig vorkommen, daß ein Hafen, der zur Zeit der Annüsterung noch nicht verheert war, während der Fahrt als verheert erklärt wird, und auch für diesen Fall, meinen wir, muß der Schiffsmann seine Entlassung fordern können. Als z. B. in Santos das gelbe Fieber ausgebrochen war, haben die Hamburger Reedereien fortgesetzt ihre Schiffe dorthin gehen lassen. Ein Wechsel des Kapitäns muß ferner unbedingt dem Schiffsmann das Recht geben, seine Entlassung zu fordern, daselbst gilt auch für die Reederei. Es gibt Reedereien, wo die Schiffsteute schlechte Kost bekommen, wo auf die Feuer gedrückt wird usw. Daher muß der Schiffsmann die Entlassung fordern können, wenn er von dem Wechsel der Reederei Unannehmlichkeiten fürchtet. Ich bitte Sie also, unsere Anträge anzunehmen.

Abg. Lenzmann (fr. Sp.) erklärt, für den sozialdemokratischen Antrag stimmen zu wollen.

Abg. v. Savigny (C.) beantragt, für den Fall der Annahme des Antrages Stockmanns, an Stelle der von dem Abg. Lenzmann beantragten Fassung folgenden Zusatz: „Der Entlassungsgrund fällt fort, sobald die Vernehmung angeht.“

Abg. Dr. Stockmann (Sp.): Im Falle der Annahme der Kommissionssatzung wären die Seeleute gerade in dem Falle, der für sie der wichtigste ist, nämlich gegen Gelbfieber nicht geschützt. Diese Lücke will mein Antrag ausfüllen. Den Antrag Lenzmann halte ich deshalb für unannehmbar, weil bei Gelbfieber eine amtliche Erklärung des Aufstehens der See überhaupt nicht erfolgt.

Staatssekretär Graf Posadowski: Im allgemeinen muß der Grundlag gelten, daß wer eine dienstliche Pflicht übernimmt, sie auch ausführen muß, selbst auf Gefahr seines Lebens. Daher ist der sozialdemokratische Antrag ganz unannehmbar. Wenn wir ein solches Präjudiz erlassen, könnte es im Falle einer Epidemie zur Ausföhrung aller öffentlichen und privaten dienstlichen Verpflichtungen kommen.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Lenzmann (fr. Sp.), v. Savigny (C.) und Dr. Stockmann (Sp.) schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird der Antrag Stockmann mit dem Zusatzantrag v. Savigny gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen. Die Anträge Albrecht werden abgelehnt, § 69 in der so veränderten Kommissionssatzung angenommen. § 70 wird debattelos in der Kommissionssatzung angenommen. § 71 bestimmt in der Kommissionssatzung: Der Schiffsmann hat in den Fällen des § 69 Nr. 1, 2, 4 dieselben Ansprüche, die für den Fall des § 67 bestimmt sind; in den Fällen des § 69 Nr. 3, 5 gebührt ihm nicht mehr als die verdiente Feuer.

Ein Antrag Stockmann will Nr. 4 streichen (wenn das Schiff in einen verheerten Hafen einlaufen soll) und zu setzen: in den Fällen des § 69 Nr. 3, 4, 5 gebührt ihm nicht mehr als die verdiente Feuer. Im Falle der Nr. 4 hat er dann die in § 67 bestimmten Ansprüche, wenn der Reeder oder Kapitän bei der Annüsterung von der Vernehmung Kenntnis hatte.

Unterstaatssekretär Nothe bittet um Annahme des Antrages Stockmann. Die Kommissionssatzung würde eine zu große Belastung Reeder bedeuten.

Abg. Dr. Herzfeld: Der Antrag des freiwilligen Regierungskommissars Dr. Stockmann bedeutet eine weitere Rücksichtnahme auf den Profit der Reeder und eine Vermehrung des Glanzes der Seeleute. Nach Annahme des Antrages würde der Seemann in einem verheerten Hafen zwar das Recht zum Verlassen des Schiffes haben aber nicht die Möglichkeit dazu, da ihm das Recht, die Rückbeförderung zu verlangen, durch diesen Antrag genommen werden soll. Das ist eine Unbilligkeit, sonderbar und ich bitte Sie dringend, den Antrag Stockmann abzulehnen.

Kapitän zur See Schmidt tritt für den Antrag Stockmann ein. Die Kommissionssatzung bedeutet die Rücksichtnahme auf einen Einzelnen zu Ungunsten einer Gesamtheit, der Passagiere. Diese können in die größte Gefahr kommen, wenn das Schiff plötzlich von der Mannschaft verlassen werden kann. Daher darf hier nicht noch eine Prämie auf das Verlassen des Schiffes in Gestalt des Rechts auf Rückbeförderung gesetzt werden.

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.): Der Herr Regierungsvertreter hat bestätigt, was ich sagte, die Leute sollen verhindert werden, in die Heimat zurückzukehren. Gerade deshalb bitte ich Sie dringend, den Antrag abzulehnen.

Abg. Mollenhuth (Soc.): Ich war sehr erstaunt, solche Ausführungen aus dem Munde eines Regierungsvertreters zu hören. Dadurch, daß man diesen Leuten das Recht nimmt, in die Heimat zurückzuföhren, zwingt man sie doch, auf fremden Schiffen Dienst zu nehmen und vernebelt so den Angeln an Mannschaften für die deutsche Marine. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Stockmann wird hierauf gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt, § 71 in der Kommissionssatzung angenommen.

§ 72 lautet in der Kommissionssatzung: Im Auslande darf der Schiffsmann, der seine Entlassung fordert, vorher in dem Fall eines Plagenwechsels gegen den Willen des Kapitäns erst auf Grund einer vorläufigen Entscheidung des Seemannsamtes den Dienst verlassen.

Abg. Albrecht u. Gen. (Soc.) beantragen diesen Paragraphen zu streichen.

Nach kurzer Begründung durch den Abg. Megger (Soc.) wird der Antrag Albrecht abgelehnt, § 72 in der Kommissionssatzung angenommen.

§ 74 sagt, daß dem Anspruch auf freie Zurückbeförderung und auf Fortbezug von Feuer für die Dauer der Zurückbeförderung genügt wird, wenn dem arbeitsfähigen Schiffsmann mit Genehmigung des Seemannsamtes ein seiner früheren Stellung entsprechender und durch angemessene Feuer zu vergüteter Dienst auf einem deutschen Kauffahrtschiffe nachgewiesen wird.

Abg. Albrecht und Genossen (Soc.) beantragen, nach: „des Seemannsamtes“ hinzuzufügen: „und seiner Zustimmung.“

Abg. Megger (Soc.): Wir wollen vermeiden, daß der Schiffsmann sich unter allen Umständen dem fügen muß, was das Seemannsamt über ihn beschließt; ich bitte Sie daher, unseren Antrag anzunehmen.

Der Antrag Albrecht wird abgelehnt, § 74 in der Kommissionssatzung angenommen, ebenso § 75—78.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 3¼ Uhr.

## Zolltarif-Kommission

Die Tarifkommission des Reichstags fuhr am Donnerstag bei Position 106, Federvieh, mit ihren Beratungen fort.

Die Regierungsvorlage sieht für Gänse einen Zollsatz von 70 Pf. für 1 Stück oder 24 M. für 1 Doppelcenter für Hühner aller Art und sonstiges Federvieh einen solchen von 6 M. für 1 Doppelcenter vor. Bisher war Federvieh unterschiedslos zollfrei.

Hierzu beantragen die Abg. Febr. v. Wangenheim (L.), Graf Kanitz (L.), Sieg (natl.), Dr. Paasche (natl.) und Camp (Sp.) für Hühner aller Art und sonstiges Federvieh einen Zollsatz von 16 M.

Die Freisinnigen sowohl wie die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Abg. **Webel** (Soz.) begründet den Antrag auf Zollfreiheit, indem er auf den traurigen Stand der Geflügelzucht hinweist, der derzeit tief sei, daß heute kaum zweimal im Jahre jeder Bewohner Deutschlands „sein Huhn im Topfe“ habe. Der Wert der jährlichen Einfuhr an Geflügel beträgt gegenwärtig 31 600 000 M. Die Geflügelzucht basiert auf billigen Maispreisen. Der hohe Zoll auf Mais läßt dieselbe in Deutschland gar nicht aufkommen, obwohl die Preise hoch sind. In anderen Ländern, z. B. Dänemark, werden durch den Export hohe Einnahmen erzielt, ganz abgesehen von dem gelieferten Dung. Besonders wichtig ist der Zoll auf Gänse für Norddeutschland, wo der Arbeiter heute noch in der Lage ist, sich wenigstens ein Stück Gänsefleisch zu kaufen. Ein Zoll von 70 Pf. stellt das Pfund Fleisch um 15 Pf. teurer. Dieser Zoll muß bekämpft werden, weil Geflügel ein Nahrungsmittel für Genuß und Arznei ist.

**v. Wangenheim** (L.): Die in der Vorlage vorgesehene Säge seien nicht genügend. Den tiefen Stand der Geflügelzucht gebe er von vornherein an.

**v. Kardorff** (Sp.): Um die Produkte, die Deutschland beziehen muß, bezahlen zu können, müssen wir die Produkte, die wir erzeugen können, mit so hohem Zoll belegen, daß hier die auswärtige Konkurrenz ausgeschlossen wird.

Ministerialdirektor **Wernuth** bittet die beantragten Erhöhungen abzulehnen. Die Regierung hat schon so hohe Zölle beantragt, daß dieselben als ansehnlicher Schutz bezeichnet werden können.

**Fischbeck** (fr. Sp.): Daß die Geflügelzucht sich bei dem kleinen Platz nicht gehoben hat, rührt von den hohen Futterpreisen her. Geschädigt werden dadurch die ärmeren Konsumenten. Treibt man die Preise so hoch, daß sie kein Mensch bezahlen kann, dann haben auch die hohen Preise für den Landwirt keinen Wert.

**Müller-Gulda** (C.) und **Graf Schwerin** (L.) betonen, daß die Tagelöhnerkontrakte, wonach den kleinen Leuten verboten wird, mehr als zwei Gänse aufzuziehen, am Verfall der Geflügelzucht Schuld tragen.

**Webel** (Soz.): Also die Großgrundbesitzer sind es, die die Landarbeiter an der Geflügelzucht zu hindern suchen! Trotzdem läßt sich die Geflügelzucht steigern, aber nicht durch Erhöhung der Zölle, die eine Erhöhung der Lebensmittelpreise bedeutet. Unter Ablehnung aller Anträge wird die Regierungsvorlage angenommen.

Die Positionen 107 (Fleisch), 111 (Fleischextrakt etc.) und 112 (Wärste) werden zusammen beraten.

In Position 107 Fleisch etc. beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit.

**Camp** (Sp.), **Gerold** (C.), (Kompromißantrag) beantragen: Für frisches Fleisch einen Zollsatz von 45 M. Für einfach zubereitetes Fleisch einen Zollsatz von 60. Für zum feineren Tafelgenuß zubereitetes Fleisch einen solchen von 120. Außerdem Minimalzölle (20 Proz.).

Für Schweinespeck ist im Antrag Camp ein besonderer Zollsatz von 36 Mark für 1 Doppelcenter vorgesehene.

Zu Position 111 (Fleischextrakt etc.) beantragen die Sozialdemokraten Zollfreiheit, während Febr. v. Wangenheim (L.) einen Zollsatz von 70 M. fordert.

Zu Position 112 (Wärste) beantragt Febr. von Wangenheim (L.) einen Zollsatz von 70 M. für 1 Doppelcenter.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Der Kommissionsantrag will auf Wurst 70 M. Zoll legen.

**Antick** (Soz.) weist nach, wie groß die Verteuerung für die einzelnen Fleischsorten werden wird, wenn der Antrag Camp oder der Antrag Wangenheim oder die Regierungsvorlage angenommen wird. Die ärmeren Volksschichten werden besonders durch die Besteuerung des Speck getroffen. Der Fleischkonsum ist zwar in Deutschland gestiegen, aber er ist noch viel zu niedrig gegenüber anderen Staaten, z. B. England. Der Arbeiter muß bei dergleichen Besteuerungen durch Zölle jährlich über 100 M. mehr aufbringen; er ist schließlich zur Kartoffelkonsumtion gezwungen. Die Volksernährung und die Volks-

kraft leidet ungeheuer. Gründe für die Zollerhöhung sind — außer dem Selbstinteresse der Agrarier — nicht vorhanden. Die Zollerhöhung hat nur den Zweck, die Preise in die Höhe zu treiben. Was dabei für die Handelsverträge herauskommt, wird sich zeigen. Die Zölle und das Verbot der mit Vorsäure behandelten Fleischarten haben die Einfuhr geradezu auf. Das **Vorsäure-Verbot** und seine Verteidigung durch die Regierung bedeutet eine **Heuschrecke**.

Vorsitzender **Reitlich** weist diesen Ausdruck als unzulässig zurück.

**Antick**: Das Vorsäure-Verbot ist nach amerikanischer Auffassung ein hygienischer Dummbug. Die deutschen Chemiker halten die Ansicht des Reichs-Gesundheitsamtes für durchaus unbegründet und irrig und haben sich gegen das Vorsäure-Verbot ausgesprochen. Durch solche Maßnahmen wird nur der Zollertrag vorbereitet. Die vorgeschlagenen Zollerhöhungen sind ungerecht, die Landwirtschaft hat keinen Vorteil von ihnen, die Arbeiterbevölkerung wird schwer geschädigt und deshalb sind sie abzulehnen.

Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Die Regierungen konnten sich bei ihrem Vorsäure-Verbot nur auf das Urteil der technischen Körperschaften verlassen. Das Gesundheitsamt und der Gesundheitsrat (?) haben sich einstimmig für das Verbot erklärt. Amerikanische Ansichten können dabei nicht in Betracht kommen, und ebensowenig können die chemischen Interessenten eine ausschlaggebende Rolle in dieser Frage spielen. Der Gesundheitsrat ist die Körperschaft, deren Beschlüsse hier zu respektieren sind. Natürlich ist nicht der ganze Gesundheitsrat gefragt worden, sondern nur die Abteilung, die über solche Fragen zu entscheiden hat. Uebrigens giebt es ja andre wirksame Konservierungsmittel, die völlig unschädlich sind. — Deutschland kann zwar nicht genügend Getreide, wohl aber so viel Fleisch produzieren wie es verbraucht. Der Zoll auf Wurst hat seit Bestehen des Fleischabsehengesetzes nur einen theoretischen Wert. Die Säge der Vorlage treffen das Nichtigste; darüber hinauszufragen, liegt kein Anlaß vor. Auch der für Fleischextrakte vorgeschlagene Zoll dürfe im Interesse der deutschen Suppentafelindustrie nicht erhöht werden. Dieser Industrie das Rohprodukt zu verteuern, wäre wirtschaftlich unklug. Es ist bedenklich, alle „Rebenposten“ des Tarifs mit hohen Zöllen zu belegen. Es wird dadurch mehr Erbitterung in weiten Kreisen hervorgerufen, als der Landwirtschaft dadurch genützt werden könne.

**Gerold** (C.) hält gleichfalls für unangebracht, die Zölle auf die Rebenposten zu erhöhen. Nur auf Getreide, Fleisch, Milch und Butter muß man hohe Zölle haben. Der höhere Zoll auf Fleisch wird als Schutz Zoll für die Fleischer gefordert.

Febr. v. Wangenheim (L.): Für Würste muß ein hoher Zoll gefordert werden, weil man nicht wissen kann, ob das Fleischbeisehen-Gesetz nicht einmal geändert wird. Für Fleischextrakte muß ein hoher Zoll gefordert werden, weil sie dem Suppenfleisch Konkurrenz machen.

**Speck** (C.) will das Wort „Fleischextrakt“ durch „Fleischanzug“ ersetzen.

**Stadthagen** (Soz.): Fleischextrakt ist ein wichtiger Handelsartikel im Handel mit Urugung. Wenn Fleischextrakt auch nicht Eiweiß, Fett und Stärke enthält, so bilden seine anregenden Salze doch einen wichtigen Faktor für die Ernährung. Obwohl man anerkennt, daß Fleischextrakt in Deutschland niemals mit Nutzen hergestellt werden kann, will man doch eine Zollerhöhung, ohne sie irgendwie begründen zu können. Der Umstand, daß Herr v. Wangenheim schon an dem Bestand des auf dem Fleischbeisehen-Gesetz beruhenden Wurstverbot zweifelt, zeigt, daß er selbst an der Berechtigung des Verbots zweifelt.

**Webel** (Soz.): Das Urteil des Reichs-Gesundheitsamtes über die Schädlichkeit der Vorsäure wird in wissenschaftlichen Kreisen nicht allgemein geteilt. So ist z. B. Professor Liebreich anderer Ansicht, er hält die Vorsäure für vollkommen unschädlich. Das Vorsäure-Verbot schädigt die deutsche Wurstindustrie und vernichtet ihre Einfuhr. Wenn der Staatssekretär glaubt, daß Deutschland seinen Fleischbedarf decken kann, dann läßt er wohl das Steigen der Bevölkerung außer Betracht.

Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Ueber das Vorsäureverbot ist die zuständige Behörde gehört worden. Es lag kein Bedürfnis vor, noch einen besonderen Chemiker zu hören. Das Verbot mußte beschleunigt werden, weil die Industrie wissen mußte, welche Stoffe sie bei der beginnenden Periode verwenden durfte.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

**Fischbeck** legt gegen eine derartige Beschränkung der Redefreiheit Protest ein.

Der Antrag Camp zu Fleisch (45, 60 und 120 M.) wird mit der Bindung angenommen unter Ablehnung aller übrigen Anträge.

Für Fleischextrakt wird die Regierungsvorlage (30 M.), für Würste der Antrag Wangenheim (70 M.) angenommen.

Es folgt eine längere Geschäftsordnungsdebatte.

**Webel** (Soz.): Es sind eine Reihe von Beschläffen im bisherigen Verlauf der Kommissionsarbeiten gefaßt worden, die die Regierung für unannehmbar erklärt hat. Da fragt es sich, ob es sich überhaupt noch lohnt, die Beratung fortzusetzen. Wir könnten für die bisher beratenen Positionen an die zweite Lesung gehen, um zu sehen, ob sich die Mehrheit auf Säge einigt, die die Regierung für annehmbar erklärt.

Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Es ist ein ungewöhnliches Verlangen, schon in diesem Stadium eine bindende Erklärung von der Regierung zu fordern. Die Regierung kann die Erklärung erst abgeben, wenn der Entwurf durchberaten ist und der Bundesrat Stellung genommen hat. Ueber ihre Aufschauungen haben die Regierungsvertreter keinen Zweifel gelassen.

**Fischbeck** (fr. Sp.): Wir waren der Ansicht, daß die Regierung bereits bindende Erklärungen abgegeben habe. Heute hören wir vom Staatssekretär etwas ganz anderes. Die Regierung will sich diese bindenden Erklärungen noch vorbehalten. **Webel** hat ganz recht. Nachdem sich so große Differenzen hinsichtlich der Bindung ergeben haben, muß erst Klarheit geschaffen werden. Sonst ist es ganz zwecklos, die Kommission den Sommer über oder länger tagen zu lassen.

Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Wenn die früheren Erklärungen der Regierung so bestimmt lauteten, dann ist es unklar, weshalb überhaupt **Webel** die Anfrage stellte. Die Beschläffe, die hier über Vieh- und Fleischzölle gefaßt sind, sind für die Regierung in jedem Stadium der Beratung absolut unannehmbar. Diese Erklärung kann ich schon jetzt abgeben.

**Graf Kanitz** (L.): Der Plan der Mehrheit ist, mit den von ihr eingestellten hohen Sätzen die Handelsvertrags-Verhandlungen zu erleichtern. Nach der Reichsverfassung haben Bundesrat und Reichstag zu beschließen. Es liegt kein Grund vor, die Beratung abzubrechen.

Staatssekretär **Graf v. Posadowsky**: Es liegt im Interesse Deutschlands, einen Zollsatz zu haben, der den Tarifen anderer Staaten gleichwertig ist. Redner wiederholt, daß die Beschläffe der Kommission über Vieh- und Fleischzölle für die Regierung unannehmbar sind.

**Webel** (Soz.): Es lag nicht in meiner Absicht, eine Erklärung der Regierung herbeizuführen. Ich wollte nur die Ansicht der Mehrheitsparteien hören. Wenn diese eine Verständigung mit der Regierung für ausgeschlossen halten, dann sei alle weitere Arbeit nutzlos. Das Land, die ganze Geschäftswelt verlangt diese Klarstellung.

**Heim** (C.) möchte Klarheit haben, ob die Viehzölle in der jetzigen Höhe oder die Bindung der Viehzölle für die Regierung unannehmbar seien. Werde die Bindung für unannehmbar erklärt, dann habe die Weiterberatung hier in der That keinen Zweck.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** lehnt beide Erklärungen ab. Die Regierung habe einen Entwurf vorgelegt, sie müsse darauf bestehen, daß der Entwurf durchberaten werde. Dann werde der Bundesrat Beschluß fassen und seine Ansicht zum Ausdruck bringen.

**Spahn** (C.): Wir sind verpflichtet, den Entwurf durchzubearbeiten. Das verlangt das Plenum von uns. Es hat schon oft Entwürfe gegeben, wo viele Differenzen vorlagen. In einer Entscheidung der Kommission im Sinne **Webels** liegt kein Anlaß vor.

**Graf Schwerin-Löwit** (L.) dankt dem Staatssekretär, daß er in diesem Stadium eine bindende Erklärung abgelehnt habe. Auf welcher Linie sich eine Einigung mit der Regierung erzielen läßt, kann man erst beurteilen, wenn die Industriezölle durchberaten sind und man die Sätze kennt, die hier eingesetzt werden.

**Paasche** (natl.) hält die Anregung **Webels** für richtig. Man sollte in die zweite Beratung der bisher erledigten Positionen einreten. Sie sind von entscheidender Bedeutung, wie auch Herr Heim anerkannt hat. Wenn das Centrum auf seinem Standpunkt bleibt und an den unannehmbaren Sätzen festhält, dann wäre es unklug zu weichen, wenn die Entscheidung bald käme. Es wird pro nihilo gearbeitet, wenn Handelsverträge nach den Beschläffen der Kommission unmöglich würden.

**Camp** (Sp.) hält die Fortsetzung der ersten Lesung für richtig. **v. Kardorff** (Sp.) konstatiert, daß die Regierung keine Erklärung abgegeben habe, daß sie Mindestzölle prinzipiell für unzulässig halte.

Damit schließt die Geschäftsordnungs-Debatte. Die Verhandlungen werden auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

**Socialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
Freitag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Brandenburger Haus, Mohrenstraße 47.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes und Rechnungslegung. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Vortrag des Genossen Rechtsanwalts **Dr. Broh**: „Der Boerentrieg ein Mens tekel der kapitalistischen Kultur.“ 4. Diskussion.  
Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr  
bei **Keller, Köppenstraße 29**  
**Vertrauensmänner - Versammlung**  
sämtlicher Bezirke und Branchen.  
Tages-Ordnung:  
Stellungnahme zum 1. Mai. Bericht über die Situation bezüglich des Zunftnachweises. Werkstattstreik und Differenzen.  
Jede Werkstatt entsende Delegierte.  
Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert.  
Die Ortsverwaltung.

**Typographia**  
Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.  
(M. d. A.-S.-B.) Chormeister: Alexander Weinbaum.  
Sonnabend, 19. April, in der Brauerei Friedrichshain (früher Lipps), am Königsthor:  
**KONZERT**  
unter Mitwirkung des  
**Berliner Tonkünstler-Orchesters. Dirigent F. v. Blon.**  
Nach dem Konzert: **Tanz.**  
Anfang präzis 8 1/2 Uhr. Eintritt 60 Pf., im Vorverkauf 50 Pf.  
Billets sind zu haben im Bureau des Vereins Berliner Buchdrucker, Ritterstr. 88, in der Papierhandlung von Wolter, Neue Königstr. 72, im Setzsaal des „Vorwärts“, Bohnstr. 2, und in den mit Plakaten belegten Handlungen.  
**Der Vorstand.**

**Freie Volksbühne.**  
2./3. Abteilung im „Lessing-Theater“.  
Sonntag, den 20. April, 2 1/2 Uhr nachmittags:  
**Die Hoffnung**  
(op Hoop van Zeegen)  
Ein Seestück in 4 Akt. v. Hermann Heyermans jr.  
11./12. Abteilung im Berliner Theater.  
Sonntag, den 20. April Anfang präzis  
**2 1/4 Uhr:**  
**Wilhelm Tell.**  
**Ordner - Sitzung**  
heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.  
**General-Versammlung**  
Dienstag, den 29. April, abends 8 Uhr, in „Cohns Festsaal“, Bohnstrasse.  
Der Eintritt ist nur Mitgliedern gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.  
Tages-Ordnung:  
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, Revisionsbericht und Diskussion, Anträge. Neuwahl des Ausschusses, Vorstandes, der Revisoren und Obleute der Ordner, und Verschiedenes.  
228/17) Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.  
**Dr. med. Schaper**  
hombp. Arzt u. Spez.-Arzt f.  
**Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Königgrätzerstr. 37, Spr. 9-1-4-7.  
**Dr. Simmel, Prinzenstr. 41.**  
Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Orts-Krankenkasse der Maler.**  
Montag, den 21. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung der Delegierten**  
in den Armnhallen, Kommandantenstraße 20.  
Tagesordnung:  
1. Abnahme der Jahresrechnung pro 1901. 2. Ertragwahl von Krankenkassenmitgliedern. 3. Beschließenes.  
**Der Vorstand.**  
**Zur Maifeier**  
und andern Festlichkeiten empfiehlt:  
per 100 Stück  
rote Kellen mit Radel M. 3.-  
Maifeier-Pokarten „ 2,50  
Flaggen-Radeln, einfach mit den Bildnissen unserer Führer „ 5,50  
Flaggen-Radeln, doppelt, mit d. Bildn. u. Führer „ 9.-  
Wappen, einfach, mit den Bildn. unserer Führer „ 4,80  
Cigarrenspitzen Ia. Federstet. u. d. Bildn. u. F. „ 1,50  
Näher gegen 50 Pf. in Briefmarken.  
Verband gegen Rodnahme oder vorherige Einlösung des Betrages.  
**Hermann Richter,**  
1905b Sebantz I. S.

**Orts-Krankenkasse**  
für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Notare u. Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufsvereinigungen und Versicherungsanstalten beschäftigten Personen zu Berlin.  
Zu der am Donnerstag, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Armnhallen“, Kommandantenstraße 20, stattfindenden **Generalversammlung** werden hiermit die für das Jahr 1902 gewählten Herren Vertreter ergebenst eingeladen.  
272/3  
Tagesordnung:  
Bericht des Vorstandes.  
Berichterstattung der Revisoren und Antrag auf Abnahme der Jahresrechnung 1901.  
Anträge des Kassenvorstandes in Verwaltungsangelegenheiten.  
(Beschwerden über die Geschäfts- oder Kassenführung, zu deren Erledigung die Ansicht der Kassenzähler erforderlich ist, können nur beantwortet werden, wenn dieselben bis zum 21. d. M. im Kassensaal schriftlich angemeldet worden sind.)  
Als Legitimation gilt die **Wahlbenachrichtigung.**  
Berlin, den 15. April 1902.  
**Der Vorstand. J. U.: Preske.**

**Konsum-Verein Berlin-Nord**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.  
N., Willdenowstr. 30. — Fernsprecher: Amt 11, 2639.  
**Verkaufsstellen:**  
1. **Vineta-Platz 1.** 4. **Willdenowstr. 30.**  
2. **Chorinerstraße 46.** 5. **Gartenstraße 3.**  
3. **Guttmannstr. 19.** 6. **Wickestraße 31.**  
7. **Ebeling- u. Weißbachstraßen-Ecke.**  
Diesenigen Mitglieder, welche ihre Wohnung gewechselt haben, werden freundl. ersucht, die neue Adresse dem Vorstande schriftlich anzuzeigen.  
**Der Vorstand.**  
Grashold, F. Tutzauer, H. Ritz.  
**Wo?**  
ist ein schöner Aufenthalt, schön zu Fuß, Rad und Kramler zu erreichen? **Belum alten Freund auf Pichelswerder.** — Für gute Küche usw. ist immer bestens geforgt!  
Musik: Elektrisch.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Donnerstag, den 17. April.  
**Cyrenhaus.** Mata. Der Evangelist. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Gastspiel der französischen Operngesellschaft. Faust. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schiller.** Nathan der Weise. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Berliner.** Als-Weibelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Leipzig.** Duse-Gastspiel. Francesca da Rimini. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Wespa.** Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichens.** Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Gastspiel des Pariser Ensembles vom Théâtre du Palais Royal. Sacré Léonce. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Central.** Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Wespa-Alliance.** Die Dame aus Trouville. Hierauf: Fr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Thalia.** Seine Kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Luisen.** Del Reumanns. Unsere Männer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Carl Weiss.** Hannemann vom Viehhof und: Der kleine Cohn. Anfang 8 Uhr.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Berlin, wie es weint und lacht. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Secessionstheater.** Delfes Pflanzens-Bunte Brett. Anfang 8 Uhr.  
**E. v. Holzgasse.** Bunte Theater (Niederbreit). Anfang 8 Uhr.  
**Schall und Rauch.** Strindberg-Goliath. Serenissimus-Zwischenspiele. Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Crübens.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Charivari.** Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Unsere Don Juans nicht. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Nyoko.** Vokale. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Palast.** Spezialitäten-Vorstellung. Eine Nacht im Ballhaus. Anfang 8 Uhr.  
**Casino-Theater.** Berlin auf Stelzen. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Zum Theateraal.) Abends 8 Uhr: Frühlingstage an der Riviera. Invalidenkrasse 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Schiller-Theater**

(Wallner-Theater).  
 Donnerstagsabend 8 Uhr:  
**Nathan der Weise.**  
 Dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von Gotth. Ephr. Lessing.  
 Freitagabend 8 Uhr:  
**Hein Leopold.**  
 Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Hein Leopold.**

**Central-Theater.**

Heute zum 120. Mal:  
 7 1/2 Uhr. 7 1/2 Uhr.  
**Das süße Mädel.**  
 Operette in 3 Akten von Sandberg und Stein. Musik von Reinhardt. Morgen und folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Das süße Mädel.**  
 Sonntagnachmittag 3 Uhr, in erster Belegung: Der Jaguercardon. Abends 7 1/2 Uhr: Das süße Mädel.

**Carl Weiss-Theater.**

Große Frankfurterstr. 132.  
 Täglich:  
**Hannemann vom Viehhof**  
 und: **Der kleine Cohn.**  
 Große Berliner Kundstättungsstraße mit Gef. in 5 Bildern von Ernst Ritterfeld. Musik von Albert Richter. Anfang 8 Uhr:  
 Sonntagnachmittag 4 Uhr: **Aischenbrödel.**  
 Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Gänsefisch.**  
 Al. Preise. Parlett 60 Pf.

**Apollo-Theater.**

Um 8 Uhr:  
**dell' Oro • Hill u. Hull**  
**Gebrüder Willé**  
**Oiga Viarda • Kinematoskop**  
**Elsa Malta.**  
 Um 9 Uhr:  
**Lysistrata**  
 Ausstattungs-Operette von **Paul Lincke**  
 mit dem **„Grigolis“.**  
 Kasseneröffnung 7 Uhr.

**Urania.**

Tauben-Strasse 48/49.  
 Im Theater um 8 Uhr:  
**Frühlingstage**  
**an der Riviera.**

**Castans Panopticum**

Friedrich-Strasse 165.  
**Zwergin mit Kinde**  
 (einzig in ihrer Art auf dem Erdenrund!)  
**Der Boerenkrieg**  
 (Boha, De Wet, Delaroy, Krüger.)  
 Lebende Photographien.  
**Neu!** humor-musikal. Quintett **Kirchmeyer.**

**Metropol-Theater**

**Emil Thomas a. G.**  
**Henry Bender Josef Josephi**  
**Anna Müller-Linke**  
**Fritzi Georgette Frid-Frid**  
 Zum 3. Mal:  
**Unsre Don Juans**  
 Große Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Leon Treptow. Musik von Frans Roth, Adolf Ferron und Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor **Richard Schultz.**  
 Morgen und folgende Tage:  
**Unsre Don Juans.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Rauchen überall gestattet.

**Palast-Theater**

(früher Feen-Palast)  
 Burgstr. 22.  
 Direktion Richard Winkler.  
 Das grösste Programm der Saison.  
 Dazu täglich:  
**Gastspiele der größten Schauspieler der Welt.**  
 8 1/2 Uhr. 8 1/2 Uhr  
**Unfassbarer Beifall!!!**  
**Eine Nacht im Ballhaus.**  
 Schwanke in 4 Akten von Anstiel, Hänfling, Küster: Dir. Rich. Winkler. Hellborn, Plarzer: Rob. Dill. Lotte, Köchin: Franziska Kentler.  
 Anfang prächtige 8 Uhr.  
 Entree 50 Pf.  
 Schluß dieser Saison:  
**Am 30. April 1902.**

**Thalia-Theater.**

Dresdenerstrasse 72/73.  
 Täglich. Anfang 7 1/2 Uhr: Täglich.  
**Seine Kleine.**  
 Gr. Kunst-Poffem. Gef. u. Tanz in 3 Akt. Im 2. Akt: „Hab'n Sie nicht den kleinen Cohn geseh'n?“  
 Am 30. April: Abschieds-Vorstellung und Benefiz für Guido Thielscher. Am 1. Mai: Gastspiel der Schillerseer.

**Schall und Rauch**

(Kleines Theater)  
 Unter den Linden 44.  
 Heute, abends 8 1/2 Uhr.  
 Gastspiel von Emanuel Reicher.  
**Serenissimus-Zwischenspiele**  
 u. a.

**Casino-Theater**

Vöhltingerstr. 37.  
 Gastspiel Antonio Agoston in  
**„Berlin auf Stelzen“** etc.  
 Urmisch! Sensationell!  
 Anfang Wochenst. 8. Sonntag 7 1/2 Uhr.  
 Sonntagnachm. 4 Uhr: Dienstbote.  
 Spezialitäten. — Weibmadchen.

**Passage-Theater.**

Anfang Sonntags 3 Uhr.  
 Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
**Emilie Carola,**  
 preisgekrönte Wiener Schöneheit.  
**Gustav Bonné,**  
 Humorist, mit sein. Schläger:  
 Berlin sei ruhig, schrei hurra!  
 Der kleine Cohn, der kleine Cohn,  
 Der kleine Cohn ist da!  
 16 ersteklassige Nummern.

**Sanssouci**

Kottbuserstr. 4 a,  
 Jeden Donnerstag,  
 Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger**  
 Nach jeder Soiree:  
**Tanzkränzchen.**  
 Wochentags Vereinsbillets  
 gütlich und Tanz frei.

**Peek & Cloppenburg**  
 Gertraudenstr. 26 u. 27 ••• Neues Specialhaus für •••  
 Ecke der Ross-Strasse. **Herren- und Knabenbekleidung.**  
**Moderne fertige Anzüge** in solider Ausführung aus nur guten Stoffen gearbeitet.  
**Sacco-Anzüge** 18-21-24-27-30-34-38-43-48-52 Mk.  
**Rock- „** 27-30-33-37-42-46-52-56-60 „  
**Gehrock- „** 30-33-37-41-46-50-56-61-64-69 „  
**Fertige Sommer-Paletots** von tadellosem Sitz in vornehmer Ausführung gefertigt in:  
**Cheviots, farbigen Kammgarnen und Covert-Coats.**  
 Preise: Mk. 16-20-23-27-30-34-38-42-48. [3036L\*]  
**Verkauf nur gegen Baar zu festen Serien-Preisen.**  
**Zweiggeschäfte in:** Amsterdam, Haag, Düsseldorf, Harlem, Nymwegen, Leiden, Rotterdam, Utrecht, Groningen, Arnheim, Leuwarden, Breda.

**Belle-Alliance-Theater.**  
 Heute zum 113. Mal:  
**Die Dame aus Trouville.**  
 Schwanke mit Gesang u. Tanz in 3 Akt. Emil Sondermann. Ferd. Worms. Mizzi Birchner. Rosa Marton.  
 Hierauf: „Er“. Pariser Lebensbild in 1 Akt.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**W. Noacks Theater.**  
 Brunnenstrasse 10.  
**Das böse Fräulein.**  
 Schauspiel in 5 Akten von Rud. Anstiel.  
 Heute: **Tanzkränzchen.**  
 Freitag:  
**Das böse Fräulein.**

**Cirkus Busch**  
 Donnerstagabend 7 1/2 Uhr:  
**Klondike.**  
 Orig. Fantastische des Cirkus Busch, sowie großartige Spezialitäten.

**Deutsche Konzerthallen.**  
 An der Spandauer Brücke 3.  
 Grösst. Vergnügungsort Berlin.  
**Internationale Konzerte**  
 von 5 Künstler-Kapellen.  
 Im 6. u. 7. Bogen ersteklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellung  
 Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.  
 Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
 Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

**Reichshallen.**  
 Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
 Anfang Wochenst. 8 Uhr  
 Sonntag 7 Uhr

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**

Karlstrasse.  
 Wochentags 7 Uhr. Nur ersteklassige. Direktion:  
 Sonntag 5 Uhr. **Spezialitäten. J. N. Hütt.**  
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung**  
**H. Eberts Festsäle „Neues Klubhaus“**  
 72 Kommandanten-Strasse 72.  
 Große u. kleine Säle (Bühne), bis 500 Personen fassend, zu vergeben. Habe noch Sonnabend u. Sonntag frei.  
**Sonntag, Mittwoch und Donnerstag: Grosser Ball.**

**Grosse Industrie-Ausstellung**  
**BERLIN 1902**  
 für Gast- u. Hauswirtschaft, Kochkunst, Erfindungen und Neuheiten  
 vom 12. bis inkl. 27. April  
 im **Luisenhof, Dresdenerstrasse 34-35.**  
**Entree 50 Pfg.**

**Wichtig für Fabriks-Kantinen!**  
 Von unsrem aus bestem Malz und feinstem Hopfen wie „Münchener Schankbier“  
**gebrauten Tafelbier**  
 liefern wir an **Wiederverkäufer und Kantinen:**  
**1 Kasten mit 30 Flaschen für 1 Mk. 80 Pfg.**  
 oder  
**50 Flaschen für 3 Mark**  
 (Flascheninhalt etwas über 1/2 Liter). [20/5]  
**Exportbier-Brauerei H. Siemens & Co.**  
 Berlin.  
**Centrale: O., Holzmarktstrasse 11.**

**Gelegenheitskäufe!**  
 3807L\*  
 Paletots, Hosen, Herren- u. Knaben-Anzüge, Koffer, Opengläser, Teppiche, Kessel, Revolver, Leuchtgas-, Gold-, Silber-, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatorien, Reliquien, Harmonika, Geigen, Sitten usw. 3032L\*  
 zu **spottbilligen Preisen.**  
**Gustav Lucke,**  
 Berlin, 131 Oranienstr. 131.

**Alle Wanzen**  
 sterben sofort nach Beut, durch meinen **Wanzenodent**, in Bl. 0,50, 1 Mk. — Schwaben, Hirschen, Franzosen etc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schl. 0,30, 0,60, 1 Mk. Zahlreiche Anerkennungen.  
**1000 Mark Belohnung**  
 zahle ich demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth, Droguerie, Brunnenstrasse 19, Ecke Peterstrasse.**

**Radfahrer!**  
**Fahrräder, verfallene,**  
 prima Markenräder in grossartiger Auswahl: Brennabor, Opel, Adler, Dürkopp, Nickelräder, Damenräder, einzelne Prachtexemplare etc.  
 Prinzip: Trotz aller Billigkeit höchste Solidität!  
 Aeltere Modelle hochpreiswert. Räderkäufer werden um Lagerbesuch u. Vergleich mit Konkurrenz gebeten.  
**Fahrräder-Leihhaus,**  
 Berlin C., 3998L\*  
 Neue Schönhauserstrasse 11.  
**!Achtung!**

**Eigene Confection.**  
**Elegante Costümröcke**  
**enorm billig**  
 in Tuch, Zibeline, Kammgarn und Cheviot, 6 Mk., 7 Mk., 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk., **Seidensamt** 25 Mk., **Wolpaca** 1,50 Mk., 6 Mk., bis 30 Mk., **weisse Cheviot** und **Pique** 3, 5, 7-15 Mk.  
**Jaketkleider**  
 elegante Façons in Zibeline, Neversibel, Cheviot, Covercoat und **Domeston** 15 Mk., 20 Mk., 25 Mk.  
**Bolero Kleider**  
**Sackkleider**  
**Blusenkleider**  
 letzte Neuheit 12 Mk., 15 Mk., 18 Mk.  
**Seidenblusen** 6,50 Mk., 8 Mk., 10 Mk., 15 Mk.  
**Blusenbänder** 1,75 Mk., 2,50 Mk.  
**Golfcapes** 6 Mk., 8 Mk., 10 Mk.  
 Schwarze, glatte u. bestickte **Capes und Kragen** 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk.  
**Jakets, Sackpaletots, moderne Façons** in vorzüglichem Sitz und tadelloser Verarbeitung 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.  
**Sielmann & Rosenberg**  
**BERLIN.**  
 Kommandanten-Strasse, Ecke Lindenstrasse.  
**Maassanfertigung.**  
**Backfisch.**  
 Saccos u. Jakets 10 Mk.

**D. Wurzel & Co. Berufskleidung- und Wäschefabrik** jetzt: **Brückenstrasse 10b, 1 Treppe.**  
 Einzelverkauf zu Fabrikpreisen. Jeder Käufer erhält 4 Proz. extra.

**Volkshochschule Humboldt-Akademie.**  
**Eröffnung der Lehrstätte NO.** (Königsstadt) Sonnabend, 19. April, präc. 8 Uhr abends im Realgymnasium Elisabethenstrasse 57/58. Zunächst 4 volkstümliche Vorträge, 6 stündig, Hörgeld 50 Pf. (die Reihe über Richard Wagner 1 M.) Der erste Vortrag jeder Reihe ist frei. Programm gratis im Bureau, Th. Fröhlich Buchh., Landsbergerstrasse 32.

**Wichtig bei Capitalanlagen ist die Berliner Finanz- und Handelszeitung**  
 XIII. Jahrgang Berlin SW., Hafenplatz 4 XIII. Jahrgang best informiertes, dreimal wöchentlich erscheinendes Finanzblatt. Anfragen der Abonnenten über in- u. ausländische Wertpapiere werden im „Briefkasten“ eingehend beantwortet. Abonnementpreis Mark 5.00 pro Quartal. Die Zeitung wird einen ganzen Monat hindurch auf Verlangen gratis und franco zugesandt.

**Kraft-Rothwein**  
 Feurig-Süß  
**Sanralucia**  
 u. Blutarmer  
 u. Kranke  
 ärztlich  
 empfohlen  
 Fl. 1.50 u. 2 M. überall haben  
 empfiehlt Dr. v. Walck, Generalvertreter Sommer, Kolonnenstr. 3.

**Patentanwalt Dammann,**  
 Moritzplatz 57.  
 Aufkunft bis abends neun. (30502)  
**Jeder Hut**  
 nur 1,50 Mark.  
 Aus einer Sagerleche wird ein großer feiner Herrenhut zum Preise von 1,50 M. per Stück im Laden des Patentfahrers, Pausen, Ritterstr. 98/99, zum Verkauf gestellt.

**Großes Theater u. Volkstheater**  
 Saal 400. Garten 1500 Personen fassend, mit Theaterbühnen, große und kleine Repräsentationsräume, 150, 80 und 60 Personen fassend. Hallen, Schaulust, Schichtbühnen, feste beheizbare Regelleuchten, 6 Jahre in feigiger Hand mit gutem Erfolg geführt, wegen Übernahme eines Grundstücks zu verkaufen.  
**Bräuerer hilft.**  
 Aufkunft: Zeitungspedition Mars, Bahnhofsallee 98.

**4. Ziehung 4. Klasse 206. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
 Ziehung am 16. April 1902, samstags.  
 Für die Gewinne über 232 Mtl. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
 (Ohne Gewähr.)

94 148 210 95 406 57 551 645 797 (5000) 906 1031  
 155 521 56 99 (1000) 703 78 88 (3000) 842 985 2085  
 188 210 71 327 401 78 642 972 81 95 3006 385 428 626  
 28 (500) 647 758 870 935 4006 67 86 148 70 336 409 32  
 81 85 749 838 967 5177 346 59 55 (3000) 633 721 26  
 905 62 6092 132 54 (500) 411 574 87 10 15 97 7109  
 39 305 98 477 639 (500) 8109 217 332 80 (500) 88  
 (500) 557 627 733 886 909 9058 73 212 88 606 704 805  
 70 907

10023 108 23 240 615 59 (500) 703 815 (1000) 57  
 (500) 96 835 (500) 81 11073 143 81 269 631 (3000) 805  
 949 12178 592 716 62 822 651 73 13022 228 43 201  
 507 17 739 73 929 85 14027 67 (500) 85 221 77 350  
 508 15092 279 473 551 70 876 16429 528 55 627 833  
 69 17029 138 78 227 410 35 75 556 639 73 81 858 68  
 90 968 90 18184 412 55 81 563 69 (1000) 778 836  
 19212 437 65 (30000) 543 961 93  
 20146 (5000) 80 315 95 416 88 (1000) 839 616 61  
 (1000) 762 961 21037 48 113 54 247 389 423 45 571  
 829 780 862 67 905 18 33 70 22011 170 87 243 304  
 592 774 86 800 24 23121 44 218 35 73 302 419 648  
 24083 (1000) 139 206 666 87 834 968 25027 66 80  
 177 (500) 372 (1000) 420 929 26037 149 284 (500) 644  
 772 845 916 27118 70 212 607 738 841 948 28089  
 (1000) 80 119 208 353 59 434 51 65 78 546 63 806  
 29045 (1000) 85 133 92 202 51 361 549 92 609 831  
 77 (500)

30407 31 504 80 801 975 31208 534 65 605 22  
 627 718 09 71 924 32006 198 296 321 52 436 64 (500)  
 623 783 94 33144 67 248 56 321 60 421 678 87 773 869  
 34255 734 97 98 859 35056 77 163 (500) 307 527 79  
 635 729 81 (1000) 889 78 36084 86 152 352 (1000) 344  
 831 82 92 524 25 743 894 900 (3000) 37281 843 927  
 38055 295 7 319 92 517 610 853 39042 103 253 (500)  
 636 700 685

40292 96 (500) 98 392 431 518 632 (3000) 719  
 (1000) 62 08 928 41003 49 (1000) 241 451 (500) 513  
 777 873 94 42235 335 490 789 (500) 822 90 957 69  
 43334 116 43 299 361 488 552 637 783 969 44092 21  
 115 384 485 87 717 45056 296 76 314 406 521 46 51  
 72 658 834 46 42 46011 44 (1000) 106 444 79 472 651  
 (1000) 711 872 919 47053 139 393 610 809 48087  
 839 49172 740 830 917 41 89 96

50011 618 79 795 833 51020 52 202 24 338 39  
 81 997 841 52281 84 53024 119 221 315 36 692 734  
 906 74 54406 146 220 338 409 78 519 739 943 55035  
 210 38 324 447 511 76 631 744 984 85 56004  
 39 332 480 94 588 820 33 57066 82 128 239 291 403  
 563 944 728 305 30 58 69 916 58190 50 (3000) 262  
 65 472 694 77 829 900 50992 96 209 462 513 762

60129 37 68 208 452 68 537 51 701 6 24 975  
 61006 83 119 84 264 322 96 915 980 61200 31 183  
 429 590 683 764 828 63102 15 208 434 60 96 516 22  
 614 790 (3000) 810 77 910 29 (500) 39 64125 279 81 38  
 300 90 492 503 733 842 921 65041 189 621 59 712 61  
 848 (500) 967 66180 213 410 (1000) 24 29 611 49 37  
 708 842 944 54 87 67065 90 59 185 394 509 399 68025  
 294 378 616 65 777 928 69165 283 334 694 926 39  
 70917 115 (500) 49 84 244 455 631 70 942 96

71067 (500) 163 314 456 535 700 44 820 321 31 74073  
 211 78 420 90 561 93 739 829 68 73996 (3000) 340 483  
 (500) 92 993 624 69 755 87 89 814 78 74002 67 81  
 100 256 507 737 901 75316 474 527 802 76066 317  
 535 692 934 92 77016 60 152 292 74 331 519 657 701  
 21 78044 257 97 395 429 734 844 (500) 935 65 (3000)  
 67 79179 384 468 600

80108 68 (1000) 98 250 313 31 57 77 88 472  
 81 507 905 90 81083 187 219 54 95 363 621 43 737  
 61 803 848 48 60 (3000) 72 89 82061 230 458 650 65  
 714 23 33 53 (1000) 922 39 81 85042 294 418 583 602  
 24 94 713 955 84012 65 87 244 342 92 511 601 85092  
 18 44 224 (500) 388 462 533 627 (1000) 42 831 86186  
 253 622 717 86 77 855 87004 (500) 79 121 366 401  
 670 636 797 882 92 924 88902 150 60 210 318 537  
 886 999 89082 365 92 969 797

90093 114 29 76 280 531 823 27 74 91001 37  
 54 100 96 238 422 537 614 (1000) 59 76 816 92082  
 258 61 383 408 29 500 670 83 93072 196 203 36 49  
 (1000) 389 418 544 889 94021 74 85 211 (1000) 21  
 355 59 439 500 661 749 95108 34 (1000) 295 437 633  
 762 817 31 90081 161 301 577 631 905 18 29 67 (500)  
 97087 627 55 702 935 98227 (500) 60 318 (1000)  
 544 828 63 882 54 99075 202 78 468 524 45 969

100239 403 636 69 712 51 52 79 950 58 63  
 101094 125 26 238 82 403 575 88 671 719 817 61 955  
 102052 55 79 208 350 (500) 456 103079 97 257  
 495 877 992 (1000) 104027 99 119 302 17 472 80 94  
 822 37 745 91 822 916 17 105068 117 209 (500) 357  
 475 76 823 817 25 106047 133 63 261 372 591 726  
 882 (500) 107128 77 374 79 497 504 15 614 68 81  
 804 39 820 42 83 108184 439 743 109075 137  
 376 474 683 680 715 63 83 838 (3000) 82

110483 88 531 612 (500) 57 871 86 11197 405  
 603 720 89 889 112128 (3000) 309 61 309 473 643  
 860 (500) 906 17 53 113051 112 407 (500) 36 734  
 114041 276 356 63 680 722 837 977 115120 62  
 (500) 490 672 712 19 116179 248 316 511 (500) 669

859 905 117116 251 358 99 (3000) 459 64 677  
 118269 80 (1000) 507 39 675 756 861 965 119153  
 (500) 268 364 419 35 82 565 676 775 80 93 803 30  
 120023 601 (500) 741 827 121147 81 291 (500)  
 405 41 73 564 783 90 844 931 122231 389 510 96  
 679 725 851 56 70 937 123061 91 190 421 688 737  
 88 124091 128 (500) 488 596 631 125157 67 (1000)  
 419 40 82 806 848 65 82 126241 410 908 127104  
 7 10 46 346 468 502 8 658 67 72 785 987 (3000)  
 128033 (3000) 400 361 650 (500) 129125 341 82  
 (500) 464 822 (3000) 33 930 42 83

130096 74 100 309 401 868 131193 308 55 418  
 893 83 919 132001 (500) 301 81 41 515 657 713  
 (3000) 60 95 821 921 133119 (1000) 251 454 88 549  
 716 22 846 82 92 908 23 35 134373 332 42 (3000)  
 449 86 549 60 883 915 135134 78 98 280 446 574 91  
 805 136041 84 195 465 541 44 89 816 747 94 137175  
 90 235 605 816 (1000) 75 949 (500) 138052 81 122  
 243 321 92 441 (3000) 805 657 80 139016 (1000)  
 34 51 119 642 47 704

140708 725 834 141294 635 (3000) 731 872  
 (1000) 991 142017 31 96 108 404 532 630 54 921 34  
 143008 145067 147 397 372 505 7 716 37 145034  
 52 119 252 80 304 424 (1000) 70 146122 242  
 (1000) 63 483 813 (500) 31 970 147112 54 (3000)  
 226 98 567 (500) 579 618 728 982 148597 113 299 621  
 49 79 780 94 987 149018 69 188 378 511 42 682 761  
 150501 (3000) 146 234 617 941 151232 317 447  
 710 53 78 (500) 152088 128 90 275 98 307 424 677  
 92 857 (1000) 153188 636 878 900 154238 (1000)  
 90 363 540 44 (500) 69 702 873 94 944 155128 84  
 220 (30000) 24 319 40 (500) 404 500 (500) 631 767  
 881 156169 203 300 456 (1000) 686 779 890 623  
 157076 156 (500) 319 50 81 472 563 88 666 833 54  
 68 938 158034 97 116 91 239 305 60 505 10 33 655  
 733 892 17 159076 191 (1000) 236 49 331 425 518  
 22 (3000) 729 37 855

160182 382 442 519 789 (1000) 836 161001 242  
 370 90 443 556 78 706 (500) 802 (1000) 15 (500) 912 74  
 162085 946 716 79 812 82 (3000) 942 163002 486  
 630 41 98 925 64 97 164218 29 805 15 22 29 555 78  
 85 825 54 (500) 96 908 63 91 165003 106 28 09 287  
 237 51 414 53 549 82 621 (500) 832 93 910 34 (500)  
 166032 326 43 403 576 (3000) 764 822 (10000)  
 52 167080 125 208 18 466 98 523 27 61 696 72 65 (500)  
 729 816 168010 (500) 36 145 364 642 797 169088  
 (500) 94 247 389 439 80 503 27 55 81 (3000) 740 (500)  
 813 77

170032 85 100 445 557 696 800 918 89 171143  
 334 470 517 719 22 829 967 74 172073 123 285 346  
 (1000) 717 871 981 85 173027 184 277 379 53 592  
 674 726 174035 56 63 118 448 63 535 633 (500) 732  
 804 907 175964 411 54 597 623 26 700 25 92 854  
 176055 170 (3000) 273 (1000) 92 304 45 673 759 913  
 177024 91 366 662 802 178045 222 28 (500) 334 415  
 29 49 88 605 28 889 90 179075 106 39 203 515 47 49  
 675 838 48 (5000) 71 96 916

180125 667 798 834 945 181118 244 55 60 64  
 367 651 182047 232 467 535 615 183027 73 95 114  
 81 411 539 58 96 750 832 940 184004 125 80 305 50 71  
 437 872 630 185193 233 388 411 53 569 759 299 186029  
 769 (500) 846 (500) 187042 61 110 383 623 807 70  
 188229 373 522 662 712 805 189057 83 123 (3000)  
 236 88 661 25 823

190088 229 384 463 549 84 634 706 68 78 878  
 191033 106 (500) 343 410 690 746 48 192061 45 97  
 83 (500) 458 996 994 55 829 911 193090 222 23 93  
 311 54 (3000) 482 511 22 45 74 685 821 58 92 914 (500)  
 79 498 194022 46 78 328 82 730 838 56 (500) 923 37  
 195038 189 240 335 65 438 72 613 98 733 61 196136  
 97 203 475 89 679 956 988 197619 198235 372 416  
 69 92 806 199240 64 98 337 70 469 561 66 646 (1000)  
 51 719 912 25

200089 486 201036 203 325 483 621 47 79 787  
 77 859 77 79 88 94 (1000) 948 202021 280 (500) 367  
 420 42 690 851 72 966 203070 711 (3000) 26 38 86  
 905 204025 231 87 325 472 684 728 42 803 18 38 97  
 922 205031 80 100 2 27 28 305 (1000) 44 838  
 206070 96 894 914 207000 288 412 81 590 667  
 208044 238 630 45 789 804 19 970 209047 187 272  
 402 96 570 94 734 86 882 918

210057 86 212 55 303 9 675 828 87 211092 (3000)  
 150 (1000) 545 692 705 94 821 37 996 212121 23 641  
 802 (500) 3 (3000) 924 213031 454 582 674 96 703  
 26 (500) 52 85 829 214122 (500) 223 227 700 53 62  
 85 818 91 82 215011 291 424 734 46 946 975 (500)  
 216129 88 86 278 (500) 325 501 729 217121 30 66  
 251 94 457 699 77 (3000) 734 (1000) 58 218030 90  
 397 332 81 88 500 7 36 64 (500) 81 729 219019 29  
 187 255 72 94 316 39 68 81 479 84 712 915 905

220010 155 216 98 326 27 421 (500) 41 515 674  
 737 (1000) 813 15 20 28 29 46 903 26 41 221085 175  
 285 946 (500) 412 18 41 515 222092 307 300 766 842  
 50 944 223115 39 244 65 309 59 76 401 521 683 921  
 224048 245 432 529 615 59 72 779

Im Verzeichnis verbleiben: 1 Gewinn zu 500 000 Mtl., 2 zu  
 200 000 Mtl., 2 zu 100 000 Mtl., 1 zu 100 000 Mtl., 2 zu 50 000  
 Mtl., 2 zu 50 000 Mtl., 3 zu 30 000 Mtl., 19 zu 15 000 Mtl.,  
 33 zu 10 000 Mtl., 63 zu 5000 Mtl., 971 zu 3000 Mtl., 1000 zu  
 1000 Mtl., 2471 zu 100 Mtl.

**4. Ziehung 4. Klasse 206. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
 Ziehung am 16. April 1902, samstags.  
 Für die Gewinne über 232 Mtl. sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
 (Ohne Gewähr.)

25 442 637 834 938 1086 255 64 390 539 89 866  
 90 905 2295 751 810 3128 97 250 575 606 724 (500)  
 4049 141 (500) 243 89 377 86 88 491 510 61 5003 101  
 234 487 606 630 756 91 98 804 865 (500) 6294 340 82  
 494 503 81 776 883 7027 61 84 229 52 620 (1000) 62  
 709 815 8044 811 12 31 00 941 9033 275 77 (500) 384  
 522 736 79 996 68

10417 211 (1000) 13 313 426 49 633 39 46 715 834  
 994 11069 103 69 272 432 669 784 807 988 12279 391  
 406 52 553 61 80 605 757 879 13000 169 389 (1000) 557  
 14098 82 (500) 77 (3000) 79 (500) 121 374 412 21 (1000)  
 571 614 79 781 87 815 15039 109 342 402 (500) 65 90  
 744 825 28 87 16008 243 438 82 749 95 988 17191 40  
 214 (1000) 65 81 310 49 649 726 56 842 908 18196  
 245 97 326 477 517 658 827 31 19027 165 285 97 355  
 665 667 95 733 828 58 926

20046 200 18 309 589 777 991 (1000) 2140 125  
 35 704 837 962 22186 329 737 747 934 78 23205 156  
 215 21 371 79 426 758 395 678 24102 (500) 38 380  
 483 579 99 694 67 (500) 744 51 811 48 85 25117 255  
 527 53 724 (500) 817 971 26292 360 484 683 800 27126  
 239 212 584 629 37 764 988 28000 296 427 (3000) 81  
 721 803 18 34 29018 216 38 90 551 785 924  
 30032 85 103 262 353 97 615 763 31959 127 68 288  
 385 396 635 715 24 894 987 99 32004 75 (500) 121 92  
 268 70 340 535 702 30 33076 115 216 317 92 95 631 736  
 86 825 68 942 34500 282 84 (500) 425 567 611 722 66  
 69 837 65 35273 456 118 832 61 36616 71 128 38 43  
 488 519 87 704 77 (1000) 934 56 37038 92 204 91 364  
 451 394 607 (1000) 740 79 807 38121 504 12 684 710  
 62 936 39494 69



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die nächste Lokal-Liste erscheint am Sonntag, den 4. Mai. Wir ersuchen daher die Mitglieder der Lokal-Kommission von Berlin und Umgegend, Änderungen und Neuaufnahmen bis spätestens Freitag, den 25. April, einbringen zu wollen: für „Zeltow-Weeslow“ an den Genossen Hermann Schliebisch in Prig, Bahnstr. 2; für „Nieder-Varnim“ an den Genossen Otto Niebe in Friedrichsfelde, Victoriastr. 4; für „Potsdam-Ost-Havelland“ an den Genossen Albert Neue in Spandau, Jagowstraße 9; für „Die erste Orte“ an den Genossen Gustav Stein in Writzen a. O., Frankfurterstr. 33, sowie für Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, Prinzenstr. 66, S. 14.

Die Genossen werden ersucht, hiervon Kenntnis zu nehmen und die Einsendungen umgehend zu besorgen, da spätere Einsendungen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Gleichzeitig teilen wir den Genossen noch mit, daß alle Anfragen und Zusendungen nur an den Genossen Wilhelm Hinz, Berlin S. 14, Prinzenstr. 66, zu richten sind und nicht an die Redaktion des „Vorwärts“.

Die Parteiblätter der genannten Kreise werden im Abdruck ersucht.

Zur Lokal-Liste. Wir weisen nochmals darauf hin, daß das Stützungsfest des Berliner Spar- und Bauvereins am Sonnabend, den 19. April 1902 in der Philharmonie, Bernburgerstraße 22/23, streng zu meiden ist, da das Lokal der Arbeitergesellschaft zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht. — Das Lokal „Königlicher Hof“, Köpenickerstraße 174 (Inhaber A. Ludwig), steht der Arbeitergesellschaft zu Versammlungen usw. zur Verfügung. — Folgendes ist für Reinickendorf zu beachten: Das Lokal von Runge, „Zum Broden, Schornweberstraße, ist als gesperrt zu betrachten, dagegen ist das Lokal von Schöps, Reinickendorf (Osten) für die Arbeitergesellschaft frei.

Die Lokal-Kommission.

Erster Wahlkreis. Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Brandenburger Haus, Mohrenstr. 47, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tages-Ordnung steht zunächst: Kaschenbericht und Wahl des Vorstandes. Ferner wird der Genosse Rechtsanwalt Dr. Wroch einen Vortrag halten: „Der Boerenkrieg — ein Menetekel der kapitalistischen Kultur“.

Friedrichshagen. Die nächste Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Sonnabend, den 19. April, abends 9 Uhr, im Lokal des Herrn J. Kajable („Sängerhalle“), Friedrichstr. 61, statt. Den Vortrag hat unser Genosse Eduard Bernstein übernommen. Aus der Zeit des Sozialisten-Gesetzes lautet das Thema. — Laut Vereinsbeschluss finden die Vereinsversammlungen von jetzt ab regelmäßig im Lokal des Herrn J. Kajable („Sängerhalle“) statt. — Diejenigen Mitglieder, welche aus ihrer bisherigen Wohnung verzogen sind, werden ersucht, dies möglichst sofort unter Angabe der neuen Wohnung dem Kassierer, Genossen Albert Schmidt, Wilhelmstr. 42, mitzuteilen.

Kokales.

Das Unwetter vom Montag.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Stadtverordneten-Versammlung folgenden dringlichen Antrag eingebracht: Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat um eine Vorlage zu ersuchen, durch welche Mittel bereit gestellt werden, um den, infolge des in der Nacht vom 13. zum 14. d. Mis., über Berlin hereingebrochenen Unwetters an Hab und Gut geschädigten Mitbürgern, deren wirtschaftliche Notlage und Bedürfnis es erfordert, materielle Hilfe zu leisten zu lassen.

Die Stadtvv. Rosenow, Kreiling und Genossen haben gleichfalls folgenden dringlichen Antrag über die durch die Wassernot Geschädigten in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, angesichts der durch den Wassermangel hervorgerufenen erheblichen Schädigungen von Bewohnern Berlins überall da, wo Not vorhanden ist, sofort hilfsweise einzugreifen und der Versammlung über die erforderlichen Beträge eine Vorlage zu geben zu lassen.

Es wird sich nun ja herausstellen, ob die Berliner Kommunalverwaltung Gemeinnutz genug zeigen wird, um einer großen Anzahl Mitbürger, die ohne ihr Verschulden ins schlimmste Elend geraten sind, vor dem völligen Verderben zu schützen. Angesichts der schlimmen Notlage wollen wir hoffen, daß man diesmal auf die beantragten Hilfsaktion eine andre, willigere Haltung einnimmt als bei früheren Gelegenheiten.

Der Hund der Handel- und Gewerbetreibenden hat den Magistrat in einer Eingabe ersucht, in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung die Bewilligung von Geldmitteln zur Lindering der Not der in der Nacht vom 13. zum 14. April er. in ihrem Eigentum schwer geschädigten Bürger, unter denen sich eine große Anzahl kleiner Gewerbetreibender befindet, zu beantragen und ist wohl in Anbetracht des großen Elendes, das über eine große Anzahl, namentlich von Kellerbewohnern, hereingebrochen ist, zu erwarten, daß der Magistrat der Anregung des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden entspricht.

Ueber das Unwetter und seine Folgen werden noch folgende Einzelheiten mitgeteilt: Auf dem Hensprechamt III, welches, wie gemeldet, durch die Wetter-staatsstrophe besonders stark in Mitleidenenschaft gezogen worden ist, konnte der Betrieb bisher noch immer nicht in vollem Umfange aufgenommen werden und etwa 6000 Teilnehmer des Amtes können Verbindungen nicht erhalten. Das in die Kellerräume des Amtes eingebrachte Wasser ist zwar nach 20stündiger Arbeit entfernt worden, doch sind die Wände derart verfault, daß sie untereinander schleichen. Es dürfte noch mehrere Tage dauern, bevor es gelingen wird, den Defekt zu beseitigen und den Vollbetrieb wieder aufzunehmen. Die Geschäftsleute sind durch den mangelnden Telefonanschluß in arge Verlegenheiten geraten.

Auf Schadensersatz wollen die Bewohner des Hauses Gerichtsstraße 23, das bei dem Unwetter durch die Aufschüngen des Eisenbahn-Dammes eingedrückt wurde, den Eisenbahn-Fiskus verklagen. Sie begründen ihren Anspruch auf Schadloshaltung damit, daß sie die nächste Nordringstation schon bei Beginn der Aufschüngen auf die drohende Gefahr aufmerksam machten. Hätte die Wohnverwaltung, so behaupten sie, auf diese rechtzeitige Warnung hin geeignete Maßregeln getroffen, so wäre das Unglück nicht eingetreten. Der Fiskus habe jedoch gegen die Gefahr nichts getan und müsse daher für den durch seine Schuld entstandenen Schaden haften.

Ueber tausend Fuhren Sand und Schlamm sind vom Montagmittag bis zum Dienstagmorgen aus den Straßen Berlins entfernt worden, und noch den ganzen gestrigen Tag hindurch waren die Straßenreimiger mit dem Zusammenwerfen von Schlammmassen beschäftigt. Gestern ist auch mit der Wiederherstellung der zerstörten Wasserleitungen begonnen worden. An mehr als vierhundert Stellen ist das Pflaster aufgerissen und unterpflast. — Die Verkäuferin Elise Stern aus der Chausseestraße Nr. 5, die vorgestern abend beim Verspringen des Schwimmbades einer Dampfmaschine in der Inhabersstraße um Kopf schwer verwundet wurde, jähwacht auch heute noch in Lebensgefahr. Ihr Zustand hat sich noch nicht gebessert.

Einen Begriff von der elementaren Gewalt des Unwetters am vergangenen Montag geben am besten Zahlen, welche durch das hiesige Wetterbureau festgestellt sind. Demnach

betrug der Niedergang des wolkenbruchartigen Regens von nachts 3 Uhr an 156 Millimeter, während bisher bei den stärksten Regenmassen eine Regenstärke von nur 86 Millimeter konstatiert wurde. Der Luftdruck wurde bis zu 7,56 Millimeter gemessen. Das Unwetter selbst kam aus der Richtung Ost-Südost. Von welcher Stärke die Hagellörner waren, zeigt der Umstand, daß sich dieselben teilweise auf freiem Felde bis zum Dienstagabend, also 36 Stunden, hielten. Uebrigens wird ein offizieller Bericht über den Verlauf des Unwetters vom königl. meteorologischen Institut im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht werden.

Der Verein Berliner Milchpächter beschloß in seiner gestrigen Sitzung eine Deputation an den Magistrat und den Vorstand der Stadtverordneten-Versammlung zu entsenden, welche abermals die Einführung der Milchwirtschaft auf den städtischen Kieselgütern anregen soll. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Der Verein Berliner Milchpächter richtet an die städtischen Behörden die Bitte, der Gefahr eines agrarischen Milchmangels im Interesse der städtischen Bevölkerung durch Einführung der Milchwirtschaft auf den städtischen Kieselgütern entgegenzutreten.“ Die Deputation soll diese Forderung an zuständiger Stelle eingehend begründen und außerdem darauf hinweisen, daß selbst die Produktion von Aindermilch auf den Kieselgütern sich ermöglichen ließe, durch Anwendung der künstlichen Kieselgraströschung, nach einem von dem Arzte Dr. Auerbach erfundenen System, das der Erfinder in der Versammlung ausführlich darlegte. In übrigen wurde die letzte Erklärung der Milchzentrale, durch welche sie die Verantwortung für die Einführung der Milch auf sich abzuwälzen sucht, einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde, auf Grund wiederholter Kenpferungen des Oberamtmanns Ring-Düppel, festgestellt, daß die Polizeiverordnung lediglich auf die Vegetation der Centrale zurückzuführen sei. Milchtrieb und Milchverarbeitung seien nicht zu trennen.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 17. April, nachmittags 5 Uhr. Vorlagen betreffend den Etat für den Verwaltungsfonds der Sparkasse für das Etatsjahr 1902. — die Beschaffung zweijähriger Pauschale für mehrere im Bau begriffene Schulen. — die Bewilligung von Mehrkosten für den Erweiterungsbau des Leidenhauses beim Krankenhaus am Urban. — die erfolgte Baubehaltung der baulichen und inneren Einrichtung des ehemaligen Erziehungshauses auf dem Urban zur Unterbringung von 120 Krankenbetten. — die Vermietung der Viehhofstation — und die Verbeibaltung des Einzelstuhles von 1 M. für die einmalige Milkreinigung von je 1000 Meter einfachen Geleises der Straßenbahn auf ein weiteres Jahr. — Bericht-erstattung über die Vorlage betreffend die Uebertragung der Druckherstellung des Gemeindeblattes und der damit in Verbindung stehenden Drucksachen an die Firma Wih. Greve (Inhaber Max Paß) auf die Dauer von 3 Jahren. — Bericht-erstattung betreffend die Wahl von zwei Bürgerdeputierten in die Deputation für die städtischen Krankenhäuser und die öffentliche Gesundheitspflege sowie eines Bürgerdeputierten für die Armenverwaltung. — Vorlagen betreffend einen bei dem Vorkonto noch offenstehenden Posten. — die Bewilligung einer außerordentlichen Remuneration. — das Vermächtnis des verstorbenen Fräulein Marie Vog für wohltätige Zwecke.

Die Betriebsverwaltung der Hochbahn will eine Ermäßigung der Fahrpreise eintreten lassen. Geplant ist die Einführung eines Stationentariifs nach Art der Stadtbahn. Die Fahrkarten der ersten Zone zum Preise von 10 Pf. in der dritten Klasse berechnen dann zur Fahrt auf einer beliebigen Strecke innerhalb der nächsten vier Stationen. Gegen den jetzigen Tarif bedeutet dieses eine Ermäßigung für verschiedene Strecken. So wird man vom Potsdamer Platz für 10 Pf. bis zum Kottbuser Thor, anstatt wie bisher nur bis zur Prinzenstraße, fahren können. Die Großenstraße-Mödenbrücke-Kottbuser Thor wird bis zur Oranienstraße verlängert. Der Fahrpreis auf der Weststrecke bleibt derselbe; dagegen wird im Durchgangsbereiche der Großenstraße-Prinzenstraße-Billowstraße bis zum Rollendortplatz verlängert. Die zweite Zone mit den Fahrpreisen von 15 Pf. dritter Klasse reicht bis zur nächsten Station. Gleichzeitig mit der Einführung des neuen Tarifs wird ein neuer Fahrplan eingeführt. Es wird beabsichtigt, Tarif und Fahrplan am 1. Mai in Geltung zu setzen. — Zu der wirklichen Reform der Einführung des Zehnpfennig-Tarifs scheint sich die Hochbahnverwaltung immer noch nicht entschließen zu können. Und doch würde, wie das Beispiel der Straßenbahn zeigt, nicht allein das Publikum, sondern auch die Verwaltung bei dieser Maßnahme am besten fahren.

Aus der Genossenschaftsbewegung. Die Konsum- und Produktgenossenschaft Berlin-Nordost hat abermals einen schönen Aufschwung zu verzeichnen. Im ersten Quartal d. J. betrug der Umsatz rund 168 000 M. gegen 77 500 M. in den gleichen Monaten des Vorjahres. Im Monat März allein wurden 58 000 M. Umsatz erzielt. Auch die Mitgliederzahl der Genossenschaft hat sich im verflohenen Quartal um 490 gehoben. Besonders die neueröffneten Verkaufsstellen florieren recht gut.

Die Hundesperre hat auf einzelne Geschäftsbetriebe einen wesentlichen Einfluß ausgeübt und noch vielen Nöhtungen hin Rügen gestiftet aber auch Schaden angerichtet. Den Hauptvorteil aus der Sperre ziehen die Sattler, bei denen Hundeleinen, Hundelörbe und Halsbänder in großen Mengen gekauft werden. Die Nachfrage nach diesen Artikeln war bei Beginn der Hundesperre so bedeutend, daß nur eine geringe Anzahl der Kunden bedient werden konnte und die Sattlergeschäfte tagelang nur mit der Herstellung dieser Spezialartikel beschäftigt wurden. Ferner haben auch hier und da Arbeitslose als Hundeführer einen Erwerb gefunden. Erheblich geschädigt dagegen sind durch die Sperre die Hundehändler, die gegenwärtig ihre lebende Ware fast gar nicht verkaufen können. Der deutsche Tierzuchtverein hat durch die Hundesperre einen Verlust von weit über 10 000 Mark, da die laufenden Unkosten durch die ständige ärztliche Ueberwachung der eingelieferten Hunde sich wesentlich erhöhen, während Anlösungen gefangener Tiere fast gänzlich wegfallen. Auch die Polizei ist durch die Hundesperre außerordentlich in Anspruch genommen, da eine große Anzahl von Hundebesitzern die Ausstellung von Ausfuhrscheinen beantragen.

Die städtische Armenverwaltung hat das Anerbieten des Armenarztes Dr. C. S. Engel, Inhabers eines bakteriologisch-mikroskopischen Instituts, die Absonderungen armer Kranken bakteriologisch, chemisch und mikroskopisch untersuchen zu wollen, angenommen. Sie wird in geeigneten Fällen davon Gebrauch machen.

Wegen Andeßmordes ist ein Dienstmädchen Anna Tillad, das in der Andeßstr. 59 in Stellung war, verhaftet worden. Das Mädchen erkrankte am Freitag voriger Woche unter verdächtigen Umständen und mußte in eine Anstalt gebracht werden. Die Nachforschungen, die auf Veranlassung der Dienstherrin angestellt wurden, ergaben, daß es am Tage vorher ein Kind zur Welt gebracht und mit der Schürze erdroffelt hatte. Die Leiche ihres Kindes hatte die Mutter, die jetzt als Volksgeliebte behandelt wird, in ihre Schürze gewickelt und in dieser unter ihrer Wäsche versteckt gehalten.

Durch Einbrecher ist der Postillon Renzel aus der Schwartkopffstraße empfindlich geschädigt worden. Frau Renzel ging am Dienstagabend um 8 Uhr zum Einholen aus und traf mit ihrem Manne, der aus dem Dienst kam, eine Stunde später zusammen. Als nun die Eheleute nach Hause zurückkehrten, fanden sie drei Türen erbrochen und alle Behältnisse in der Wohnung durchwühlt. Barcs Geld erbeuteten die Einbrecher nicht, dagegen einen Kranzring mit dem Zeichen M. S., eine silberne Damen- und eine Herrenuhr-

felte, einen schwarzen Gehrockanzug, einen dunkelgrauen Sommer-überzieher, ein graues Umfahlgut, zwei Armbänder, Ohrringe und Brosche aus Korallen und einen Trauerhalm.

Durch einen Sturz aus dem Fenster tödete sich Mittwochvormittag um 10 Uhr der 62 Jahre alte Schankwirt Waldemar Weiß aus der Schlüterstr. 13 zu Charlottenburg. Der alte Mann war seit längerer Zeit nervenleidend und schon einmal in einer Heilanstalt gewesen. Vormittag besuchte er seine Tochter, die im dritten Stock des Hauses Pestalozzistr. 12 wohnt. In einem Anfälle von Verfolgungswahn hat er sie wiederholt, alles zu verschließen, damit niemand herein kommen könne. Als die Tochter kurz vor 10 Uhr ins Geschäft gehen mußte, wollte Frau Weiß ihren Mann wieder nach Hause holen. Weiß ließ sie aber nicht ein, sondern stürzte sich, während sie vergeblich anlockte, kopfüber aus dem Fenster hinaus. Der Unglückliche blieb mit zerstampfem Schädel und gebrochenen Beinen tot auf dem Pflaster liegen. Die Leiche wurde nach dem Charlottenburger Schanahaus gebracht.

Von der Kriminalpolizei beschlagnahmt ist eine goldene Brosche in Fufeisenform mit sieben kleinen Brillanten besetzt. Der bisherige Inhaber will dieselbe vor etwa zwei Jahren beim Ausräumen der Bödenleitung der Kanalstation an der Ecke der Horn- und Poststraße gefunden, die polizeiliche Anmeldung des Fundes aber unterlassen haben. Die Eigentümerin wolle sich an den Vormittagen im Zimmer 330 des Polizei-Dienstgebäudes, 2 Treppen, melden.

Das Metropol-Theater hat die dumme Unbedeutendheit, die Ostern als Novität aufgeführt wurde, jetzt mit einer Gesangsposse von Leon Treptow vertauscht. „Unsre Don Juans“ heißt das Stück; es hat sich, wie versichert wird, bereits vor zwölf Jahren im Adolf-Ernst-Theater bewährt, und was von dort kommt, wird schon etwas für sich haben. Das Stück ist in seiner Art auch niedlich, für das Metropol-Theater allerdings ein bißchen harmlos. Diese Schwächen, die da als Don Juans und verfluchte Kerls herumspazieren, sind im Grunde genommen fürchterlich hässliche Ge-ten, an denen auch die bescheidenste Gans auf die Dauer keinen Gefallen finden kann. Sie tragen sehr viel von den Moejänglingen der achtziger Jahre, den Reif-Neislingen und Weikensfreieren mit sich herum, und die Großhaken, die sie verüben, laufen auf schreckliche Phyllostromaten hinaus. Selbst eine eiferstichtige Gattin wird diese Wämdchen mit stüßiger Gelassenheit anhören, wenn sie sich einst ihrer unbändigen Streiche rächen sollten. Aber der Mangel an Plankterien wurde durch etwas besseres, durch einen bescheiden auftretenden Humour ersetzt, der dem ganzen Stück eine angenehme Wärme giebt. Mit gutem Geschick wußten die geschulte Künstlerkraft des Metropol-Theaters sich auf dem neuen Boden zurecht zu finden; nur einen, nämlich Herrn Weider, hätten wir lieber in einer andern Rolle gesehen als der des schüchternen Jünglings. Ebenso gut könnte er den Hamlet spielen. Unter den Damen hat vor allem Fräulein Fritz Gerogette Ursache, dem Autor dankbar zu sein; denn in der anmutigen Rolle der Gedin Katharina fand diese Künstlerin Gelegenheit, ein Talent zu offenbaren, das ihr niemand zugestant hätte, der sie in früheren Ausstattungs-Anfassungen untergehen sah. Dem überaus schönem Spiel von Fräulein Gerogette ist zum sehr wesentlichen Teil der Erfolg des Stückes zuzuschreiben. Im dritten Akte spendete ein Ballet von großer Pracht dem Auge die im Metropol-Theater nun einmal unerläßlichen Gaben.

Arbeiter-Bildungsverein, Gewerkschaftshaus, Engel-Nfer 15, Saal 8. Heute abend beginnt der Kursus in National-ökonomie (Wörten und Banken); Vortragender: Schriftsteller Georg Bernhard. Freitag, den 18. April: Rede-Uebung (Uebungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz); Vortragender: Dr. Rudolf Steiner. Beginn 9 Uhr. Bibliothek 8-9 Uhr. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Im wissenschaftlichen Theater der Krantia wird der neue Vortrag von Herrn Franz Wörke „Die deutsche Objektive“ in der nächsten Woche zum ersten Male zur Darstellung kommen. Der Vortrag, welcher durch die vielen schönen, nach eigenen Erfahrungen des Verfassers angefertigten farbigen Bilder ganz besonders an Interesse gewinnt, schildert die deutsche Objektive von den Wanderbüchsen bis zum Mikroskop. Bis zur Erschließung dieses Vortrags wird der Vortrag „Frühlingsbote an der Riviera“ noch einige Male wiederholt werden.

Auf Verlangen hat sich der Verein Berliner Presse entschlossen, in diesem Jahre noch einen Dichtertinnenabend zu veranstalten, und zwar am Donnerstag, den 24. d. Mis., im Architektenhause. Es werden an diesem Abend Emilie Erhardt (Baronin v. Warburg), Frieda Schanz und Hermine Billigung auf dem Podium erscheinen, um aus ihren Werken vorzulesen. Der Verlauf der Eintrittskarten beginnt am Mittwoch, den 16. d. Mis., in den Buchhandlungen von Amelang, Potsdamerstr. 126; Lazarus, Friedrichstr. 66; Spener u. Peters, Unter den Linden 43; Boute, Potsdamerstr. 13 und im Berliner Dressellad, Unter den Linden 33 (Postfach: Charlottenstr. 37).

Feuerbericht. Ein größerer Brand kam Mittwoch früh kurz nach 2 Uhr in der Union, Electricitätsgesellschaft, in der Guttenstraße 13/14 (Moabit) zum Ausbruch und beschäftigte die Wehr fast drei Stunden. In einem Nebenraum der Modellschleiere hatte sich aufsteigend der durch Ventilatoren aufgeflogene Holzstrob von selbst entzündet und ein Lager von Spänen und Holzabfällen in Brand gesetzt. Die Aufräumungsarbeiten waren erst um 5 Uhr beendet. — Auch in der Pappellallee 26 gab es früh gegen 6 Uhr längere Zeit zu thun. Hier war in einem Fachwerkshaus ein Feuer ausgebrochen, das schnell um sich griff und auch die Dachkonstruktion in Mitleidenchaft zog. Die Wehr mußte längere Zeit mit einem Rohre Wasser geben, um die Flammen zu erlöchen. Eine kleine Benzingerplosion erfolgte Dienstag gegen Abend in der Großen Frankfurterstr. 32. Glücklicherweise ging es jedoch ohne Menschengefährdung und nennenswerten Schaden ab. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen nach der Schäligerstr. 126, Plan-Nfer 40, der Friedrichstr. 155, Lange-straße 6 und Barnimstr. 13.

Aus den Nachbarorten.

In Adlershof wurde gestern die Wahl unsres Genossen Kreisler vom Wahlvorstand für gültig erklärt.

Das Neue aus den Spandauer „Rustwerkstätten“. Es wird und geschrieben: Von einer schier rührenden Fürsorglichkeit ihrer Direktion erhielten am letzten Freitag die Arbeiter der Metallerie-Werkstatt einen eskalanten Beweis. Schnelldringend erwarteten die Arbeiter am letzten Freitag die Auszahlung ihres „Rachschusses“ für vier Wochen, der an diesem Tage fällig war. Jedoch die verantwortliche Instanz übernahm die Arbeiter damit, daß sie ihnen den Rachschuß nicht zahlte. Eine Deputation des Arbeiterausschusses begab sich zu der Direktion, stellte ihr vor, daß die Arbeiter sämtlich infolge der Feiertage und des Umzugs z. auf Auszahlung des Rachschusses bescheiden müßten. Sie erfuhr dort aber, daß keine Zeit gewesen sein soll, um die Rechnungsbücher rechtzeitig fertig zu stellen. Dabei blieben der Direktion immer zwei Wochen Zeit, um diese Büchlein abfertigen zu lassen! Die Direktion sah sich denn auch genötigt, den Arbeitern Vorschläge anzugeben, wovon auch im großen Umfang Gebrauch gemacht wurde. — Vor kurzem wurden in dem Feuerwerk-Laboratorium nochmals circa 200 Arbeitern gefündigt. Die Zahl der Gefündigten in der Geschäftshereze allein beträgt circa 460, die der dort Entlassenen 106! In diesem Institut war bereits eine weitere Massenfindigung vorgefallen, und zwar sollten diesmal Arbeiter mit einer Dienstzeit bis zu 15 Jahren daran glauben. Es scheint aber, als wenn von „oben“ Gegenorder gegeben worden ist, denn einstweilen unterbleibt diese Findigung. Angesichts der immer größer werdenden Gärung unter den Spandauer Staatsarbeitern scheint man also doch wohl einlenken zu wollen.

**Die Gemeindevertretung Groß-Lichterfelde** hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Einspruch, der seitens unserer Parteigenossen gegen die Wahl im zweiten Bezirk erhoben war, zu befassen. Der Protest gründete sich auf die Thatsache, daß eine Anzahl Wähler, obwohl in der Liste eingetragen, und denen außerdem noch eine amtliche Wahllegitimation zugegangen war, zur Wahl nicht zugelassen wurden mit der Motivierung, daß ihr Wahlrecht wegen rückständiger Steuern ruhe. Da das Ergebnis der Wahl bei Zulassung dieser abgewiesenen Wähler eventuell beeinflusst worden wäre, ist Einspruch erhoben worden. Gemeindevorsteher Schulz stellte den Antrag auf Zurückweisung des Protestes, indem er sich auf § 44 der V.-G.-O., der vom Nutzen des Gemeindevorstandes infolge Nichtentrichtung der Steuern handelt, berief. Nach der ständigen Jubilatur ist jedoch die Aufnahme in die Wählerliste, die am 30. Januar, wie auch der Gemeindevorsteher zugab, ihre endgültige Gestalt annimmt, das allein entscheidende Moment und die Thatsache der Nichtentrichtung der Steuern unerheblich. Die Gemeindevertretung schien es mit der Abweisung des Einspruchs sehr eilig zu haben; sie opferte nicht ein Quentchen ihrer Geistesfülle der genannten Angelegenheit und beschloß einstimmig die Zurückweisung des Wahlprotestes. — Nachdem erfolgte die Einführung der neu- bzw. wiedergewählten Gemeindevertreter Dietrich, Lengner, Gebauer, Braun und Schulz. — Zum Punkt 3 der Tagesordnung machte der Vorstand Tischen die angenehme Mitteilung, daß infolge der Verzögerung der Ausführung des Bundes des Teltow-Kanals bezw. der Nichtentrichtung des Teltow-er Sees eine Erhöhung der Kosten für die örtliche Kanalisation im Bezirke von mindestens 250 000 M. eintreten werde. Die Diskussion zu dieser Sache war überaus reger. Gemeindevorsteher Kaupert stellte den Antrag, für die Mehrkosten den Kreis haftbar zu machen, da bezüglich der Bauausführung des Teltowkanals gewisse Versicherungen gemacht worden seien. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Kreis zweifellos die Bagatelle von 250 000 M. auf die Vorstellung der Gemeindevertretung hin der Gemeinde sofort ersetzen werde. Der ungeheure Optimismus des genannten Herrn schien seine Kollegen höchlichst zu amüsieren, denn man erblühte bei diesen Ausführungen überall vergnügte Gesichtser. — Schöffe Lange führte aus, daß irgendwelche Versicherungen nicht gemacht worden seien und daß leider der Kreis-Bauverwaltung gerade auf Lichterfelde Gebiet durch die Grundstücksbesitzer außerordentliche Schwierigkeiten bereitet würden, indem diese für ganz wertloses Land ungeheure Forderungen stellten, z. B. 600 M. pro Quadratrute! Ueber solche Forderungen lasse sich nicht einmal reden. Nicht weniger als 25 Expropriationen müßten vorgenommen werden. — Das „staatsbehaltende“, von Phrasen über das Gemeinwohl“ triefende Grundbestimmern von Lichterfelde als ist es, das durch seine patriotische That, für sumptigen, wertlosen Boden, der selbst den Wassertratten zum Aufstehalt zu schlecht ist, möglichst hohe Summen zu ergattern, der Kreis-Verwaltung eine Stellungnahme aufgezwungen hat, die den Steuerzahlern jetzt die Summe von 250 000 M. kosten wird. Selbst Gemeindevorsteher Dr. Lengner begeherte die Forderungen mit dem Petition „universität“. Nur Herr Kaupert war durch die Worte des Schöffen Lange sehr gekränkt und wünschte, daß solche „unvorsichtige Versicherungen“ unterblieben — im Interesse des braven Grundbesitzers natürlich. Die Sache endete mit Verweisung in die Kommission.

**Tempelhof.** Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem Protest, den unsere Parteigenossen Müller, Schierich und Franz in Sachen der Gemeindevahl vom 13. März eingelegt hatten. Damals wurden die auf unsere Parteigenossen Thiel gefallenen 152 Stimmen von der Mehrheit des Wahlvorstandes für ungültig erklärt, weil Thiel Nichtangelegener sei. Die Gemeindevertretung hielt den Protest für unbegründet und bestätigte die Wahl des Eigentümers Hahn. Man hätte sich auf ein Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts, das nächstens von uns besprochen wird.

**Orly.** In der letzten Sitzung der Priker Gemeindevertretung wurden die neuergewählten Vertreter eingeführt und verpflichtet. Es befanden sich darunter die beiden Genossen Weniger und Kreuzhner. In einem ständigen Wahlausschuss wurden auch die Genossen Jenner und Weniger gewählt. Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, die Verhandlungen wegen des Anschlusses an die Schöneberger Kanalisation einzuleiten. Ferner wurde die neue Lehrerbefoldungsordnung genehmigt. In nächster Zeit wird auch der Ort Orly durch die Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmal verschönert werden, das dem Orte noch fehle.

**Friedrichsfelde.** Am Freitag wird die Gemeindevertretung sich mit der Prüfung der letzten Wahlen befassen. Hier wird sich herausstellen, ob die Vertretung trotz des Gefehes wirklich die Wahlen für gültig erklärt. — Den hiesigen Straßensüßern ist die Arbeitszeit, ohne daß eine Lohnzulage erfolgte, von neun auf zehn Stunden verlängert worden. Auch ein Stück kommunaler Sozialreform.

**Johannisthal.** Gegen die Wahl des Genossen Mertins in der 3. Abteilung war von dem unterlegenen Gegenkandidaten Protest eingelegt worden. Die Gemeindevertretung wies in ihrer letzten Sitzung diesen Protest ohne Debatte als völlig unbegründet zurück. Gegen die Wahl des in der 1. Abteilung wiedergewählten Vertreters Schmidt war ebenfalls Protest eingelegt worden. Nach längerer Debatte erklärte sich die Gemeindevertretung einverstanden mit dem Vorgehen des Wahlvorstandes, welcher die auf den Amtsbaumeister Pösel entfallenen 5 Stimmen für ungültig und die für den Baumeister Schmidt abgegebenen 3 Stimmen für gültig und letzteren als gewählt erklärt hatte. — Mit welcher geradezu sträflichen Leichtgläubigkeit die Handlungen des früheren Gemeindevorstehers gutgeheißen wurden, zeigte sich bei der Beratung des vom Vertreter Wette und Genossen auf Veränderung der Baufluchtlinie der Friedrichstraße gestellten Antrages. Nach dieser vor einigen Jahren festgesetzten Baufluchtlinie mußte der Vertreter Wette mit seinem geplanten Neubau beträchtlich vor der Front des vor fünf Jahren erbauten Hauses des Vertreters Scherffing zurückbleiben. Die Vertreter Wette, Scherffing, Schmidt und der Schöffe Knape erklärten von einer derartigen Festsetzung nichts zu wissen und in gutem Glauben die damals festgesetzte Baufluchtlinie gutgeheißen zu haben. Die Vertretung beschloß dem Antrag entsprechend, die Verlegung der Baufluchtlinie. Allerdings gewinnt das Aussehen der Friedrichstraße, der Hauptstraße des Ortes, nichts. Die treppenartig vorspringenden Häuser werden auch noch ferner den Hohn und Spott der Vorübergehenden und der zahlreichen Ausflügler herausfordern und ein Denkmal bilden für die Thätigkeit des Herrn v. Wenda und die mit der Vertretung der Interessen der Gemeinde beauftragten Gemeindevorsteher. — Die Teltower Kanalbauverwaltung hat es endgültig abgelehnt, für die von der Gemeindevertretung bewilligten 6000 M. einen Hafen anzulegen und fordert als Mindestleistung die Summe von 15 000 M. In nächstöffentlicher Sitzung beschloß die Vertretung über die Aufbringung der fehlenden 9000 M.

**Aus Lichtenberg** wird gemeldet: Die Eingemündungskommission des Berliner Magistrats begab sich, nachdem sie die Statuffstellungen der Gemeinde Lichtenberg eingehend geprüft hatte, am Dienstagmittag nach Lichtenberg, um unter Führung des Bürgermeisters Hethen eine Besichtigung des Ortes und seiner Gemeinde-Einrichtungen vorzunehmen. Die Magistratsmitglieder blieben bis gegen Abend in Lichtenberg und unterrichteten sich über die Straßenzüge, den Verkehr, die öffentlichen Gebäude, Anlagen, freien Bauplätze usw. Wie von wohlunterrichteter Seite mitgeteilt wird, liegt dem Berliner Magistrat sehr an der möglichst raschen Erledigung der Eingemeindungsfrage. Die Angelegenheit wird schon in einer der nächsten Magistrats-sitzungen zur Beratung gelangen. Wahrscheinlich wird der Kreis Niederbarnim, der nicht weniger als 688 000 M. Entschädigung bei dem etwaigen Anschließen Lichtbergens aus dem Kreise verlangt, der Eingemeindung einige Schwierigkeiten bereiten.

**Behlenborn.** Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, den Protest, den unsere Parteigenossen wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten bei den Gemeindevahlen erhoben hatten, nicht

anzuerkennen und die Wahlen für gültig zu erklären. Es wird sich herausstellen, ob der Kreisaußschuß derselben Meinung ist. — Es wurden weiter die Siege in den verschiedenen Kommissionen verteilt. Einen bestreblichen Eindruck machte die Mitteilung, daß in der Rechnungskommission die Revisionen bisher ohne Beihilfe eines Bücherrevisors erfolgt sind. Hoffentlich ändert sich dies. — Nicht weniger als 88 Bewerber haben sich für das Amt eines Gemeindevorstehers gemeldet; die Wahl ist bereits auf einen Dr. Köster aus Haderleben gefallen. — Der Tunnel unter der Wannseebahn, der seit langer Zeit als öffentlicher Durchgang gilt, wird jetzt plötzlich vom Eisenbahnklub reklamiert. Die Heimstätten-gesellschaft als Erbauer des Durchgangs will jetzt einen neuen Tunnel bauen. — Der an der Beerstraße zwischen Behlenborn und Schlachtensee zu erbauende Bahnhof wird 620 000 M. kosten.

### Geriichts-Beitrag.

**Der Gommerner Landfriedensbruch-Prozess** hat vor dem Schwurgericht in Magdeburg am Dienstag begonnen.

Wegen einfachen und schweren Landfriedensbruchs sind angeklagt: 1. der Arbeiter Friedrich Witt zu Pöhlitz; 2. der Arbeiter Adolf Berger zu Pöhlitz; 3. der Steinbauer August Gebhardt zu Pöhlitz; 4. der Steinläger Wilhelm Gebhardt, ebendort; 5. der Steinbrucharbeiter Julius Gollin zu Pöhlitz; 6. der Arbeiter Anton Kahner zu Griesbahn; 7. der Steinbauer Paul Liffat zu Pöhlitz; 8. der Steinbrucharbeiter Joseph Niedzinski zu Gommern; 9. der Steinbauer Friedrich Wöhling zu Pöhlitz; 10. der Arbeiter David Rintowski zu Pöhlitz; 11. der Arbeiter Friedrich Rungel zu Pöhlitz; 12. der Steinbauer Gustav Wächter zu Pöhlitz.

48 Zeugen sind geladen. Der Thatbestand ist folgender: Im Mai vorigen Jahres brach in den Steinbrüchen zu Gommern bei Magdeburg ein Streit aus. Der zu Pöhlitz stationierte Gendarm Polaczek erhielt den Auftrag, den Schuß der Arbeitwilligen und Unternehmer, welche sich über „Belästigung“ beklagten, zu übernehmen.

Am 14. Mai machten die Angeklagten einen Ausflug nach Grünewalde, nach ihrer Angabe, um Arbeit zu suchen, nach Annahme der Anklage, um Arbeitwillige aus Schönebeck abzuhalten. Doch das ist faktisch gleichgültig: das eine wie das andre war ja ihr gutes Recht.

Auf dem Wäldchen lagerten sich die Angeklagten ungefähr 100 Schritt von dem Hofmannschen Gasthofe entfernt in das Gras einer Wiese, die an der Chaussee zwischen Grünewalde und Pöhlitz lag.

Das Juhl fand jedoch ein rasches Ende, als obrwärts gegen 9 Uhr der Gendarm in Begleitung des Amtsdieners Schröder aus Grünewalde dazu kam. Als der Gendarm den Kahner liegen sah, forderte er ihn auf, sich zu erheben, und hob ihn schließlich mit Hilfe des Amtsdieners hoch.

Dabei fragte der Gendarm, so schließt die Anklage den weiteren Thatbestand, nach Kahners Namen und wies ihn die Angeklagten sich dort gelagert hätten. Er erhielt jedoch keine Antwort und machte Miene, Kahner und den Angeklagten Wilhelm Gebhardt zu verhaften. In diesem Augenblick erhielt der Gendarm von hinten einen Schlag mit einem starken Stock über den Kopf, wie er annimmt von August Gebhardt. Nach dem Schläge drangen Rintowski und noch etwa zehn andre, die in einem Graben gelegen hatten, auf den Gendarmen ein und schlugen sowohl mit den Fäusten als auch mit Stöcken auf ihn los. Nun zog der Bedrängte seinen Säbel und wollte sich nach dem Eingange des Hofmannschen Gasthauses zurückziehen. Während des Kampfes rief eine Person: Auf Dich haben wir schon lange gewartet, Du sollst heute derbe Schläge haben. Dem Amtsdienstler Schröder riefen sie zu, er möge sich zurückziehen. Der Gendarm weichte anfangs die Angreifer ab, lief dann aber, um Hilfe zu holen, in den Gasthof. Als er wieder herauskam, wollte er eine ihm unbekannte Person, die er für einen der Thäter hielt, festnehmen und in das Gasthaus ziehen. Als die Angreifer dies bemerkten, lehrten sie zurück und stürmten auf den Gendarmen ein, wobei derselbe derart umringt wurde, daß er weder Säbel noch Revolver gebrauchen konnte, auch den Festgenommenen loslassen mußte. Dem bedrängten Beamten kamen nun aus dem Gasthof verschiedene Personen, Gäste und Kellerer zu Hilfe. Als durch diese der Gendarm befreit wurde, zog sich die Angreifer zurück, nahmen aber die Säbelheide mit. Nach dem Abzug kamen dann von der dunklen Chaussee her Steine geflogen. Ein Stein traf den Gendarm am Fuß, ein zweiter den Amtsdienstler am Auge und zwar derart, daß eine gefährliche Verletzung entstand. Der Steinwerfer soll Rintowski gewesen sein. Nachdem sich dann der Gendarm in den Gasthof zurückgezogen hatte, soll Gollin draußen zwei Säbelle abgehoben haben.

Vor Gericht leugneten die Angeklagten ausnahmslos ihre Schuld. Der Gendarm selbst kann sich mit Sicherheit nur auf den Arbeiter Friedrich Witt bestimmen, bezüglich der übrigen Angeklagten ist er unsicher. Auch der Amtsdienstler Schröder ist sich bezüglich der einzelnen Personen nicht sicher.

**Alexand Streikfunden** wurden dem Tischler Weidner zur Last gelegt, der am 16. April vor der achten Strafkammer des Landgerichts I zu Berlin stand, doch schrumpfte die Anklage alsbald sehr zusammen. Er sollte während eines Streiks bei dem Tischlermeister Dytler in Januar Arbeitswilligen gedroht haben, sie würden „Kloppe“ bekommen. Der Junge aber, der das im Vorverfahren bestätigt hatte, bekundete bei seiner eidlichen Vernehmung, daß ein ganz anderer und nicht der Angeklagte der Thäter gewesen sei. Auch ein anderer Arbeitswilliger, Tischler Theodor Mevius, konnte von derartigen Drohungen nichts belunden, aber er behauptete, daß der Angeklagte ihm gesagt hätte, wenn er nicht die Arbeit niedergelegte, würde er in den „Vorwärts“ kommen. Auf Grund dieser Auszüge beantragte der Staatsanwalt drei Wochen Gefängnis wegen Rötigung. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfsong Seine eruchte, wenn man wegen Rötigung verurteile, eine Geldstrafe festzusetzen, was nach § 240 Str.-G.-B. zulässig sei. Es könne nicht leicht ein Fall mitler liegen als dieser. Das Gericht wendete zwar den Rötigungsparagraphen an, erkannte aber doch auf 14 Tage Gefängnis, weil die Drohung, den Namen eines Streikbrechers im „Vorwärts“ zu veröffentlichen, eine ganz besonders wirksame und gefährliche sei.

**Auf das Treiben der Mädchenhändler und Seelenverkäufer** sollte eine Anklage ein Schlaglicht werfen, zu deren Verhandlung gestern Termin vor der I. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Wegen schwerer Kuppelerei mittels hinterlistigen Kunstgriffes hatte sich die unverheiratete Chana Freilech aus Warschau, wegen Beihilfe die Frau Esther Winkler geb. Hirsch Reismann aus Warschau zu verantworten. Der Bruder der letzteren, Cigarettenmacher Peisach Winkler, der in dem Verdacht steht, neben andren dunklen Geschäften auch Schmutzgeschäfte zu betreiben, und in dieser ganzen Affaire wohl die Hauptperson ist, hat sich rechtzeitig aus dem Lande gemacht. Die Angeklagten, die von den Rechtsanwältin Dr. Berthauer und Dr. Paul Jvers verteidigt werden, sprechen nur unvollkommen Deutsch, als Dolmetscher der russischen und polnischen Sprache ist deshalb Regierungsrat Brandt geladen. Die Angeklagte Freilech ist im Februar d. J. mit einer unverheirateten Libe Rybach in Warschau zusammengetroffen, die in Begleitung eines unbekanntes Mannes dorthin gekommen war. Es wird behauptet, daß ihr vorgelesen worden sei, sie solle eine Dienststellung bei der Freilech erhalten, in Wirklichkeit sei sie aber dazu bestimmt gewesen, nach Südamerika verkauft zu werden. Die Freilech soll der Libe Rybach erklärt haben, daß sie ihr eine Dienststelle in Berlin verschaffen und deshalb mit ihr nach der deutschen Reichshauptstadt fahren wolle. Am 4. März sind dann die beiden Frauengemüther aus Warschau nach Berlin gereist und es wird behauptet, daß der erwähnte unbekanntes Mann der Freilech vorher eine größere Summe Geldes in die Hand gedrückt habe. Anfanglich soll noch ein zweites Mädchen mitgeführt, aber schon auf der ersten Station hinter Warschau aus dem Zuge wieder aussteigen sein, nachdem sie mit der Freilech sich heimlich abgetrennt hatte. Letztere soll der

Rybach die Weisung gegeben haben, sich einen andren Namen zuzulegen und sich für ihre Tochter auszugeben. Hier auf dem Bahnhofe wurden die Aufzunahme von dem Cigarettenmacher Peisach Winkler empfangen und nach seiner in der Schönhauser-Allee 50 belegenen Wohnung geleitet. Am 7. März hatte der Polizeileutnant Kold mit dem Polizeiwachtmeister Voigt auf Grund eines anderweitigen Verdachts in der Winklerischen Wohnung eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Diese wurde ihm aber durch die Angeklagte Winkler wesentlich erschwert, denn letztere bemühte sich eifrig, den Polizeibeamten den Zutritt zur Wohnung zu verwehren und sie namentlich von dem Betreten eines bestimmten Zimmers abzuhalten. Es gelang ihr dies nicht. Als die Beamten dieses Zimmers betraten, entdeckten sie, hinter einem Bett versteckt, die Angeklagte Freilech und das aus Warschau hierher verschleppte Mädchen. Letztere hat bei einer gerichtlichen Vernehmung ausgelegt, daß Peisach Winkler und die Freilech ihr die Absicht kundgegeben hätten, sie nach Buenos Aires zu schaffen und dort mit einem Herrn in Verbindung zu bringen. Die Angeklagte Freilech wollte sogar die Reise nach der Hauptstadt der argentinischen Republik, die sie nach ihrer eigenen Angabe schon wiederholt besucht hat, mitmachen. Die jetzigen beiden Angeklagten wurden deshalb in Haft gehalten, um sich der Libe Rybach als Zeugin zu verschern, wachte sich der Kriminalkommissar von Tressow zunächst an den Vorstand des jüdischen Komitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels. Da dieses dem Mädchen eine Unterkunft nicht beschaffen konnte, brachte er es im „Waldenheim“ unter. Hier hat es ihr auch ganz gut gefallen. Eines Tages erhielt Libe Rybach Besuch und lehrte dann von einem Ausgange nach wieder heim. Sie ist seitdem verschollen. Dieser Umstand bildet eine gewisse Schwierigkeit für die gerichtliche Verhandlung, denn die gerichtliche Aussage der Verschwindenen kann nur verloren werden, wenn ihre Unaufrichtigkeit festgestellt ist. Kriminalkommissar v. Tressow bekundete nun zwar, daß er alle möglichen Schritte gethan, um ihren Aufenthalt zu ermitteln, M. A. Dr. Jvers hielt dies aber noch nicht für genügend, sondern beantragte, weitere Nachforschungen nach der Verschwindenen anzustellen, während M. A. Dr. Berthauer die Unaufrichtigkeit für dargethan erachtete. — Der Gerichtshof hielt zunächst noch weitere Recherchen, namentlich im Heimatsorte der Rybach für nötig und vertagte zu diesem Behufe den Termin. Nach Ansicht des Herrn v. Tressow dürften diese Schritte vergeblich sein, da die Verschwindene wahrscheinlich von Helfershelfern der Angeklagten in Empfang genommen und wer weiß wohin verschoben worden ist.

### Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt“, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. J. Juchacz), Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des Reichsanwaltes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 14 des 5. Jahrganges unter anderem: Arbeitslosen-Zählung und Arbeitslosen-Verlegung. — Allgemeines: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Reform der Arbeitsmarkt-Berichterstattung an der Ortsarbeitsnachweise. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau (Einsparungen im Ruhrrevier. Arbeiterverhältnisse im sächsischen Braunkohlen-Bergbau). — Situationsberichte aus Flähen und Ländern. — Statistisches Monatsmaterial. — Verwaltung der Arbeitsnachweise: Das Arbeitsamt Konstantz über die wirtschaftliche Lage. — Städtischer Arbeiterbedarf und Arbeitsnachweise in Braunschweig. — Kritik der Karlsruher Arbeitsnachweise-Statistik. — Kaufmännische Stellenvermittlung. — Arbeitslosen-Fürsorge: Zeitliche und Arbeitszeit bei Rothlaufarbeiten. — Holzarbeitervermittlung an Arbeitsnachweise M.-Schwabach. — Arbeitslosen-Statistik am Arbeitsnachweise Freiburg. — Arbeitslosigkeit und Verhältnisse beim in Frankfurt a. M. — Beiträge: Mitglieberliche des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlreichem Angaben über März 1902.

### Vermishtes.

**Ein ansehenerregendes Attentat** mit tödlichem Erfolge ist, wie uns aus Oldenburg Gr. in einem Privattelegramm mitgeteilt wird, dort an dem Amtsrichter Weder verübt worden. Der Bankier v. Baden-Brunn erschloß gestern den Amtsrichter mit einem Revolver; man nimmt an, daß die That im Jreim begangen wurde. Weder war sofort tot, der Attentäter ist verhaftet worden. Der Attentäter ist der Sohn des Inhabers der Oldenburgischen Vereinsbank, gegen die Herr Weder in letzter Zeit Prozesse führte.

**Tiefstahl bei der Marine.** Wie die „Kieler Zeitung“ meldet, wurde eine auf dem Hafenschiffe „Friedrich Karl“ in Kiel gestohlene Kassetten am Dienstagmittag erbrochen in einem für das Linien Schiff „Kaiser Karl der Große“ bestimmten Kohlenleichter aufgefunden. Der Inhalt der Kassetten im Betrage von 500 M. Kommandogelder war verschwunden, einige Sparschneidbücher fanden sich in der Kassetten vor. Die Kassetten war in der Nacht vom 7. zum 8. April aus der Kammer des Hafenmeisters gestohlen worden.

**Zur Affaire des Pastors Düsselhoff in Trebbin.** Wie jetzt amtlich feststeht worden ist, fehlen von der Trebbiner Kirchengeldern rund 105 000 M. Von den Thronover Kirchengegeldern, die ebenfalls Pastor Düsselhoff verwaltete, sollen 30 000 M. fehlen. Ferner soll der junge Geistliche, der ein Gehalt von 2400 M. bezog, Gelder des Vaterländischen Frauenvereins und der Schule zu Thronover veruntreut haben. Auch viele Privatpersonen, darunter Kaufhäuser in Berlin und Ludenwalde, gehören zu den Geschädigten.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

C. B. Wegen Sie mit der Dose entweder ins Museum für Kunstgewerbe, Pring Albedistraße, oder zu einem der vielen in der Nähe des Museums wohnenden Antiquare.

B. S. Charlotteburg. Ueber alle die freie Volksbühne betreffenden Fragen wird Ihnen der Kassierer G. Winkler, Kirchhofstr. 46, gern Auskunft geben.

H. S. 97. Eine Klage hätte ohne ein bestimmtes sachverhältniß Unansehen, daß eine grobe Unachtsamkeit vorlag. Am nächsten auf Erfolg.

Kriminalroman. 1. Leider wäre eine Klage gegen Sie, da Sie Ihre Pflicht anerkannt hatten, nicht ausfindig. 2. Ja, 3. Rein. Es ist eine Einigung rasch. — W. W. 1. Leider nicht. 2. Ja spät.

G. B. 10. 1. Ja. 2. Das hängt völlig vom Uebernehmen ab. 3. Die höhere Rente erhält der Betreffende. — C. W. 85. Der Uebst ist nicht verpflichtet, Ferien zu geben, wenn nichts Gegenseitiges vereinbart ist. — K. W. 1. Rein. — H. S. 31. Die Kostenzahlung erhalten Sie zugewendet. Von Rindfleischern sind Sie vom 31. Dezember 1902 ab befreit. — C. S. Virmolen. Wenden Sie sich mit dem Antrag auf Erziehung einer Oms-Krankenkasse an die Aufsichtsbekände.

Frantziska 100. 1. Der Ehecheidungsantrag muß ein Schmechereifen vorangehen, das bei dem Antegericht schriftlich oder in Protokoll des Gerichtsarchivars zu beantragen ist. Nach kurzfristigen Ausfall des Ehecheidungsantrags ist die Klage durch einen Rechtsanwalt beim Landgericht einzureichen. 2. Das Ehecheidungs-Verfahren ist innerhalb sechs Monaten nach Kenntnis von dem Ehecheidungs-Grund einzuleiten. 3. — 5. Rein.

W. B. 1840. Sie können dieselbe Petition abermals einreichen. Zweckmäßig ist es, zu warten. — W. W., Rixdorf. 1. Rein. 2. Ja.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 17. April 1902. Ein wenig kühler, vorberstend wolfig mit leichten Regenfällen und ziemlich frischen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

**Stenographie Schrey**  
Einem neuen Unterrichts-kursus für Damen und Herren eröffnet der Arbeiter-Stenographen-Verein „Stolze“ (Norden) am Dienstag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Kleinert, Schulstr. 22. Unterrichtsgeld 4 Mk. Die erste Stunde ist kostenfrei. Das Lehrbuch wird gratis geliefert.  
**Olto Schmalenberg**  
im Alter von 32 Jahren. 1902  
Dies zeigt tiefbetruht an  
Franz Anna Schmalenberg.  
Die Beerdigung findet heute, den 17. April, nachm. 4 Uhr, von der Halle des Reuen Matthäi-Kirchhofes, Schöneberg, Brieserweg, aus statt.